



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Von der Stadtgasversorgung zum Erdgasimport.

Der Gasimportvertrag zwischen Österreich und der
Sowjetunion 1968 im historischen Kontext.

Verfasserin

Marie-Louise Skolud

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Geschichte

Betreuerin / Betreuer: a.o. Univ. Prof. Dr. Erich Landsteiner

Danksagung

Ich möchte mich ganz herzlich bei Dr. Georg Rigele bedanken, der diese Arbeit durch Bereitstellung des Archivmaterials und tatkräftige Unterstützung überhaupt erst ermöglicht hat. Außerdem bei Univ. Prof. Dr. Erich Landsteiner, der mich „aufgenommen“ und betreut hat. Vielen Dank an meine Familie, die mir viel Kraft und Motivation spendete. Und zuletzt an meine großartige Tandem-Partnerin Steffi Nagel, die stundenlanges Recherchieren, Schreiben aber auch Klagen mit mir durchgestanden hat.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	3
1. Einleitung.....	9
2. Historischer Rückblick: Die Österreichische Gaswirtschaft.....	15
2.1. Stadtgas: Entstehung, Gewinnung, Verbreitung	15
2.1.1. Entdeckung und Verbreitung des Stadtgases.....	15
2.1.2. Wärmequelle Gas (Heizen, Kochen).....	16
2.1.3. Anfänge der Gasbeleuchtung in Wien.....	18
2.1.4. Gasbeleuchtungsgesellschaften	19
2.1.5. Die städtischen Gaswerke Wien	23
2.1.6. Städtische Gaswerke in Niederösterreich	26
2.1.7. Stadtgasversorgung in Oberösterreich.....	27
2.1.8. Versorgung im restlichen Österreich.....	29
2.1.9. Elektrisches Licht und Gasbeleuchtung in Wien.....	29
2.1.10. Der Erste Weltkrieg.....	30
2.1.11. Zwischenkriegszeit	32
2.1.12. Der Zweite Weltkrieg	33
2.1.13. Wiederaufbau und Nachkriegsjahre	35
2.1.14. Nachkriegszeit bis Ende der Stadtgasära 1978.....	36
2.2. Gasumstellung: Von Stadtgas zu Erdgas	38
2.3. Die Sowjetische Mineralölverwaltung 1945-1955.....	41
2.3.1. Erdgas	44
2.3.2. Das Ende der SMV	46
2.4. Geschichte der ÖMV.....	46
2.5. Erdgas: Eigenschaften, Gewinnung und Transport.....	49
2.5.1. Eigenschaften.....	49
2.5.2. Entstehung	50

2.5.3. Gewinnung.....	50
2.5.4. Transport.....	51
2.5.5. Speicherung	52
2.6. Erdgas in Österreich	53
2.7. Erdgas in der UdSSR.....	54
3. Die innen- und außenpolitische Situation in Österreich und der UdSSR in den 1960er Jahren	57
3.1. Der Ost-West-Konflikt.....	57
3.1.1. Kennedy-Chruschtschow Treffen in Wien 1961	57
3.1.2. Entspannung des Ost-West Konflikts in den späten 60er Jahren aufgrund internationaler Konflikte.....	59
3.1.3. Energie im Kalten Krieg.....	60
3.1.4. Produktion und Verbrauch von fossilen Energieträgern im Kalten Krieg	61
3.2. Prager Frühling 1968.....	62
3.2.1. Rolle Österreichs im „Prager Frühling“	65
3.3. Innenpolitische Struktur der 1960er Jahre in Österreich.....	67
3.3.1. Mitgliedschaft in der EWG.....	68
3.3.2. Exkurs: Staatsbesuch Chruschtschow 1960 in Österreich.....	69
3.4. Innenpolitische Struktur der Sowjetunion in den 1960er Jahren	71
3.5. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem „Osten“	73
4. Importbestrebungen und Verhandlungen 1960-1968	75
4.1. Der Studienausschuss der österreichischen Ferngasversorgung	76
4.2. Die Austria Ferngas GmbH.....	76
4.2.1. Exkurs: Industrierversorgung Oberösterreich.....	78
4.3. Importbestrebungen um ausländisches Erdgas	80
4.3.1. Sahara-Gas Verhandlungen 1960-1966.....	80
4.3.2. Verhandlungen mit Holland – Groningen Gasfeld.....	85
4.3.3. Meurogas	87

4.3.4. Rivergas	89
4.3.5. Lybien.....	90
4.3.6. Nigeria	91
4.4. Die Verhandlungen mit der UdSSR 1964-1968.....	92
4.4.1. ÖMV-AFG	93
4.5. Der Vertrag über die Lieferung von Erdgas vom 1. Juni 1968	102
5. Energiekrise 1973	105
6. Resümee.....	109
7. Anhang: Definitionen.....	113
7.1. Quellenverzeichnis	117
7.2. Literaturverzeichnis.....	117
7.3. Internetlinks.....	120
7.4. Abbildungsverzeichnis	122
7.5. Abstract DE.....	125
7.6. Abstract EN	126
7.7. Curriculum Vitae.....	127

1. Einleitung

Der Vertrag zwischen der *Österreichischen Mineralölverwaltung* (ÖMV) und der *Sojusnefteexport* (SNE) am 1. Juni 1968 stellt einen Meilenstein in der österreichischen Energieversorgung dar. Auch die *Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke* (VÖEST) und ihre deutschen Vertragspartner *Mannesmann* und *Thyssen* war mit Abkommen in das Vertragskonvolut involviert, da die Sowjetunion die Lieferung von Material zum Pipelinebau als Bedingung für den Gasexport postulierte. Österreich hatte seit 1955, nach dem Staatsvertragsabschluss, bereits die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR wieder aufgenommen, in deren Folge mehrere Handelsabkommen abgeschlossen wurden. Gerade der Erdgaslieferungsvertrag 1968 war eine Besonderheit, weil Österreich als erstes westliches Land von dem Rohstoffreichtum der Sowjetunion profitierte. Für andere Energieabkommen mit der Sowjetunion, die von westlichen Ländern wie Frankreich, Italien und der BRD verhandelt wurden, diente der österreichische Vertrag als Vorlage.



Abbildung 1: Gasversorgung in Österreich. Quelle: APA/OMV

Der russisch-ukrainische Gasstreit im Winter 2009 hat uns in Erinnerung gerufen, wie abhängig wir von den Gaslieferungen aus dem Osten sind. Österreich besitzt eine beachtliche Inlandsförderung, die jedoch bei weitem nicht ausreicht um Industrie, Haushalt und Gewerbe zu versorgen. Heute wie damals sind wir auf den wertvollen Rohstoff angewiesen, allerdings in viel größerem Ausmaß. Durch die flächendeckende

Versorgung insbesondere der Industrie, aber auch der Haushalte muss stetig Gas verfügbar sein. Im Laufe der letzten 40 Jahre schloss Österreich mit anderen Ländern, wie Algerien, Norwegen oder Libyen Lieferverträge ab, doch trotzdem sind wir immer noch am meisten von den Gasimporten aus Sibirien abhängig. Seit der Entdeckung und den ersten Experimenten dient Gas (Erdgas, Kohlengas) zwei grundlegenden Verwendungszwecken: als Brennstoff zur Beleuchtung oder zu Heizzwecken. Die ersten Versuche mit Gasbeleuchtung erfolgten in den 1810er und 1820er Jahren. Der Einsatz von Gas zu Heizzwecken setzte sich erst spät durch, da bis zum ersten Weltkrieg Kohle den Markt dominierte. Während es im 20. Jahrhundert in der Straßen- und Privatbeleuchtung zu einer Umstellung von Gas zu Elektrizität kam - die letzte Gaslaterne wurde in Wien 1962 gelöscht - wurden Kohle und Holz von Gas als wichtigstem Brennstoff abgelöst. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein Umbruch bezüglich der Gassorte statt. Schon in den 1930er Jahren wurde Erdgas im Wiener Becken exploriert und vermischt mit Kohlengas an Kunden weitergegeben. Schließlich waren zwei Gründe für den Umstieg von Stadtgas auf Erdgas ausschlaggebend: Zum einen der doppelt so hohe Brennwert von Erdgas, was weniger Volumen für mehr Leistung ergab. Zum anderen der Wegfall von (umwelt-)schädlichen Gaswerken, da Erdgas von der Quelle zum Verbraucher transportiert werden kann und nicht erzeugt werden muss. Durch den ökonomischen Boom in den 1950er und 1960er Jahren war bald ersichtlich, dass die vorhandenen Erdgasvorkommen in Österreich den zukünftigen Bedarf nicht decken konnten. So wurde, mittels eigens dafür gegründeter Organisationen, nach neuen Bezugsquellen im Ausland gesucht. Schon 1966 wurde kurzfristig aus der ČSSR importiert, zwei Jahre später kam es zum Abschluss eines Gaslieferungsvertrages mit der Sowjetunion. In dieser Arbeit wird anhand der folgenden Fragenkomplexe das Zustandekommen des Vertragskonvolutes untersucht:

- Historischer Rückblick: Wie gestaltete sich die Gasversorgung in Österreich bis 1968?
- Inwieweit spielte der Ost-Westkonflikt eine Rolle in den Verhandlungen?
- Unter welchen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen kam es 1968 zum Gaslieferungsvertrag mit der Sowjetunion?
- Zäsur Energiekrise 1973: Veränderte sich der Gasbezug merklich während/nach der Erdölkrise?

Der letzte Punkt soll als Abschluss die kritische Energiesituation in den beginnenden 1970er Jahren beleuchten. Außerdem wird gezeigt, dass die Ölkrise wohl auch Einschnitte in der Gaswirtschaft mit sich brachte, dies aber der Nachfrage nach dem „billigen Energieträger“ keinen Abbruch tat.

An diese Arbeit wurde der Anspruch gestellt, die Versorgungssituation mit Gas seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu beleuchten. Da das Thema sich als sehr umfangreich erwies, habe ich sie auf die historische Stadtgasentwicklung in Österreich, spezieller in Wien und Niederösterreich, und auf die Bestrebungen ab 1962, Erdgasimporte aus dem Ausland nach Österreich zu bringen, fokussiert. Eine weitere Komponente der Arbeit ist die historische Einordnung der Vertragsverhandlungen in den Ost-West-Konflikt und dessen Höhepunkte und Entspannungsphasen.

Die Auswertung von russischen Quellen und Literatur konnte im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht durchgeführt werden. Allerdings greift die verwendete Sekundärliteratur auf russische Archive und wissenschaftliche Publikationen zurück.¹ Im Kontext dieser Arbeit wären die Quellen zu den Verhandlungen mit Österreich ab 1966 interessant, um nicht nur die österreichische, sondern auch die sowjetische Perspektive zu beleuchten.

Schon im 19. Jahrhundert spielte die Energieversorgung in der habsburgischen Monarchie eine große Rolle. So avancierte Österreich-Ungarn wegen den Ölquellen in Galizien zeitweilig zum drittgrößten Erdölproduzenten weltweit.² Das ist insofern themenrelevant, als die damaligen Ölfördergebiete um Boryslaw und Stryi in der heutigen Westukraine lagen und die Erdgaslieferungen ab 1968 ebenfalls aus diesem Gebiet (Dashava) erfolgten. Österreich war, nach der Sowjetunion und Rumänien, bis 1945 das drittgrößte Erdölförderland in Europa. Nach dem Ende der sowjetischen Ausbeutung der Quellen im Osten Österreichs rangierte Österreich bei der Erdölgewinnung immer noch an vierter Stelle. Auch der Gasverbrauch konnte bis 1966 aus eigenen Erdgasvorkommen gedeckt werden. Dies änderte sich erst im Laufe der 1960er Jahre, am Höhepunkt des wirtschaftlichen Wachstums.

¹ Walter M. Iber, Die Sowjetische Mineralölverwaltung. (Innsbruck 2011); Karner, Tomilina, Tschubarjan (Hg.) Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. (Graz 2008)

² Alison Fleig Frank, Oil Empire. Visions of Prosperity in Austrian Galicia. (London 2005)

Erdöl und Erdgas haben eine gemeinsame Entstehungsgeschichte, nur eine unterschiedliche Temperatur entscheidet über die Entstehung von Gas oder Öl. Dadurch sind diese Ressourcen meist gemeinsam zu finden. Insbesondere bei der Erdgasförderung tritt Erdgas, als Begleitgas oder Nassgas, auf. Im historischen und ökonomischen Kontext ist allerdings eine ausdrückliche Unterscheidung zwischen den Brennstoffen erforderlich, da Erdöl eine weit längere Produktions- und Verbrauchsgeschichte aufweist als Erdgas. Während die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts u.a. wegen und mit Öl geführt wurden, erkannte man die Vorteile von Erdgas erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

Aufgrund der sehr spärlich vorhandenen Sekundärliteratur wurde das Thema hauptsächlich anhand der Quellen aus dem EVN-Archiv, insbesondere dem Austria Ferngas-Bestand, recherchiert. „Das EVN Archiv wurde 1998 als historisches Unternehmensarchiv und Kompetenzzentrum für die Geschichte der EVN gegründet. Die Archivbestände stammen aus allen Bereichen der EVN und ihrer Vorläuferunternehmen, von denen die 1922 gegründete NEWAG (Elektrizitätsversorgung) und die 1954 gegründete NIOGAS (Erdgasversorgung) hervorzuheben sind.“³

Als Literatur, speziell im Hinblick auf die Geschichte der Stadt- und Erdgasversorgung in Österreich, verwendete ich hauptsächlich die 2009 erschienene Reihe „Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit.“, von Helmut Ruck und Christian Fell. Weiters stand mir die Zeitschriftenreihe „Gas Wasser Wärme. Zeitschrift für das Gas- und Wasserfach.“, erschienen von 1946-1997, zur Verfügung. Für die Gasversorgung in Oberösterreich gibt es einen gut dokumentierten virtuellen Rundgang im Forum für oberösterreichische Geschichte, erstellt von Elisabeth Kreuzwieser.⁴ Eine interessante Darstellung der Besatzungszeit Österreichs von 1945-55 mit Schwerpunkt Mineralölwirtschaft liefert Walter M. Iber mit „Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich“.⁵ Allerdings räumte er dem Kapitel Erdgas nur eine geringe Bedeutung ein, da sich in diesen zehn Jahren die Nützlichkeit und Wirtschaftlichkeit von Erdgas aus österreichischer, aber hauptsächlich aus sowjetischer Sicht, noch nicht durchgesetzt hatte. Der Hauptteil der Arbeit über die Verhandlungen und den Vertragsabschluss des Gaslieferungsvertrages mit der Sowjetunion, basiert fast zur Gänze aus Quellen des EVN-Archivs.

³ Österreichisches Staatsarchiv, Service, EVN Archiv. <<http://oesta.gv.at/site/6907/default.aspx>> (22.1.2013)

⁴ Elisabeth Kreuzwieser, Geschichte der oö. Gaswirtschaft. In: Forum OÖ Geschichte, Virtuelles Museum Oberösterreich. <<http://www.oogeschichte.at/index.424.0.html>> (22.11.2012)

⁵ Walter M. Iber, Die Sowjetische Mineralölverwaltung. (Innsbruck 2011)

Schließlich wurden statistische Daten der BP (vormals: *British Petroleum Company*) hergenommen, um eine Energiesituation Österreichs bis Mitte der 1970er Jahre darzustellen.⁶

⁶ BP Statistical Review of World Energy June2012, BP Historical data.
<<http://www.bp.com/statisticalreview>> (22.11.2012)

2. Historischer Rückblick: Die Österreichische Gaswirtschaft

2.1. Stadtgas: Entstehung, Gewinnung, Verbreitung

2.1.1. Entdeckung und Verbreitung des Stadtgases

Dud Dudley, ein Metallurg aus England, war im frühen 17. Jahrhundert als erster in der Lage aus Kohle Koks herzustellen, indem er (Stein-)Kohle unter Luftabschluss entgaste. Durch die Verwendung von Koks konnten in der Eisenerzeugung höhere Temperaturen als mit der herkömmlichen Holzkohle erzielt werden. Aber erst rund 100 Jahre später setzte sich Koks als Brennstoff durch. Als Pionier gilt Abraham Darby⁷, der seine Hochöfen mit Koks befeuerte und 10 Tonnen Gusseisen wöchentlich herstellte.⁸ Der erste, der das bei der Koksherstellung austretende Gas ausführlicher beschrieb und wissenschaftlich erklärte, war der Chemieprofessor Jan Pieter Minckelaers, der in Louvain/Leuven unterrichtete. Er war auch der erste, der seinen Hörsaal mittels Kohlengas beleuchtete.⁹ Neben der Beleuchtung hat Gas noch eine wichtige Rolle als Wärmequelle. Der erste, der Gasöfen entwickelte, war William Murdock im ausgehenden 18. Jahrhundert.

Durch diese Erfindungen kamen in den 1810er bis 1820er Jahren in vielen großen Städten Gaslaternen zur öffentlichen Beleuchtung zum Einsatz. Um Laternen mit Gas zu betreiben, mussten Versorgungsrohre verlegt werden. 1814 wurden die ersten Leitungen in London von der „The Gas Light & Coke Company“ in Betrieb genommen.¹⁰ 1802 leistete William Murdock¹¹ in England Pionierarbeit, indem er anlässlich des Friedens mit Frankreich den Londoner Stadtteil Soho kurzfristig mit Gaslaternen beleuchtete. In den Folgejahren wurden z.B. die Hauptstraßen von Birmingham und Manchester mit Kohlengaslaternen erhellt. 1817 brannten erste Gaslaternen auch in Philadelphia und 1818 in Wien.¹²

⁷ Abraham Darby (1676-1717) stammt aus England und war Begründer einer über drei Generationen erfolgreiche Familie, die durch Eisenveredelung und Erfindungen im Hüttewesen zu Reichtum und Ruhm kam. Walter Conrad (Hg.), Geschichte der Technik in Schlaglichtern. (Mannheim/Leipzig/Wien u.a. 1997) S. 22.

⁸ Anton Zischka, Die alles treibende Kraft. Weltgeschichte der Energie (Heidelberg 1988) S. 120.

⁹ Ebd. S. 120.

¹⁰ Ebd. S. 147.

¹¹ William Murdock (1754-1839) entwickelte die Dampfmaschine weiter und widmete sich ab 1792 der Gasbeleuchtung. Nach der erfolgreichen Illumination seiner Privaträume, folgten öffentliche Plätze und Firmengelände. Walter Conrad (Hg.), Geschichte der Technik in Schlaglichtern. (Mannheim/Leipzig/Wien u.a. 1997) S. 107.

¹² Anton Zischka, Die alles treibende Kraft. S. 147.

Wien war, als Residenz- und Hauptstadt, die erste Großstadt auf heutigem österreichischem Gebiet, die mit Gas beleuchtet wurde. Die Gasversorgungswirtschaft hatte bis zum Jahr 1952 nur in Wien eine gewisse Bedeutung, wo eines der größten Gaswerke Mitteleuropas auf der Basis der klassischen Kohleentgasung bestand.¹³ In den Jahren 1846 bis 1857 wurde in den wichtigsten Städten der Habsburgermonarchie eine Gasbeleuchtung eingeführt.¹⁴

2.1.2. Wärmequelle Gas (Heizen, Kochen)

Neben der Verwendung von Gas zur Beleuchtung von öffentlichen und privaten Räumen wurde im selben Zeitraum auch mit Gas als Wärmequelle experimentiert. Besonders Kochen mit Gas übte Faszination aus, deswegen sind die ersten Gasbrenner in der Küche zu finden.¹⁵ Das Gas, das dazu verwendet wurde, war aus Kohlevergasung gewonnenes „Stadtgas“. Des Weiteren wurden Gasherde, Warmwasseraufbereitung und primitive Heizungen entwickelt. Ein zentrales Problem stellte allerdings die Wirtschaftlichkeit und Anwendung der Gasbrenner dar: Die Öfen rußten stark, die Flamme brachte nicht genug Wärme und brannte sehr hell. Pionier auf dem Gebiet der Gaseffizienz war Robert Wilhelm Bunsen an der Universität Heidelberg. Er verbesserte einen aus England importierten Gasbrenner, indem er mit einer regulierbaren Öffnung die Luftzufuhr ermöglichte. So entstand ein Gas-Luftgemisch, das unter großer Hitzeentwicklung fast vollständig verbrannte.¹⁶ Er schuf nicht nur die Grundlage für die Gasherde und Gasheizungen, sondern revolutionierte auch die Gasbeleuchtung.¹⁷

Hugo Junkers, später durch seine Pionierarbeit in der Luftfahrttechnik berühmt, erfand 1892 das Kalorimeter, einen Vorgänger des Durchlauferhitzers und führte diesen 1893 auf der Weltausstellung in Chicago vor. Er verbesserte das Gerät in den folgenden Jahren und ließ 1896 den „Flüssigkeitserhitzer“ patentieren. Allerdings war es zu teuer, um massentauglich zu werden. Schließlich gelang es ihm vor dem Ersten Weltkrieg, die

¹³ Österreich und der Gasverbund. Abschnitt Allgemeines; EVN-Archiv, 665-152.

¹⁴ Forum öö Geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Hg.), Elisabeth Kreuzwieser, Stadtbeleuchtung mit Kohlengas. (Leonding 2012) vgl. <<http://www.oogeschichte.at/Stadtbeleuchtung-mit-Kohlengas.520.0.html>> (31.10.2012)

¹⁵ Die Aetna-Werke entwickelten bereits 1824 einen einfachen Gasbrenner. 1842 benützte ein französischer Koch in England einen Gasofen um ein 200 Kilogramm schweres Rind zu braten. Helmut Ruck, Christian Fell, Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit. Bd. II. (Wien 2009) S. 372.

¹⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 374.

¹⁷ Ebd. S. 375.

Kosten der Anschaffung deutlich zu senken und das Gerät als „Lamellenbadeofen“ zu verkaufen.¹⁸

Die Verwendung von Gas zu Heizzwecken setzte sich nur langsam durch. In Berlin war ein kommunales Gaswerk bereits früher als in Wien errichtet worden (1847) und versorgte die Bevölkerung nicht nur mit Gas für Beleuchtungszwecke sondern auch mit staatlich subventioniertem „Heizgas“. In Wien entwickelte sich das Bewusstsein für Gasheizungen erst in den 1890er Jahren, zum einen aufgrund der Entstehung des kommunalen Gaswerkes in Simmering und zum anderen wegen einer groß angelegten Werbeaktion. So wurden Broschüren verteilt, Artikel in Zeitungen veröffentlicht und öffentlich über die Wirtschaftlichkeit von Gas debattiert.¹⁹ Insbesondere mit einem der wichtigsten Bedürfnisse des Menschen wurde geworben: mit Essen und dessen Zubereitung. Es wurden Ausstellungsräume für Gasöfen konzipiert, Kochbücher für Gasöfen herausgegeben und Kochwettbewerbe (Gas gegen Kohle) veranstaltet.²⁰

Die Elektrizität wurde in weiterer Folge zu einem nicht zu verkennenden Konkurrenten des Gases. Wie auch bei der Beleuchtung lieferten sich die Produzenten dieser Energiequellen Duelle in punkto Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit.²¹ Viel problematischer wurden allerdings Kohleöfen von der Fachwelt gesehen, da sie eine Stadt mit Smog verpesteten. Da die Kohlevergasung bzw. das Heizen mit Gas als energieeffizienter bekannt war, gab man dem Gas größere Zukunftsaussichten. Nur setzte sich die Betrachtungsweise in der Bevölkerung nicht durch, denn bis nach dem Ersten Weltkrieg wurde hauptsächlich mit Kohle geheizt.²²

Aber auch das Kohlengas stellte ein Problem für Mensch und Umwelt dar. Für die Menschen, weil das im Stadtgas enthaltene Kohlenmonoxid potentiell gefährlich war und zum Tod führen konnte. Auch die Explosionsgefahr war nicht zu unterschätzen. Wenn Gas aus Gasbehältern oder defekten Leitungen austrat, sich sammelte und durch einen Funken entzündet wurde, waren die Folgen katastrophal.²³ Wenn Gas aus den Leitungen ausströmte, verschmutzte es den Untergrund mit Schwefel und Ammoniak. Bis heute sind die Standorte von ehemaligen Stadtgaswerken durch Teer, Schwefel, Ammoniak und

¹⁸ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 375.

¹⁹ Ebd. S. 381.

²⁰ Ebd. S. 382.

²¹ Ebd. S. 383.

²² Ebd. S. 384.

²³ Siehe Ringtheaterbrand 1882.

Mineralöl kontaminiert. Die höchste Gefahr ist, dass das Grundwasser mit den Abfallstoffen verschmutzt wird.²⁴

2.1.3. Anfänge der Gasbeleuchtung in Wien

In Wien begannen um 1800 die Experimente mit Kohlengas zur Beleuchtung. 1812 illuminierte Professor Johann Jassnäger den großen Saal des Theresianums mit Kohlengas. Weit mehr Aufsehen erregte der Apotheker Josef Moser, der die Apotheke „Zum Goldenen Löwen“ in der Kaiserstraße Nr. 132 (heute: Josefstädter Straße Nr. 30) betrieb. Bei den von ihm durch Europa unternommenen Forschungs- und Studienreisen wurde er auf die neue Technologie aufmerksam. So beleuchtete er 1816 seine Apotheke mit Leuchtgas, was auch am Kaiserhof registriert wurde und neugierige Besucher anlockte.²⁵

Zur selben Zeit testete Johann Josef Prechtel, der Direktor des Polytechnikums Wien, ebenfalls Leuchtgas, um es für seine Schule zu nutzen. Er orientierte sich bei der Herstellung der Apparaturen an der englischen Methode und erhellte damit Werkstätte, Treppenhaus, Kanzlei sowie seinen Wohnraum. Diese Experimente kamen auch Kaiser Franz I. zu Ohren und er ordnete 1817 die Beleuchtung eines öffentlichen Platzes an.²⁶ Als Ort wurde die untere Kruger- und Walfischgasse inklusive Kärntnertor ausgewählt und beim feierlichen Einzug des Kaisers, welcher von einer Dalmatien-Reise zurückkehrte, beleuchtet. Seit diesem Einzug wurde die Beleuchtung täglich fortgesetzt und es wurden Verhandlungen mit Behörden geführt, wie der Versuch ausgedehnt und damit die ganze Stadt beleuchtet werden könnte.²⁷

Es mussten jedoch zuerst Gasproduktionsstätten gebaut werden, um die Stadt flächendeckend beleuchten zu können. Da das Projekt aber sowohl innerhalb der Bevölkerung, wegen des unangenehmen Geruches, als auch in Teilen des Wiener Magistrats zahlreiche Kritiker hatte, wurde es 1819 „auf Eis gelegt“.²⁸ Hauptgründe waren die Notwendigkeit der Verlegung von Rohrleitungen und die Unzuverlässigkeit der Gasbeleuchtung. Da ein striktes Sparprogramm angeordnet war, konnten solche hohen

²⁴ Vgl. dazu einen Bericht des Umweltbundesamtes über Altlasten in Österreich. Umweltbundesamt GmbH. (Wien 2012) <<http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/altlasten/>> (15.11.2012)

²⁵ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 96.

²⁶ Ebd. S. 97 f.

²⁷ Wien, Wiener Zeitung, 30. Juli 1818, S. 1.

²⁸ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 100.

Investitionen nicht getätigt werden.²⁹ Sieben Jahre später wurde ein erneuter Anlauf unternommen, um Wien flächendeckend mit Kohlengas zu beleuchten. Der erste Versuch wurde ausgehend vom Franzenstor über die Teinfalt- und Löwelstraße mit insgesamt 15 Straßenlampen gestartet. Um diese mit Gas zu versorgen, wurden in der Straße Rohre zur Belieferung verlegt. Trotzdem war auch dieses Experiment nicht von langer Dauer, da die englischen Unternehmer bankrott gingen.³⁰

Einen von Erfolg gekrönten Versuch unternahm ein weiterer Apotheker, Georg Pfendler. Er erbaute gemeinsam mit dem Gasprivilegieninhaber Anton Rainer Ofenheim³¹ ein Gaswerk in der Roßau (heutige Porzellangasse), das aus Harz und Rubsamenöl Gas erzeugte. Zur Speicherung verwendete er Fässer, die jedoch umständlich zu handhaben waren und die Rentabilität des Unternehmens schmälerten. 1828 gründete er die „Österreichische Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas“ und rief die Bevölkerung, vor allem reiche Privataktionäre, über die Wiener Zeitung zur Beteiligung auf.³² Es war ihm bewusst, dass Gas nicht in Behältern sondern in Rohren transportiert werden musste, um rentable Geschäfte zu ermöglichen. So suchte er bei der N.Ö. Landesregierung um die Baubewilligung für Rohrleitungen an. Es dauerte zwei Jahre, bis der Antrag genehmigt wurde, und ein weiteres Jahr, bis der Wiener Magistrat die erforderliche Erlaubnis erteilte. 1835 gab Pfendler bekannt, dass die ersten Häuser, darunter auch die neu gegründete Nationalbank, mit Gas zur Beleuchtung versorgt wurden.³³

In den folgenden Jahren wurde das Netz immer wieder erweitert, vorerst nur um private Kunden zu beliefern (Hausanschlüsse). 1838 wurde der erste Gaskandelaber³⁴ zur Straßenbeleuchtung von Pfendler's Unternehmen am Michaelerplatz in Betrieb genommen. Drei Jahre später wurde das Gaswerk Roßau von Harz auf Steinkohle zur Gasgewinnung umgestellt.

2.1.4. Gasbeleuchtungsgesellschaften

Den österreichischen Unternehmen wurde von britischer Seite Konkurrenz gemacht, insbesondere durch die *Imperial Continental Gas Association* (I.C.G.A.). Die I.C.G.A.

²⁹ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 100.

³⁰ Ebd. S. 101.

³¹ Ebd. S. 103.

³² Ebd. S. 104.

³³ Ebd. S. 106.

³⁴ Mehrarmiger, säulenartiger Ständer für Straßenbeleuchtung, der mit Gas betrieben wird.

wurde 1824 als Tochtergesellschaft der *Imperial Gas and Coke Company* gegründet und war für die Expansion des Unternehmens in weitere europäische Städte zuständig.³⁵ Im September 1842 übernahm die englische Gasgesellschaft das Gaswerk Fünfhaus, das zwei Jahre davor von Theodor Friedrich Hené erbaut wurde. Dieser gründete auch die „Gesellschaft zur Beleuchtung mit k.k. ausschließlich privat verbessertem Gas“ und versorgte die Vorstädte Mariahilf und Neubau mittels eines sechs Kilometer langes Leitungsnetzes mit Gas.³⁶ Ein Jahr nach der Übernahme baute das britische Gasunternehmen das Gaswerk Fünfhaus um. Es wurde nun nicht mehr aus Öl, sondern aus Steinkohle Gas gewonnen. Im selben Jahr übernahm die I.C.G.A. auch die *Österreichische Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas*, da das Unternehmen aufgrund von Preisdumpings seitens der britischen Gesellschaft mit dem niedrigen Gaspreis nicht mehr mithalten konnte.³⁷ In den folgenden Jahren schloss die I.C.G.A mit der Stadt Wien insgesamt drei Beleuchtungsverträge (1845, 1852, 1875) die die Laufzeit, die Versorgungsgebiete und die Errichtung von neuen Gaswerken (Oberdöbling, Währing, Belvedere, Zwischenbrücken/Am Tabor, Floridsdorf, Hütteldorf/Baumgarten) regelten.³⁸

Während der Revolution 1848 musste die Gasbeleuchtung aufgrund von brandauslösendem Beschuss der Gasometer (Gasbehälter) in Erdberg zeitweise eingestellt werden.³⁹ 1855 wurde die *Österreichische Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft* gegründet, die das Gaswerk Gaudenzdorf mit drei Gasometern errichtete (heutiger 12. Bezirk). Künftig versorgte das Werk auch die Vororte Meidling, Hetzendorf, Altmannsdorf, Neulerchenfeld, Fünfhaus, Sechshaus und Rudolfsheim mit Gas für die Straßenbeleuchtung und mit Koks als Heizmaterial.⁴⁰

Ein weiteres Gasunternehmen wurde 1872 gegründet, die *Wiener Gasindustriengesellschaft*, die sich aber im selben Jahr mit der *Österreichischen Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas* vereinigte. Die *Wiener Gasindustriengesellschaft* baute am Wienerberg 1872 ein Gaswerk, Weitere Gaswerke der Gas-Union entstanden auch außerhalb Wiens, nämlich in Graz, Fiume (Rijeka) und Temesvar. Obwohl die

³⁵ Andreas Pöschek, 1842 Die Epoche der Industrialisierung . (Wien o.J.) vgl. <<http://www.wiener-gasometer.at/de/geschichte/1842-die-epoche-der-industrialisierung>> (20.4.2012)

³⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 109.

³⁷ Ebd. S. 111.

³⁸ Ebd. S. 112.

³⁹ Ebd. S. 115.

⁴⁰ Ebd. S. 116.

I.C.G.A. der größte Anbieter am Markt war, erwirtschafteten die Gas-Unionswerke einen profitablen Umsatz und konnten sich in Wien behaupten.⁴¹

In den 1870er Jahren setzte sich immer mehr die Forderung nach einer kommunalen, von ausländischen Investoren unabhängigen Gasversorgungsgesellschaft durch. 1875 wurde zwar noch der 3. Beleuchtungsvertrag zwischen der Stadt Wien und der *Imperial Continental Gas Association* geschlossen, allerdings bereits mit strengen Auflagen.⁴² So wurde der Vertrag auf die Dauer von 22 Jahren abgeschlossen, aber mit der Klausel der jederzeitigen Kündigung des Vertrages. Auch die Ablöse der Infrastruktur wurde im Vertrag festgehalten, wodurch die Stadt Wien die Gaswerke der I.C.G.A. mittels eines geschätzten Wertes zwangsweise erwerben konnte.⁴³ In den 1880er Jahren wurde die Auflösung des Vertrages im Gemeinderat heftig diskutiert, allerdings konnte keine Einigung erzielt werden. Insbesondere die Ablöse der Infrastruktur und die Rohrleitungen⁴⁴ stellten Streitpunkte dar. Die I.C.G.A. versuchte durch Preissenkungen, die aber eine Verschlechterung des Heizwertes des Gases und somit ein erhöhter Bedarf implizierten, Stimmen zu gewinnen.⁴⁵

1850 kam es zur Eingemeindung der Vorstädte. Alle Orte innerhalb des Linienwalls (heutiger Gürtel) und das Gebiet zwischen Donau und Donaukanal wurden eingemeindet und in Bezirke gegliedert (2. bis 9. Bezirk). In den Jahren 1890/92 wurden die südlich der Donau gelegenen Vororte eingemeindet (11. bis 19. Bezirk). 1904 wurden mehrere Vororte nördlich der Donau als 21. Bezirk eingemeindet.⁴⁶

Die Vororte hatten aber mit beiden großen Unternehmen, der I.C.G.A. und der *Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft*, Gaslieferungsverträge. Die I.C.G.A. wollte schon ein Jahr vor dem Zusammenschluss, 1891, einen neuen Beleuchtungsvertrag für das gesamte Stadtgebiet aushandeln, doch das wurde von der Gemeinde ausgeschlagen. Die Gemeindevertretung, mit Bürgermeister Dr. Prix ließ nun

⁴¹ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 118.

⁴² Ebd. S.126 f.

⁴³ Ebd. S. 127.

⁴⁴ Sollten sie übernommen oder abgerissen werden? Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 129.

⁴⁵ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 130.

⁴⁶ Wiener Stadt- und Landesarchiv (Magistratsabteilung 8), Stadtwachstum ab Mitte 19. Jahrhundert - Stadtgeschichte Wiens. <<http://www.wien.gv.at/kultur/archiv/geschichte/ueberblick/stadtwachstum.html>> (6.9.2012)

die Infrastruktur der I.C.G.A. gemäß der Vertragsklausel (s.o.) schätzen. 1894 lag das erste Schätzergebnis vor, das niedriger als erwartet ausfiel: 16,159.200 Gulden.⁴⁷

Um das Projekt der kommunalen Versorgung zu gewährleisten, wurde eine internationale Ausschreibung durchgeführt. Den Zuschlag bekam Ing. Schimming aus Berlin, der mit einem Budget von 300.000 Gulden gemeinsam mit Ing. Theodor Hermann, technischer Konsulent für Gasangelegenheiten, den Plan für den Bau des Gaswerkes vorlegen sollte.⁴⁸ In seinem Entwurf waren zwei große Projekte enthalten, zum einen die „Versuchs-Gasanstalt“ in Heiligenstadt, die allerdings nie verwirklicht wurde. Zum anderen ein zentrales Gaswerk in Simmering/Landstraße. Der Plan lag vor, aber die endgültige Entscheidung war noch nicht getroffen.⁴⁹ Ein wichtiger Punkt war, dass die Vororte, die später ebenfalls mit kommunalen Gas versorgt werden sollten, eigene Gasverträge mit der I.C.G.A. abgeschlossen hatten, deren Dauer bis in die 1930er Jahre hineinreichte. Außerdem kam Skepsis unter Fachleuten auf, ob das Gaszentralwerk in Simmering technisch und wirtschaftlich ausreichend konzipiert war. Die Stadt Wien versuchte nun einerseits die Infrastruktur der I.C.G.A. zu übernehmen, andererseits trieb sie die Projektvorbereitungen in Simmering voran.⁵⁰

In den Jahren 1895/96 kam es zum politischen Schlagabtausch, die 1893 gegründete Christlichsoziale Partei erhielt bei den Kommunalwahlen in Wien unter Karl Lueger die Mehrheit. Allerdings verweigerte Kaiser Franz Joseph dessen Anerkennung als Bürgermeister insgesamt vier Mal. Während dieser Jahre wurde zur „einstweiligen Besorgung der Geschäfte der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien“ der k.k. Bezirkshauptmann Dr. Hans von Friebeis eingesetzt. Als entschiedener Gegner öffentlicher Gaswerke musste er jedoch nach Aufforderung des Gemeinderates weiter sowohl mit der I.C.G.A. verhandeln als auch Offerte bezüglich des kommunalen Gaswerkes einholen.⁵¹

Am 27. April 1896 wurde bei einer erneuten Wahl Josef Strobach zum Bürgermeister gewählt und ernannt, Vizebürgermeister wurde Karl Lueger. In Wien war Strobach als „Strohmann“ bekannt, da es ein offenes Geheimnis war, dass Strobach im Auftrag von

⁴⁷ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S 140.; Rundschau vom 1.12.1894. In: Der Gastechniker 12 (1894/95) Bd. XXIII, H. 5, 97.

⁴⁸ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 140.

⁴⁹ Ebd. S. 141.

⁵⁰ Ebd. S.146 f.

⁵¹ Ebd. S. 148.

Lueger handelte.⁵² Im Gemeinderat erfolgte ein Jahr später, im Jahr des auslaufenden Vertrages mit der I.C.G.A., eine hitzige Diskussion: Übernahme der bereits bestehenden Infrastruktur, Vertragsverlängerung mit der I.C.G.A. oder Errichtung einer kommunalen Gasgesellschaft? Lueger lehnte eine Vertragsverlängerung sowie die Übernahme der Werke und Leitungen vehement ab. So wurden in der Gemeinderatssitzung am 27. Oktober 1897 mit 94 zu 33 Stimmen die Ablehnung des Ankaufs der I.C.G.A.-Anlagen und die Errichtung eines städtischen Gaswerks beschlossen.⁵³

Natürlich wollte die I.C.G.A. nicht untätig aufgeben und entsandte den Präsidenten T.H.G. Newton persönlich nach Wien. Mit zahlreichen Angeboten - wie die Auflassung veralteter Gaswerke, billigere Preise und neue Gaskandelaber - wollte er den Gemeinderat doch zu einer Vertragsverlängerung bewegen. Die Bemühungen waren vergebens, das Angebot wurde einstimmig abgelehnt und T.H.G. Newton musste unverrichteter Dinge abreisen.⁵⁴

Dies bezog sich nur auf die Stadt Wien, also die Bezirke I.-X., jedoch nicht auf die 1892 eingemeindeten Vororte XI.-XIX.⁵⁵ Diese Bezirke hatten sowohl mit der I.C.G.A. als auch mit der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft Verträge. In zwei Justizverfahren 1897 und 1898 wurde die Auflösung dieser Verträge als unzulässig erklärt. Somit musste die Stadt Wien erneut in Verhandlungen mit der I.C.G.A. treten. Die englische Gesellschaft zeigte sich jedoch gesprächsbereit und so wurde beschlossen, dass die I.C.G.A. die alten Verträge mit den Vororten annullierte und eine einheitliche Abmachung bis 31.12.1911 mit diesen traf. Im Gegenzug erklärte sich die Stadt Wien bereit, die Gasmesser in den Wohnungen und Häusern abzulösen.⁵⁶

2.1.5. Die städtischen Gaswerke Wien

Die Planung für die Errichtung des Gaswerkes Simmering übernahm der oben schon genannte Theodor Hermann. Allerdings hatte der Entwurf einige Mängel, insbesondere die Planung des Fundaments des Werkes erwies sich als ungenügend. So wurde der

⁵² Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 149.

⁵³ Ebd. S. 154.

⁵⁴ Ebd. S. 158.

⁵⁵ Bezirk XX. wurde erst 1900 von Bezirk II. abgelöst, Bezirk XXI. kam erst 1904 zu Wien und Bezirk XXII. war bis 1938 Teil des Bezirks XXI. siehe auch:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Donaustadt#1904:_21._Bezirk>;

<http://de.wikipedia.org/wiki/Wiener_Gemeindebezirke> (6.9.2012)

⁵⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S.160 f.

Bauingenieur Franz Kapaun für die Detailplanung hinzugezogen. Im Jahr 1898 entstanden die vier nötigen Gasbehälter.⁵⁷

Bisher hatte man verabsäumt, den ungefähren Verbrauch der Stadt Wien zu eruieren. Mittels eines Gutachtens wurde ein maximaler Verbrauch von 69.000 m³ pro Stunde errechnet, worauf sowohl das Gaswerk als auch die Rohrleitungen ausgelegt wurden. Innerhalb eines Jahres entstand das große Ofenhaus in Simmering (15.3.1897-1.2.1898). Beleuchtet wurden die Gebäude teilweise mit Strom, der von drei Dampfmaschinen und selbstproduzierten Gas erzeugt wurde. Um das Rohgas von Teer und Ammoniak zu säubern, wurde eine Scrubber (Wäscher-) Anlage gebaut. In den Reinigungshäusern wurden Schwefel- und Cyanverbindungen aus dem Gas gefiltert.⁵⁸

Am 14. August 1899 ging die Anlage in Simmering in Betrieb. Aufgrund der langen Vorheizzeit der Öfen erzeugte man erst ein Monat später, am 14. September 1899, Gas zur Beleuchtung. Ein letzter Test der verlegten Rohre mittels Rauchgas und Geruchsstoffen (Carbylamin und Kampfer) wurde Ende September 1899 durchgeführt. Nach der bestandenen Prüfung wurde zwei Tage später erstmals „Leuchtgas“ durch die Leitungen befördert und die Bezirke X und XI damit beliefert.⁵⁹ Am 31. Oktober desselben Jahres fand die Werkseinweihung statt. Anschließend lud der nunmehrige Bürgermeister Dr. Karl Lueger zu einem Bankett im Festsaal des Rathauses, an dem über 700 Gäste teilnahmen.⁶⁰

Nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Werkes in Simmering wurde ersichtlich, dass der steigende Gasbedarf (1904 500.000 m³/Tag) die Produktionskapazitäten überstieg. Nicht zu vergessen waren die Außenbezirke, deren Vertrag mit der I.C.G.A. 1911 auslief und die dann von dem städtischen Gaswerk mitversorgt werden mussten. Außerdem investierten die privaten Versorger nach der Bekanntgabe der Kommunalisierung nicht mehr in ihre bestehenden Gaswerke. Somit konnten sie den steigenden Bedarf nicht mehr decken und mussten zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits Gas von den städtischen Gaswerken zukaufen.⁶¹

⁵⁷ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 180.

⁵⁸ Ebd. S. 183.

⁵⁹ Ebd. S. 185

⁶⁰ Kleine Chronik vom 31.10.1899 Bankett, Wiener Zeitung 1.11.1899, S. 4-5.

⁶¹ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 191.

In Wien zeichnete sich Ende des 19. Jahrhunderts ein stetig steigender Gasbedarf ab, während 1895 noch 95 Mio. m³ Gas verbraucht wurden, waren es 1910 schon 162,7 Mio. m³.⁶² Es wurde ein Studienbüro von der Gemeinde Wien unter der Leitung von Oberinspektor Ing. Franz Menzel eingerichtet, welches für die Errechnung des in den nächsten Jahren zu erwartenden Gasbedarfs zuständig war. Menzels Büro kam zu dem Schluss dass der Verbrauch von Gas auch weiterhin ansteigen werde. Es prognostizierte im Jahr 1912 einen jährlichen Bedarf von rund 180 Mio. m³. Somit stellte er fest, dass die Errichtung eines weiteren Gaswerks von Nöten sei. Der Standort war schnell gefunden - das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Leopoldau (heutiger 21. Bezirk). Im Jahr 1907 wurden die Pläne des Studienbüros vom Gemeinderat abgesegnet und die Planung und der Bau eines zweiten Gaswerkes bewilligt.⁶³

Die Planungsphase wurde auf zwei Jahre festgelegt, musste aber aufgrund von zahlreichen Erprobungsverfahren von neuester Technik immer wieder verlängert werden. Am 4. August 1911 kam es zu einem gefährlichen Zwischenfall: Ein Gasbehälter in Brigittenau, der die Hauptrohre des Gaswerkes Simmering und des entstehenden Gaswerkes Leopoldau bei einem zentral verband um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, brach in sich zusammen. Bei dem Ereignis wurde niemand verletzt.⁶⁴

Die Eröffnung des neu errichteten Gaswerks in Leopoldau fand zu Weihnachten 1911 statt und Bürgermeister Josef Neumayer hielt die Eröffnungsrede. Am 12. April 1912 wurde der Bau auch kirchlich eingeweiht, mit einer Messe im Gassaugerhaus.⁶⁵ Bereits zwei Jahre nach der Eröffnung musste der Brennraum um weitere 21 Ofenkammern erweitert werden, da der Gasbedarf der Stadt mit rund zwei Millionen Einwohnern rasant anstieg.

Mit der Neueröffnung des zweiten städtischen Gaswerkes wurden die privaten Anbieter fast komplett vom Markt verdrängt. Die I.C.G.A. nahm die Gaswerke Gaudenzdorf (12. Bezirk) und Fünfhaus (15. Bezirk) am 15. Dezember 1911 vom Netz. Wenige Tage später wurde auch das Gaswerk in Floridsdorf (21. Bezirk) und Oberdöbling (19. Bezirk) stillgelegt. Das Gaswerk Hütteldorf/Baumgarten folgte ein paar Wochen später. Nur die

⁶² Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 192.

⁶³ Ebd. S. 193.

⁶⁴ Ebd. S. 197.

⁶⁵ Ebd. S. 200.

Österreichische Gasbeleuchtungs-AG betrieb am Wienerberg weiterhin ein eigenes Gaswerk, um den 10. Bezirk zu versorgen.⁶⁶

2.1.6. Städtische Gaswerke in Niederösterreich

Gaswerk	Jahr/ Inbetriebnahme	Betreiber	Kommunal isierung	Übernahme NIOGAS
Baden	31.12.1865	Imperial Austrian Gascompany Limited	1.6.1906	1955
Krems	September 1870	Kremser- Gasbeleuchtungs AG	1913	1.5.1956
Mistelbach	1902	-	-	13.9.1957
Stockerau	1888	-	-	1958
St. Pölten	1865	Englische Gesellschaft – Name unbekannt	1917	1.9.1958
Wiener Neustadt	1.10.1860	Wr. Neustädter Gasbeleuchtungs AG	1.10.1900	1.6.1960

Tabelle 1: Gaswerke in Niederösterreich. Quelle: NIOGAS Erdgasumstellung 1968-1978, 1 Historischer Rückblick; EVN Archiv, 54.

Das erste Stadtgaswerk zu Beleuchtung in Niederösterreich wurde in Wiener Neustadt am 1. Oktober 1860 in Betrieb genommen. Wenig später erfolgte die Gründung des Badener Gaswerkes (1865) durch ein privates Unternehmen. Auch in St. Pölten kam es in diesem Jahr zur Errichtung eines Gasversorgungswerkes. In allen Fällen musste die Infrastruktur für die Versorgung der Stadt erst gebaut werden, insbesondere Werkseinrichtungen und Rohrleitungen. Schwerpunkt lag bei der Raum- und Straßenbeleuchtung, der sich erst nach der Einführung der Stromversorgung in den 1920er Jahren zur Wärmequelle änderte. Die Beleuchtungsunternehmen wurden von den Stadtgemeinden verpflichtet eine Beleuchtung zu gewährleisten. Ausgenommen waren Vollmondnächte, da das natürliche Licht für ausreichende Beleuchtung sorgte. Selbst die Leuchtkraft der Lampen war vertraglich geregelt, diese musste „10 Wachskerzen“ entsprechen. Anfang des 20.

⁶⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 207.

Jahrhunderts wurden, wie auch in Wien, die privaten Gaswerke von den Gemeinden übernommen. Während des Zweiten Weltkrieges kam es zu Erzeugungsspitzen, wie in Baden, wo 1944 2.900.000 m³ Kohlengas erzeugt wurden. Nach Kriegsende kam es aufgrund von Zerstörungen (Wiener Neustadt war besonders betroffen) und Kohlemangel zur Einstellung der Abgabe von Stadtgas. Erst zwischen 1946 und 1947 setzten Produktion und Verteilung wieder ein. Die 1954 gegründete *Niederösterreichische Gasvertriebs-GmbH* (NIOGAS) übernahm als erstes das Gaswerk Baden im Jahr 1955. Es folgten Krems, Mistelbach, Stockerau, St. Pölten und Wiener Neustadt.⁶⁷ Nach der Übernahme führte die NIOGAS technische Modifizierungen durch, es wurden Erdgasspeiseanlagen eingebaut und in Folge auf zyklisch-katalytische Erdgasspaltanlagen umgestellt um die Tagesleistung zu erhöhen.

Eine Besonderheit stellte die Versorgung in Mistelbach dar: Aufgrund schwerer Kriegsschäden konnte keine Wiederaufnahme der Erzeugung von Kohlengas erfolgen. Da sich die Brennstoffversorgung für die Bevölkerung als katastrophal zeigte, kein Gas und keine Kohle, musste die Stadtverwaltung einen Ausweg finden. Die zwischen Ebersdorf und Bullendorf verlegte Erdgasleitung wurde angezapft und mit dem Stadtgasnetz in Mistelbach verbunden. Ab 1950 musste allerdings eine Erzeugungsanlage von Wassergas in Betrieb genommen werden, da sich die Erdgaslieferungen als nicht ausreichend erwiesen. Ab 1955, durch neue Explorationen in der Gegend, war die Erdgasförderung ausreichend gesichert und es wurde wieder auf reine Erdgasversorgung umgestellt.

2.1.7. Stadtgasversorgung in Oberösterreich

Wie auch in allen anderen heutigen Bundesländern entstand die Stadtgasversorgung in Oberösterreich zuerst in den Städten. Die Hauptstadt Linz gab als erstes 1857 den Bau eines Kohlengaswerkes in Auftrag, um vornehmlich öffentliche Plätze beleuchten zu können. Die Errichtung und den Betrieb übernahm die „Allgemeine österreichisch-ungarische Gasgesellschaft in Triest“ für 35 Jahre. Es folgte ein stetiger Ausbau der Beleuchtungsanlagen, ab 1862 wurden auch Laternen in Urfahr mit Leuchtgas versorgt. Genauso wie in Wien gab es während der Jahrhundertwende die Bestrebung ein öffentliches Gaswerk zu errichten, damit die Stadt Linz ihre Bürger eigenständig versorgen konnte und nicht von privaten Gesellschaften abhängig war. Allerdings existierte eine vertragliche Bindung mit dem privaten Betreiber und somit konnte die

⁶⁷ NIOGAS, Erdgasumstellung 1968-1978. 1. Historischer Rückblick; EVN Archiv, 54.

Stadt Linz das Gaswerk erst 1913 erwerben. Während des Krieges kam es, aufgrund des virulenten Kohlemangels, zu starken Einschränkungen. Die Gaslaternen verschwanden schon in den 1920er Jahren aus der inneren Stadt, in den äußeren Bezirken wurden sie erst in den 1930er Jahren durch elektrische Laternen ersetzt. Ab der Inbetriebnahme der Kokerei in den Hermann-Göring-Werken sank die Bedeutung des Linzer Stadtgaswerkes. Immer mehr Gas wurde von den Werken bezogen, die schließlich die Gasversorgung der Bevölkerung ganz übernahm. Das Linzer Gaswerk wurde endgültig am 7. Mai 1957 nach 100-jähriger Betriebszeit geschlossen. Bis Ende der 1970er versorgte die VÖEST mit rund 40 Mio. m³/Jahr die Bewohner von Linz, allerdings reichte die Menge bald nicht mehr aus und es wurde eine Butan-Spaltanlage gebaut, die ebenfalls 35 Mio. m³/Jahr zur Verfügung stellte. Schließlich entschloss sich auch Oberösterreich für eine Umstellung auf Erdgas.⁶⁸ Ab 1964 wurden die OÖ Stickstoffwerke mit Erdgas aus Niederösterreich über die Austria Ferngas AG (AFG) versorgt.⁶⁹ In den 1970er erfolgte auch der Ausbau des Leitungsnetzes in Oberösterreich, um eine breitflächige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. In den 1960er Jahren tätigte die RAG (*Rohöl-Aufsuchungs-Gesellschaft*) Erdgasfunde im Gebiet um Voitsdorf, die in das Netz eingespeist wurden.⁷⁰

Im Zuge der Verhandlungen über den Erdgasliefervertrag mit der UdSSR 1968 zog die *Oberösterreichische Ferngasgesellschaft*⁷¹ überraschend ihre Teilnahme zurück. Da die OÖ Ferngasgesellschaft nur über ein geringes Stammkapital verfügte, hafteten aufgrund der *take-or-pay* Klausel die Industriegesellschafter. Den Unternehmen war das Risiko zu hoch, falls die Menge nicht verbraucht werden konnte, ergab sich ein Verlustgeschäft. Also ließen sie in letzter Minute die Teilnahme Oberösterreichs am Erdgasvertrag 1968 platzen. Die Anteile übernahm die ÖEG und gab sie an die beteiligten Gesellschaften (NIOGAS, WStW, BEGAS, Steirische Ferngas) weiter, da *Sojusnefteexport* auf die Abnahme der vereinbarten Menge bestand.⁷²

⁶⁸ Elisabeth Kreuzwieser, Kohlengaswerke. Versorgung der Städte. In: Forum OÖ Geschichte, Virtuelles Museum Oberösterreich. vgl. <<http://www.oogeschichte.at/Kohlengaswerke-Versorgung-der-Staedte.524.0.html>> (1.11.2012)

⁶⁹ Elisabeth Kreuzwieser, Ein Erdgasnetz für OÖ. – Die OÖ. Ferngas AG. Unternehmensentwicklung. In: Forum OÖ Geschichte, Virtuelles Museum Oberösterreich. vgl. <<http://www.oogeschichte.at/Unternehmensentwicklung.527.0.html>> (1.11.2012)

⁷⁰ Elisabeth Kreuzwieser, Erdgastransport und Anlagenbau. In: Forum OÖ Geschichte, Virtuelles Museum Oberösterreich. vgl. <<http://www.oogeschichte.at/Erdgastransport-und-Anlagenbau.528.0.html>> (1.11.2012)

⁷¹ Gegründet 1957.

⁷² Elisabeth Bruckschwaiger, OÖ. Ferngas 1957-2007. 50 Jahre Erdgasinfrastruktur in Oberösterreich. (Linz 2007) S. 25.

2.1.8. Versorgung im restlichen Österreich

Eine kommunale Stadtgasversorgung entstand in allen größeren österreichischen Landeshauptstädten, wie Graz, Bregenz oder Innsbruck. Die flächendeckende Versorgung konnte aber erst durch die Erdgasumstellung gewährleistet werden. Die, für das Ende der 1960er Jahre angestrebten, ausländischen Erdgasimporte sollten hauptsächlich Wien, Niederösterreich, die Steiermark und Oberösterreich versorgen, in erster Linie die Industrie, in weiterer Folge die privaten Haushalte. Die restlichen Bundesländer wurden erst später an das Erdgasnetz angebunden. Oberösterreich und Salzburg wurden aus den ansässigen Quellen von der RAG versorgt, Kärnten konnte den Bewohner und der Industrie erst nach dem Bau der Trans-Austria-Pipeline Erdgas anbieten. Das Burgenland mit der BEGAS trat noch in dem sowjetisch-österreichischem Erdgasabkommen bei und wurde ab 1968 mit Erdgas versorgt. Tirol wurde als letztes Bundesland an ein regionales und internationales Erdgasnetz angeschlossen. In Vorarlberg entstanden Ende des 19. Jahrhunderts Stadtgaswerke in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Lustenau, vorwiegend zu Beleuchtungszwecken. Wie in allen anderen Gebieten Österreichs erfolgte die Umstellung auf Erdgas in den 1960er bzw. 1970er Jahren. Das Erdgas wurde und wird einerseits aus der Schweiz und andererseits aus Deutschland bezogen.⁷³

2.1.9. Elektrisches Licht und Gasbeleuchtung in Wien

Ähnlich der Entstehung eines zentralen kommunalen Gaswerks wurde auch ein kommunales Elektrizitätswerk 1902 errichtet. In den folgenden Jahren wurden private Stromanbieter aus Wien verdrängt oder übernommen.⁷⁴ Schon vor dem Ersten Weltkrieg entstanden Pläne zur elektrischen Beleuchtung der Stadt, da die elektrischen Lampen zum einen wesentlich heller leuchteten und zum anderen wirtschaftlicher waren als die Gaslaternen. Nachdem die Lieferverträge für Kohle mit den Nachfolgestaaten ausverhandelt worden waren, konnten Gas und Strom wieder in vollem Umfang produziert werden. Punkto Straßenbeleuchtung ging die Stadtverwaltung dazu über, elektrische Lampen zu installieren.⁷⁵ 1923 wurden die Vor-Kriegspläne der elektrischen Straßenbeleuchtung umgesetzt. Da die Stromerzeugung durch die Errichtung von Wasserkraftwerken billig und quantitativ möglich war. Die neuen Lampen wurden auf den Spanndrähten der Straßenbahn befestigt oder in der Mitte der Fahrbahn mittels

⁷³ VEG Vorarlberger Erdgas GmbH, Unternehmen, Geschichte.

<http://www.veg.at/inhalt/at/unternehmen_geschichte.htm> (29.11.2012)

⁷⁴ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 266.

⁷⁵ Ebd. S. 267.

Spanndrähten aufgehängt. Nach erfolgreichen Tests in der Thaliastraße folgten weitere Straßenzüge in Wien.⁷⁶

Exkurs: Carl Auer von Welsbach

Um dem Ausbau der Elektrizität bei der Stadtbeleuchtung entgegen zu treten, erfand Carl Auer von Welsbach (1858-1929) das sogenannte „Auer-Glühlicht“. Über die Gasflamme wurde ein mit Thoriumoxyd getränkten Glühstrumpf gesetzt, was einen sparsameren Gasverbrauch mit besserem Leuchtergebnis zur Folge hatte. Doch die Erfindung konnte nur kurzweilig die Verdrängung des Gasglühlichtes stoppen. Auer von Welsbach entwickelte 1904 auch die Osmium-Glühfäden, die eine stärkere Leuchtkraft des elektrischen Lichtes ermöglichten.⁷⁷

Mitte bis Ende der 1920er Jahre führten die Wiener Gaswerke technische Neuerungen ein, die das Gaslicht zur Straßenbeleuchtung wirtschaftlicher machten. Dennoch setzte sich die elektrische Straßenbeleuchtung in Wien relativ rasch durch. 1937 fanden sich in Wien rund 50.000 Straßenbeleuchtungskörper, davon rund 33.000 elektrische und 17.000 mit Gas betriebene.⁷⁸

2.1.10. Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg war für die Gasversorgung, wie auch im Beleuchtungskapitel ausgeführt, ein herber Einschnitt für die Gasproduzenten aber auch –bezieher. Dadurch, dass das Gas rationiert wurde und die Abgabe nur noch in bestimmten Mengen erlaubt war, stieg der Gaspreis fast wöchentlich. Auch die Geräte und Installationen wurden während des Krieges immer teurer bis unbezahlbar, weswegen Ratenzahlungen oder Miete für Gaszähler vereinbart werden mussten.⁷⁹ Für die Teuerung war zum einen die Rationierung des Gases und zum anderen aber auch die extreme Teuerung des Grundstoffes Kohle verantwortlich. In den Jahren 1914 bis 1921 war der Preis für Kohle um das 250-Fache gestiegen. Selbst als sich der Kohlemarkt in den 1920er Jahren stabilisierte, lag der Preis für Kohle um das 26-Fache höher als vor dem Krieg.⁸⁰ Allerdings wurde der seit den 1890er Jahren steigende Gasbedarf auch während des

⁷⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 268.

⁷⁷ Elisabeth Kreuzwieser, Stadtbeleuchtung mit Kohlengas. In: forum öö geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Hg.) (Leonding 2012) vgl. <<http://www.ooegeschichte.at/Stadtbeleuchtung-mit-Kohlengas.520.0.html>> (31.10.2012)

⁷⁸ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 269.

⁷⁹ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 387.

⁸⁰ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 386.

Krieges nicht geringer. Im Jahr 1914/15 wurde das Gaswerk Leopoldau sogar erneut um Brennkammern erweitert, um die Produktion zu maximieren. Im Durchschnitt betrug der jährliche Gasverbrauch während der Kriegsjahre 103 Mio. m³.⁸¹

Aufgrund von Treibstoffmangel während des Krieges (Beschlagnahmung durch die Heeresverwaltung) wurden Geräte vermehrt auf Gasbetrieb umgestellt (Bügeleisen, Küche, Heizung etc.). Auch die Gasproduktion ging im Jahr 1917 zurück und somit die Verwendbarkeit von Gasgeräten. Außerdem war das Gas wegen einem minderen Heizwert von schlechterer Qualität und wurde rationiert. Da der Transport per Bahn während des Krieges ebenfalls viel Kohle benötigte, wurden zugunsten dessen die Kohlerationen für die Gaswerke geschmälert.⁸² Die Eisen- und Stahlindustrie und die Rüstungs- und Munitionsproduktion benötigten ebenfalls sehr viel Kohle. Im Jahr 1917 liefen auch noch die Verträge mit der Österreichischen Gasbeleuchtungs-AG aus, damit war fortan auch der 10. Bezirk an das Netz der Wiener Gaswerke angeschlossen.⁸³

Das Kohleproblem wurde immer eminent. So waren im Laufe des Krieges zahlreiche Bergarbeiter als Soldaten an die Front geschickt worden, die in den Kohlebergwerken fehlten. 1917 erkannte man aber, dass die Kohleförderung und damit die Produktion von Gas, Kriegsmaterial und der Bahntransport nicht mehr gesichert waren, und holte rund 20.000 Bergarbeiter von der Front zurück. Trotzdem steigerte sich die Produktivität der Minen nur marginal, da der dauernde Nahrungsmangel der Arbeiter zur Unterernährung und damit zu sinkender Arbeitsleistung führte.⁸⁴

Der Kohlemangel führte schließlich zu rigorosen Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben. So durfte ab 1917 nicht mehr vor dem 15. Oktober geheizt werden, die Straßenbeleuchtung wurde auf ein Minimum verringert und Kohle war nur noch mit Bezugsscheinen erhältlich. Auch das Horten von Kohle wurde streng untersagt und unter Strafe gestellt.⁸⁵

Nach dem Ende des Krieges und dem Zerfall des Habsburgerreichs wurde die Lage für die neuentstandene Republik „Deutsch-Österreich“ noch prekärer verglichen mit den letzten Kriegsjahren. Mit dem Untergang der Monarchie und der neuen Grenzziehung

⁸¹ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 211.

⁸² Ebd. S. 219.

⁸³ Ebd. S. 220.

⁸⁴ Ebd. S. 221.

⁸⁵ Ebd. S. 221.

waren wichtige Produktionsstätten im nunmehrigen Ausland (Böhmen, Mähren, Schlesien). Die Energieversorgung brach komplett zusammen. Durch den Kohlemangel und den damit verbundenen Zusammenbruch des Transportwesens, nahmen auch die Holzlieferungen ab und kamen schließlich komplett zum Erliegen.⁸⁶

2.1.11. Zwischenkriegszeit

Erst in den 1920er Jahren erzielte die Gasproduktion langsam wieder Vorkriegsniveau.⁸⁷ Besonders dramatisch war die Situation nach dem Krieg in Wien, denn durch die steigende Inflation und der damit verbundenen Entwertung der „Krone“ kostete 1922 ein Kubikmeter Gas 2.004 Kronen.⁸⁸ Doch der Gasmarkt erholte sich in den folgenden Jahren und so wurde die Anzahl von Gaszählern in den Jahren 1924 bis 1927 um ca. 100.000 erhöht.⁸⁹ Die Gaswerke betrieben nun Werbung, um gezielt sowohl Privat- als auch Gewerbekunden zu gewinnen. Also wurden Kochvorführungen veranstaltet, Schau-Küchen eingerichtet oder Vorträge über Sparmaßnahmen beim Kochen abgehalten.⁹⁰ In den Jahren nach der Umstellung von Krone auf Schilling erholte sich die Wirtschaft und besonders für die Gaswirtschaft bedeutete dies Hochkonjunktur. Verschiedene „Stadtgassorten“ (nicht nur Kohlengas) mussten gemischt werden, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden. Ende der 1920er Jahre brach man Verbrauchsrekorde, doch mit der beginnenden Weltwirtschaftskrise (1929) fiel der Konsum wieder erheblich. War 1928 noch 200 Mio. m³ Gas erzeugt worden, waren es 1935 nur noch 70 Mio. m³.⁹¹

Die Gaswerke Leopoldau und Simmering blieben vom Bürgerkrieg 1934 fast verschont, jedenfalls konnte die durchgehende Gasproduktion, wenn auch mit starken Einbrüchen, aufrechterhalten werden. In der Arbeiterschaft der Gaswerke fanden sich zahlreiche sozialdemokratische Aktivisten, die einen Generalstreik forderten bzw. sogar zu den Waffen griffen. Allerdings gab es keine Todesfälle im Werk und wie schon gesagt blieb die Gasversorgung stetig aufrecht. Insgesamt wurden im Folgenden 212 sozialdemokratische Arbeiter entlassen, 25 flohen in die Tschechoslowakei und anschließend in die Sowjetunion und zwei zu Haftstrafen verurteilt.⁹²

⁸⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 225.

⁸⁷ Ebd. S. 212.

⁸⁸ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 386.

⁸⁹ Ebd. S. 387.

⁹⁰ Ebd. S. 388.

⁹¹ Ebd. S. 391.

⁹² Ebd. S. 399.

In den 1930er Jahren erfolgten die ersten Versuche mit Gas als Treibstoff, insbesondere für Autos. So entstanden zuerst in Deutschland, dann auch in Wien Gastankstellen. Mittels Testfahrzeugen wollte man die Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit von Gas erproben. So wurden in Wien Mülltransporter mit Gas betrieben.⁹³

2.1.12. Der Zweite Weltkrieg

Nach dem „Anschluss“ 1938 wurden sämtliche private Gasversorger vom Markt verdrängt. Als letztes wurde 1940 die *Österreichische Gasbeleuchtungs-AG* von der Stadt Wien übernommen. Während des Krieges erreichte die Gasproduktion Spitzenwerte. 1942 überstieg die tägliche Stadtgasabgabe erstmals die 1,5 Mio. m³-Marke. Eine weitere Neuerung brachte der Krieg, nämlich die Zulassung von Frauen in technischen Berufen. So gab es ab 1939 „Gelderheberinnen“ (Kassiere) und „Gasmesserwärterinnen“, die für die Wartung der Gasmesser zuständig waren. Ab 1940 kam eine weitere Berufswahl für Frauen hinzu: Die der „Gasberaterin“, die Hausfrauen mit küchentechnischen Informationen versorgen sollten.⁹⁴

Wie schon im Ersten Weltkrieg gestaltete sich die Versorgung mit Kohle im Krieg als schwierig, außerdem wurde der Hauptenergieanteil für das Militär genutzt. 1943 war ein wichtiges Jahr, da in diesem Jahr erstmals Erdgas mit Stadtgas vermischt und ausgeliefert wurde. Der Erfolg veranlasste die Stadtverwaltung zum Bau einer Pipeline von Aderklaa über Leopoldau nach Simmering, um beide Gaswerke mit „neuem“ Gas versorgen zu können. Der in Berlin ansässige „Generalinspektor für Wasser und Energie“ bemerkte in einem Schreiben im Jahr 1943 die Wichtigkeit der flächendeckenden Nutzung von Erdgas, insbesondere forderte er die Verlegung einer Leitung von Zistersdorf nach Wien. So sollte zum einen Kohle und Erdöl eingespart werden, und zum anderen ein unterirdischer Gasspeicher für Wien geschaffen werden, um im Falle von Zerstörungen durch Fliegerbomben die Stadt ausreichend versorgen zu können.⁹⁵

Im März 1944 fand der erste Luftangriff auf Wien, durch britische und amerikanische Bomber, statt. Im Juni wurde ein gezielter Angriff auf das Wiener Gaswerk Leopoldau geflogen, bei dem große Schäden entstanden. So brannte der Gasbehälter I vollständig aus, trotzdem wurde der Betrieb nur wenige Tage später wieder aufgenommen. Im

⁹³ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 402 f.

⁹⁴ Ebd. S. 409.

⁹⁵ Ebd. S. 413, 416.

Oktober folgte das nächste und verheerendste Bombardement auf das Gaswerk Leopoldau: Rund 100 Sprengkörper wurden abgeworfen und drei Mitarbeiter kamen ums Leben. Auch nach diesem Angriff wurde noch im selben Monat die Gasversorgung wieder her- und zwei Monate später die Rohrleitung aus Zistersdorf fertiggestellt.⁹⁶

Auch das Gaswerk Simmering wurde mehrmals stark in Mitleidenschaft gezogen, es erfolgten insgesamt vier gezielte Luftangriffe. Die Arbeit war für die Beschäftigten nur schwer aufrecht zu halten, da zum einen die Belegschaft bedingt durch Kriegseinsatz, Verletzte und Tote stark dezimiert war. Zum anderen, weil gegen Kriegsende fast täglich Fliegeralarm herrschte und die Arbeiter die Schutzräume aufsuchen mussten. Trotzdem wurde die Produktion bis 1945 aufrechterhalten.⁹⁷

Anfang April 1945 standen sowjetische Truppen „ante portas“ Wiens, während in Wien deutsche Soldaten wichtige wirtschaftliche Stützpunkte, wie auch die Gaswerke Simmering und Leopoldau besetzt hielten und gegen den „Feind“ verteidigten. Der Belegschaft wurde freigestellt die Werke zu verlassen und einige taten dies auch. Insgesamt 248 Personen blieben allerdings im Werk und versuchten dieses vor weiteren Zerstörungen zu schützen. Otto Koblicek musste sein Leben lassen, als er sich am 5. April einem SS-Kommando in den Weg stellte, um Schäden zu verhindern. Heute ist die Koblicekgasse im 11. Wiener Gemeindebezirk nach ihm benannt.⁹⁸ Die vollständige Zerstörung konnte abgewehrt werden, trotzdem waren massive Beschädigungen an Technik und Bau entstanden. Im Gaswerk Leopoldau wurden außerdem viele Arbeiter in den letzten Wochen des Krieges zum „Deutschen Volkssturm“ eingezogen und verbrachten die Nachkriegsjahre in sowjetischer Gefangenschaft. Schließlich nahmen die sowjetischen Truppen, von weißen Fahnen „willkommen heißen“, das Gaswerk Simmering und Leopoldau ein und schickten die Arbeiterschaft nach Hause.⁹⁹

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die nächtliche Straßenbeleuchtung aufgrund von Luftschutz verboten und eingestellt. Paragraph 16 der Verdunkelungsverordnung sagt aus, dass selbst die Straßenbeleuchtung im Falle der Ausrufung des Luftschutzes nicht mehr eingeschalten werden darf. Zur Verhinderung eines nächtlichen Verkehrschaos

⁹⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 417.

⁹⁷ Ebd. S. 421.

⁹⁸ Ebd. S. 422-423.

⁹⁹ Ebd. S. 423.

sollten auf den Boden gerichtete Richtleuchten für die notwendige Beleuchtung sorgen.¹⁰⁰ Die 1944 und 1945 angerichteten Bombenschäden in Wien waren enorm, das Gaswerk Simmering wurde schwer getroffen, wenn auch nicht komplett zerstört.¹⁰¹

2.1.13. Wiederaufbau und Nachkriegsjahre

Es kam wohl nicht zur vollständigen Zerstörung der Gaswerke, aber die Schäden waren enorm. In Simmering waren die Kohleförderanlagen, das Wäscherhaus, die Ammoniakfabrik, die fünf Gasbehälter und die Gebäude mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch in Leopoldau waren die Kohlenförderanlagen, die zwei Gasbehälter und die elektrischen Anlagen beschädigt, zwei Wassergeneratoren und die Ammoniakfabrik waren total zerstört. Einzig die Öfen und ein Großteil der Gasaufbereitungsanlagen waren noch intakt. Doch eine Gaserzeugung war nicht möglich, da zu wenig Kohle vorhanden war und auch mit Nachschub nicht zu rechnen war. Die Restbestände an Kohle ließ man den Elektrizitätswerken zukommen, um wenigstens die Stromerzeugung teilweise aufrecht zu erhalten. Die Koksvorräte von 15.000 Tonnen wurden verwendet, um die Öfen nicht auskühlen zu lassen, da die Öfen eine Vorheizzeit von bis zu einem Monat hatten. Außerdem wurde Generatorgas erzeugt, das mit Erdgas gemischt wurde. Nicht zu vergessen ist außerdem, dass das Wiener Gasverteilungsnetz ebenfalls teils schwer beschädigt bzw. zerstört war.¹⁰²

Durch den latenten Kohlemangel wurde das erste Mal reines Erdgas ins Netz gespeist.¹⁰³ Am 16. April wurde die Instandsetzung des Gaswerks Simmering unter der Leitung von Ing. Josef Menzel mit 300 Beschäftigten in Angriff genommen. Erst im Oktober 1945 trafen die ersten Kohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet ein und die Erzeugung von Stadtgas lief an.¹⁰⁴ Im November 1945 wurden die Werke erstmals wieder zusammen geschlossen. Mittels Rohrleitungen wurde das in der Leopoldau erzeugte Stadtgas nach Simmering geliefert und von dort an die Abnehmer verteilt. Auch der Wiederaufbau der zerstörten Brücken trug dazu bei, die Bevölkerung von Wien und Umlandgemeinden mit Gas zu versorgen.¹⁰⁵ Ende 1945 konnte 80% des Stadtgebietes wieder mit Gas versorgt werden. Durch Beschädigungen an den Leitungen betrug der Gasverlust bis zu 30%.

¹⁰⁰ I. Danielzik (Hg.), Achte Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz (Verdunkelungsverordnung) 23. Mai 1939 (RGBl. I S. 965) <<http://www.amaot.de/bunker/8dfgvo.htm>> (14.5.2012)

¹⁰¹ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 271.

¹⁰² Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 424 f.

¹⁰³ Ebd. S. 425.

¹⁰⁴ Ebd. S. 426.

¹⁰⁵ Ebd. S. 427.

Ungefähr ein Jahr nach Kriegsende galt das Leitungsnetz als komplett repariert.¹⁰⁶ Mit der notdürftigen Reparatur der sowohl mit Gas als auch elektrisch betriebenen Beleuchtungsanlagen wurde sofort nach dem Krieg begonnen. An eine vollständige Wiederherstellung war zu dem Zeitpunkt aufgrund des Ressourcenmangels nicht zu denken. Es dauerte bis Anfang der 1950er Jahre, um die dauernächtliche Straßenbeleuchtung wieder zu garantieren. 1953 wurden schließlich die letzten durch den Krieg zerstörten Anlagen wiederhergestellt und in Betrieb genommen - nun brannten in Wien rund 60.000 Laternen mit Strom oder Gas.¹⁰⁷

1947 wurde wieder so viel Gas abgegeben, wie 1938, die Sperrzeiten wurden 1948 aufgehoben und Anfang der 1950er Jahre die letzten Instandsetzungsarbeiten an den Gasbehältern in Simmering und Leopoldau abgeschlossen.¹⁰⁸ Außerdem wurden 1949 die städtischen Elektrizitätswerke, Gaswerke und der Verkehrsbetrieb zu den Wiener Stadtwerken (WStW) mit einer Generaldirektion zusammengefasst.¹⁰⁹

In den 1950er Jahren wurde außerdem die Umrüstung von Gasbeleuchtung auf elektrisches Licht vorangetrieben. Das Ziel waren 100.000 elektrische Lampen in Wien, das am 7. Mai 1962 in Form einer elektrischen Lampe am Kopalplatz beim Stubenring erreicht wurde. Rund ein halbes Jahr später, am 27. November 1962, wurde die letzte Gaslaterne durch Bürgermeister Franz Jonas gelöscht. Damit gehörte die Gasbeleuchtung in Wien der Vergangenheit an.¹¹⁰

2.1.14. Nachkriegszeit bis Ende der Stadtgasära 1978

Auch nach dem Krieg gab es Diskussionen, ob Stadtgas als Wärmequelle noch zeitgemäß und zukunftsorientiert war. Die neue Energiequelle Elektrizität setzte sich bei der Beleuchtung durch, die letzte Gaslaterne wurde 1962 in Wien gelöscht. Jedoch erfreute sich Gas als Heizmittel immer größerer Beliebtheit, auch wenn Kohle (bis heute) aus dem Ausland importiert werden musste. Außerdem sprachen einige Dinge gegen die komplette Umstellung auf Strom: Zum einen, dass im Winter, wo der Heizbedarf am höchsten ist, das wenigste Wasser zu Verfügung steht, zum anderen weil wichtige „Abfallstoffe“ im Zuge der Kohlevergasung anfielen, wie Rohteer, Schwefelwasserstoff und Ammoniak,

¹⁰⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 430.

¹⁰⁷ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 271.

¹⁰⁸ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 433.

¹⁰⁹ Ebd. S. 434.

¹¹⁰ Ruck, Fell, Gas. Bd. I. S. 273.

die in der Chemieindustrie zu Lacken, Farben, Medikamenten, Saccharin, Gerb- und Sprengstoffe, Pech und Salmiakgeist verarbeitet wurden.¹¹¹

Nicht nur in den Haushalten war eine vermehrte Nutzung von Gas zu verzeichnen, sondern auch in der Industrie und im Gewerbe setzte sich der Gasgebrauch gegen die Kohle durch. So wurden Hotelküchen, Bäckeröfen und Kaffeeröstmaschinen mit Gas betrieben.¹¹²

Seit 1943 wurde dem Stadtgas Erdgas beigemischt, das mit Leitungen aus Niederösterreich (Neusiedl an der Zaya, Zistersdorf, Matzen, Zwerndorf und Baumgarten) geliefert wurde. Aufgrund der unterschiedlichen Heizwerte (Erdgas hat einen viel höheren Brennwert) musste eine Lösung gefunden werden, um eventuelle Schwankungen, die den Brenngeräten zusetzten, auszugleichen. Da reines Methan wegen der Divergenz der Heizwerte nicht zugemischt werden konnte, wurden die Methanmoleküle mittels Erdgasluftspaltung bzw. Erdgaswasserdampfspaltung getrennt.¹¹³

Ab den 1960er Jahren wurde Gas auch zur Warmwasseraufbereitung verwendet. Überhaupt verzeichneten die Wiener Stadtwerke von Jahr zu Jahr weitere Abgaberekorde. Durch die Beimengung von Erdgas und Spaltgas ging allerdings der typisch üble Geruch von Gas zurück und es kam zu Unfällen, da der Hauptbestandteil Kohlengas weiterhin hoch toxisch war. So bauten die Wiener Stadtwerke 1960 eine Odorierungsanlage, um eine Warnung bei Gasaustritt zu ermöglichen. Obwohl schon vor dem Zweiten Weltkrieg mit einer Entgiftung des Gases experimentiert wurde, waren auf dem Gebiet keine großen Fortschritte zu erkennen. Dies gelang erst Anfang der 1960er Jahre und unter Bürgermeister Franz Jonas wurde 1964 im Wiener Gemeinderat die Stadtgasentgiftung beschlossen. So konnte der Kohlenmonoxidgehalt von 12% auf 2% gesenkt und viele Unfälle sowie Suizide verhindert werden.¹¹⁴

In den 1960er Jahren neigte sich aber auch die Stadtgasära dem Ende zu. So verdrängte das vermehrt hergestellte Spaltgas das Kohlengas. Außerdem war man sich bewusst, dass in Zukunft vorrangig Erdgas verwendet würde. Am 11. Mai 1966 wurde der letzte Horizontalkammerofen in Simmering und am 28. August 1969 der letzte Ofen zur

¹¹¹ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 440.

¹¹² Ebd. S. 260.

¹¹³ Ebd. S. 464.

¹¹⁴ Ebd. S. 469-470.

Kohlengaserzeugung in der Leopoldau stillgelegt. Schon im Vorfeld wurde auch Erdgas aus dem Ausland bezogen, ab 1966 aus der Tschechoslowakei und ab 1968 aus der Sowjetunion.¹¹⁵

2.2. Gasumstellung: Von Stadtgas zu Erdgas

In Österreich wurde ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich aus Steinkohle, aber auch aus Braunkohle, Stadtgas erzeugt. Die Nebenprodukte wie Teer, Schwefel, Ammoniak und Benzol waren einerseits Wirtschaftsgut, andererseits verpesteten sie die Umwelt. Zur Beleuchtung und späteren Wärmeversorgung wurden Gesellschaften zur Herstellung von Stadtgas gegründet.

Die Gasversorgungswirtschaft hatte bis nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich in Wien eine Bedeutung, wo eines der größten Gaswerke Mitteleuropas auf der Basis der klassischen Kohleentgasung bestand. Mit einer Kapazität von 450 Mio.m³ pro Jahr war es unbestritten auch das größte Gaswerk in Österreich. An zweiter Stelle folgte das Gaswerk Graz mit einer Spitzenförderung von 20 Mio. m³ pro Jahr. In Linz kam der großen Kokerei der VÖEST keine Bedeutung zu, da sie das anfallende Gas dem Stickstoffwerk zur Verfügung stellte. Im Rest Österreichs fehlten eine großräumige Gasverteilung und mittelgroße Gaswerke zur Versorgung der Haushalte, was anhand der Siedlungsstruktur erklärt werden kann. Aufgrund der großen Distanzen zwischen den Ballungszentren und dem dünn besiedelten Gebiet dazwischen rentierte sich ein großflächiges Verteilungs- und Versorgungsnetz nicht. In den Ballungszentren selbst waren dagegen rund 60% der Bevölkerung an die Versorgung angeschlossen. Auch ein Großteil der österreichischen Industrie, insbesondere das südliche Niederösterreich bis Neunkirchen, die Obersteiermark von Mürzzuschlag bis Donawitz und der Raum von Linz, waren von der Erdgasversorgung ausgeschlossen. Die ersten Überlegungen zu einer Bereitstellung von Gas (Stadtgas) für ganz Österreich wurden bereits in den Jahren 1942-43 angestellt. Geplant war ein Bezug aus einer Gaskokerei in Mährisch Ostrau, aber aufgrund der Kriegereignisse kam es nicht zur Durchführung.¹¹⁶

Ab den 1930er Jahren wurden die ersten Erdgasfelder ausgebeutet und das Gas mit Stadtgas vermischt, an die Kunden weitergegeben.¹¹⁷ Während des Zweiten Weltkrieges wurde das mit Erdgas befeuerte Dampfkraftwerk in Neusiedl an der Zaya gebaut und

¹¹⁵ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. 470-471.

¹¹⁶ Österreich und der Gasverbund, Abschnitt Allgemeines; EVN-Archiv, 665-152.

¹¹⁷ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 494.

auch in das Dampfkraftwerk Simmering wurde vermehrt Erdgas aus dem Marchfeld geliefert. 1945 wurden die Betriebe sowie die Erdöl- und Gasfelder von der Sowjetunion beschlagnahmt und die nächsten zehn Jahre von der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) ausgebeutet.¹¹⁸

Die österreichische Gaswirtschaft mit zahlreichen selbständigen städtischen Gaswerken, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Aufkommen der Erdgaswirtschaft zugunsten von Landesgasversorgern umgestaltet. Große Unternehmen wie die Wiener Stadtwerke oder die NIOGAS in Niederösterreich erwarben nach und nach die kommunalen Gaswerke. Die Absicht der Wiener Stadtwerke, das städtische Gaswerk von Baden zu kaufen, da die Betreiber umgekehrt an einem Verkauf interessiert waren, war mitentscheidend für die Gründung des niederösterreichischen Landesversorgers NIOGAS im Jahr 1954, der schließlich das Badener und weitere städtische Gaswerke in Niederösterreich erstand. Mit steigender Erdgasförderung wurde ein österreichweites Netz von Interesse, da die Bezugfelder des Erdgases in Niederösterreich und in Oberösterreich zu finden waren.

Durch den steigenden Gasbedarf nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere in den späten 1950er und den 1960er Jahren, wurde die Kapazität der Leitungen an ihr Äußerstes gebracht. Für den gleichen Heizwert brauchte man doppelt so viel Stadtgas wie Erdgas und so mussten sogar Anträge auf neue Heizungen in Wien abgewiesen werden.¹¹⁹ Ein weiterer Grund für die Erdgasumstellung stellte die Unschädlichkeit des „natürlichen“ Gases dar, während Stadtgas einen hohen Gehalt an giftigem Kohlenmonoxid vorwies und dadurch über die Jahre zahlreiche Gasunfälle mit Todesopfern zu verzeichnen waren.¹²⁰ Ein weiteres Problem war der Bedarfswandel: Während die Beleuchtung elektrisch wurde, stellte man das Heizen aber von Kohle/Holz auf Gas und Heizöl um. Als Begleiterscheinungen traten hohe jahreszeitliche Schwankungen auf. So wurde im Sommer ein Sechstel weniger Gas abgesetzt, als im Winter.¹²¹

Die Umstellung in Niederösterreich erfolgte in den Jahren 1968 – 1978. Die Gasgeräte der Haushaltskunden wurden alle auf Kosten der NIOGAS umgebaut, während die Umbauarbeiten bei Gewerbe- und Industriekunden von diesen selbst getragen werden

¹¹⁸ Vgl. Walter M. Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. (Innsbruck 2011)

¹¹⁹ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 506.

¹²⁰ Ebd. S. 511.

¹²¹ NIOGAS Erdgas Umstellung 1968-1978, 3. Umstellung auf Erdgas; EVN Archiv, 54.

mussten.¹²² Es gab allerdings zahlreiche Geräte, die aufgrund ihres Alters bzw. ihrer technischen Ausstattung nicht auf Erdgasbetrieb umgestellt werden konnten. In solchen Fällen mussten neue Geräte erworben werden, da ab dem Tag der Umstellung auf Erdgas diese nicht mehr verwendet werden durften und für die weitere Benützung gesperrt wurden. Während der Umstellung mussten alle Gashähne an den Geräten sowie der Gashaupthahn geschlossen werden. Nach der Justierung und dem Umbau durften die dazu geeigneten Geräte wieder in Betrieb genommen werden. Die Umbauarbeiten pro Bezirk waren mit bis zu einer Woche berechnet. Die Umstellung erfolgte im Sommer, da keine Heizung von Nöten war.

Mit der Umstellung mussten die bisher mit Stadtgas betriebenen Geräte überprüft und kategorisiert werden, ob eine Umstellung bzw. ein Umbau des betreffenden Geräts überhaupt möglich war. Viele Geräte wurden als inkompatibel klassifiziert, was den Unmut der Besitzer weckte. Allfällige Proteste waren jedoch wirkungslos. Die Umstellung auf Erdgas war aufgrund der Wirtschaftlichkeit und des Schutzes beschlossene Sache.¹²³ Im September 1970 begann in Wien die Gasumstellung auf Erdgas, deren Laufzeit auf zwölf Jahre prognostiziert wurde.¹²⁴ Allerdings wurde die verlautbarte Zeit um vier Jahre unterschritten, denn im Herbst 1978 war die Umstellung von Stadt- auf Erdgas in Wien abgeschlossen.

In den Jahren 1957 und 1958 erfolgte der (Aus-)Bau des Hochdruckleitungsnetzes in Niederösterreich. Die Steiermark (Steirische Ferngas AG) konnte nun über Gasleitungen der NIOGAS gegen Gebühr Erdgas von der ÖMV beziehen.¹²⁵

Ab den 1960er Jahren schließlich, als sich abzeichnete, dass der Gasbedarf durch Inlandsförderungen nicht mehr gedeckt werden konnte, begann die Suche nach ausländischen Lieferanten, um den Wohlstand und die Wirtschaftsentwicklung in Österreich zu garantieren. Nach der Umstellung und dem Import russischen Erdgases wurde 1972 eine Bedarfsanalyse angefertigt, in der eine Steigerung der Erdgasabgabe um 83% für die letzten zehn Jahre errechnet wurde. In Niederösterreich wurden allerdings nur rund 8% der Menge von den Haushalten verbraucht, der Rest von der Industrie,

¹²² NIOGAS Erdgasumstellung 1968-1978, 3. Umstellung auf Erdgas, 3.2.1. Vertragsverpflichtungen; EVN Archiv, 54.

¹²³ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 517.

¹²⁴ Ebd. S. 523.

¹²⁵ Rigele, Zwischen Markt und Monopol. S.197.

insbesondere den Wärmekraftwerken der NEWAG.¹²⁶ Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Gasabgabe an die Industrie und die privaten Haushalte im Verlauf der 1960er Jahre. Dabei sticht ein deutlicher Anstieg der Gaslieferungen im Importjahr 1968/69 hervor. Anhand unten stehender Tabelle wird die Gasabgabe in Niederösterreich bis 1968 dargestellt. Zu beobachten ist ein signifikanter Anstieg der Gaslieferungen im Importjahr 1968 bis 1969.

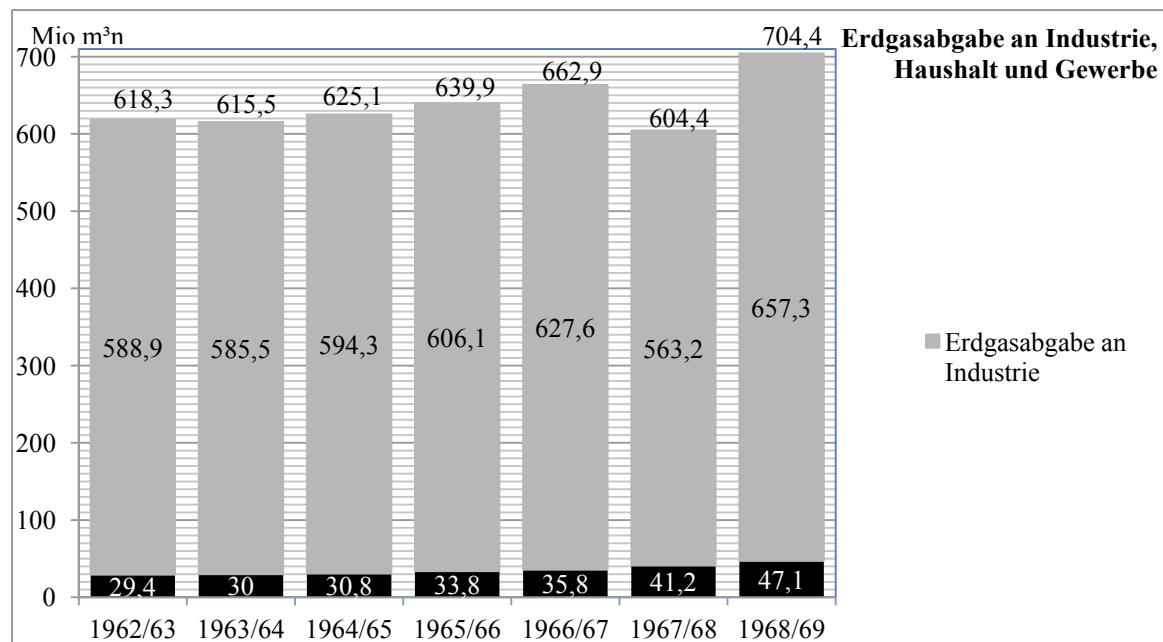


Abbildung 2: Erdgasabgabe an Industrie, Haushalt und Gewerbe. Quelle: EVN Archiv, NIOGAS Geschäftsbericht 1968/69.

2.3. Die Sowjetische Mineralölverwaltung 1945-1955

Bereits ab 1943 waren die Sowjets relativ gut über die österreichische Wirtschaft im Bilde. Insbesondere die Industrie und Erdölwirtschaft im Osten des Landes war von Interesse für die sowjetischen Planungs- und Erkundungsabteilungen.¹²⁷ Nach dem Einmarsch der Roten Armee am 29. März 1945 im Burgenland und der anschließenden Eroberung Wiens und St. Pölzens wurde als neue Priorität die Besetzung und Sicherstellung der Erdölfelder und der dazugehörigen technischen Anlagen gesetzt.¹²⁸ Mit der Besetzung begann auch die Demontage der Anlagen. Bohranlagen,

¹²⁶ NIOGAS Erdgasumstellung 1968-1978, 3. Umstellung auf Erdgas, 3.3.5. Information der Kunden. EVN Archiv, 54.

¹²⁷ Walter M. Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945-1955. (Innsbruck 2011) S. 47.

¹²⁸ Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 47 f.

Bohrwerkzeuge, Motoren, Kompressoren etc. wurden von Spezialtruppen der Roten Armee im Sommer 1945 abgebaut und in die UdSSR abtransportiert.

Doch schon während der Demontage-Aktionen kam aus Moskau der Befehl die Erdölförderungsanlagen wieder in Betrieb zu setzen. Aufgrund der Koordinationsschwierigkeiten kam es mitunter zu heftigen Kompetenzstreitigkeiten darüber, ob nun demontiert oder reaktiviert werden sollte.¹²⁹ Schließlich wurde der Wiederaufnahme der Förderung Priorität eingeräumt. Die Mängel an den Anlagen waren jedoch eklatant, und so konnte erst 1949 an die Förderhöhepunkte der NS-Zeit angeschlossen werden.¹³⁰ Da die erdölproduzierenden Länder Rumänien, Österreich, Polen und Deutschland in der sowjetischen Besatzungszone lagen, kontrollierte die UdSSR fast den gesamten Erdölsektor in Europa.¹³¹

Die Grundlage für die zehnjährige Besatzungszeit der Industrie und des Handels in Ostösterreich durch die UdSSR lieferte die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945, in deren Abschlussabkommen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion festlegten, dass die deutschen Vermögenswerte in Österreich von den Alliierten als Reparationszahlungen verwendet werden konnten. Allerdings verzichteten sie wechselseitig auf die Ansprüche in den jeweilig anderen Besatzungszonen.

Ursprünglich forderte die Sowjetunion, dass Österreich, mit dem Verweis auf die Mitverantwortung an Krieg und Zerstörung, Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 250 Millionen US-Dollar zu erbringen hätte. Diese sollten in Gestalt von Warenlieferungen im Zeitraum von sechs Jahren an die Sowjetunion, USA, Großbritannien und Jugoslawien erfolgen. Der Wert der deutschen Guthaben in Österreich wurde mit rund 130 Millionen Dollar ermittelt.¹³² Aufgrund des Potsdamer Abkommens beanspruchte die Sowjetunion bereits im August 1945 die Schürfrechte und alle Erdölförder-, Verarbeitungs- und Transportanlagen in Österreich. Zunächst wurde die Gründung einer gemischtstaatlichen Erdölgesellschaft nach rumänischem Vorbild angestrebt. Dies scheiterte allerdings am Widerstand der Alliierten, insbesondere der USA.¹³³ Nach dem Scheitern des Projekts *Sanafia* (sowjetisch-österreichische Erdölgesellschaft) gründete die UdSSR kurzerhand im September 1945 die *Sowjetische*

¹²⁹ Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 52.

¹³⁰ Ebd. S. 53.

¹³¹ Ebd. S. 54.

¹³² Ebd. S. 55 f..

¹³³ Ebd. S. 56-59.

*Mineralölverwaltung*¹³⁴ (SMV), um die österreichischen Erdölvorkommen im Alleingang auszubeuten.¹³⁵

Schon während der Dreimächtekonferenz in Berlin war die Definition des Begriffs „deutsches Eigentum“ ungeklärt geblieben. Auch später kam es zu keiner Einigung. Daher konfiszierten die sowjetischen Besatzer alles das als „deutsches Eigentum“, was bis zum Kriegsende in deutschem Besitz war und nicht kostenlos erworben wurde. Problematisch war, dass sich deutsches von österreichischem Vermögen/Eigentum nicht klar unterscheiden ließ. Auch, im Zuge von „Arisierungen“ enteignete Unternehmen fielen als Passus „deutsches Eigentum“ den Sowjets zu.¹³⁶ In Folge erwirtschaftete die SMV von 1946-1955 rund 3,8 Milliarden Schilling. Die sowjetischen Betriebe zahlten keine Steuern und Zölle an den Staat Österreich. Rechnet man zum Steuerverlust auch die Demontagen und die Ablösezahlungen 1955 dazu, kommt man auf eine Summe von 27,1 Milliarden Schilling.¹³⁷ Diese doch sehr hohen Verluste und Zahlungen, de facto Reparationszahlungen, wurden größtenteils durch Auslandshilfen wie dem European Recovery Programm (Marshall-Plan) in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar abgefangen.¹³⁸ Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich trotz der herben Einschnitte durch die UdSSR, die bis 1963 andauerten, sehr erfolgreich. Die sowjetische Aneignung der Erdölfirmen erfolgte nach einem bestimmten Schema, wie Walter M. Iber herausfand. Im Frühjahr/Sommer 1945 waren die Betriebe noch unter „Beuteverwaltung“ der Sowjets, was sich nach den Potsdamer Beschlüssen änderte. Nachdem die Besitzverhältnisse der Firmen im Osten Österreichs geklärt waren, also feststand, was „deutsches“ Eigentum war und was nicht, gingen die Vermögenswerte in sowjetisches Eigentum über. Schließlich stellte man den Firmen einen russischen Offizier als Kontrollorgan zur Seite, die von der österreichischen Regierung eingesetzten Verwalter blieben im Amt. Die komplette Verwaltungsübernahme fand erst 1946 statt.¹³⁹ Dahinter könnte Kalkül vermutet werden, da erst nach Einsicht eines sowjetischen Offiziers in die Aufgaben und den Ablauf der Betrieb komplett übernommen wurde, vermutlich um eine reibungslose Übernahme und Weiterführung zu gewährleisten.

¹³⁴ Russisch: Sovetskoe Neftijanoe Upravlenie (SNU) Iber, SMV. S. 11.

¹³⁵ Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 59.

¹³⁶ Ebd. S. 64.

¹³⁷ Ebd. S. 66 f.

¹³⁸ Ebd. S. 68.

¹³⁹ Ebd. S. 88 f.

2.3.1. Erdgas

Die im Osten Österreichs angesiedelten Erdgasfirmen wurden 1945 gänzlich von der SMV übernommen. Allerdings war für die Sowjets in erster Linie Erdöl von Bedeutung, die Relevanz als billiger und ertragreicher Rohstoff wurde erst nach 1955 erkannt.¹⁴⁰ Die Aufgabe dieser Gasfirmen während des Zweiten Weltkrieges bestand hauptsächlich in der Verdichtung und Sammlung von Nassgas, das bei Erdölförderung gewonnen wurde. Im Zuge der Demontage wurden vier komplette Gasolinanlagen¹⁴¹ und Erdgastankstellen in die UdSSR abtransportiert.¹⁴² Zwar trieb die SMV auch die Suche nach neuen Erdgaslagerstätten voran, jedoch wurde nur ein Bruchteil als Brennstoff in Industrie und Haushalt verwendet. Die hauptsächliche Verwendung fand beim sogenannten „Gaslift“ zur Erdölgewinnung statt, ansonsten wurde in Gasolinanlagen der Treibstoff Benzin erzeugt. Die Verluste waren enorm und entsprachen bis zur Hälfte der jährlich geförderten Gasmenge.¹⁴³ Entweder wurden sie abgefackelt, trat in Folge eines Ausbruches unkontrolliert aus oder verpuffte in die Luft. Das traf insbesondere auf das Nassgas zu, wegen zu geringem Druck, durch fehlende Verdichtung und Sammlung sowie Jahreszeitschwankungen vorwiegend im Sommer. Das Trockengas mit hohem Druck wurde in Ferngasleitungen eingespeist und versorgte einige Industrieunternehmen im Raum Wien und die Bundeshauptstadt selbst.¹⁴⁴

Im Jahr 1946 boten die Sowjets erneut die Gründung einer österreichisch-sowjetischen Mineralölgesellschaft an, was aber nach einigem Zögern von der österreichischen Regierung abgelehnt wurde. Zum einen erkannte man der SMV sowieso jegliche rechtliche Grundlage bei der Erdölgewinnung ab, da nach dem Berggesetz 1854, das in der Lagerstätte befindliche Erdöl keinem gehörte und damit auch kein zu konfiszierendes „deutsches Eigentum“ darstellte. Zum anderen übten Großbritannien und die USA große Kritik an dem Vorhaben - sicher auch weil sie um ihren Einfluss auf dem österreichischen Markt fürchteten. Die Ablöse der Anlagen und Lagerstätten wurde von österreichischer Seite vorgeschlagen, was aber auf Ablehnung des Sowjets stieß. Einerseits wollten die Sowjets den lukrativen Einfluss am Erdölgeschäft in Ostösterreich nicht verlieren,

¹⁴⁰ WIFO-Monatsberichte, Jg. 30 (1957), Sonderheft 10: Die österreichische Erdölwirtschaft, S. 33, Anm. 2.

¹⁴¹ Anlage zur Treibstoffherstellung aus Erdöl oder Erdgas. Hermann Franke (Hg.), Lueger Lexikon der Technik. Bd. 6: Rudolf von Miller (Hg.), Lexikon der Energietechnik und Kraftmaschinen, A-K. (Stuttgart 1965) S. 418.

¹⁴² Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 112.

¹⁴³ Ebd. S. 113.

¹⁴⁴ Ebd. S. 113, 115.

andererseits sahen die Briten ihre wirtschaftlichen Interessen gefährdet.¹⁴⁵ Die endgültige Ablöse sollte erst neun Jahre später im Staatsvertrag geregelt werden. Denn auch nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz 1946, das neben der Grundstoffindustrie und dem Bankensektor auch die Erdölwirtschaft einschloss, wehrten sich die Sowjets aus wirtschaftlichem Kalkül gegen die Verstaatlichung. Die Firmen in den westlichen Besatzungszonen fielen unter das Gesetz, allerdings blieb auch hier die Handlungsfreiheit Österreichs eingeschränkt, da bis zu den Staatsvertragsverhandlungen ein alliierter Verwalter in den jeweiligen Unternehmen kontrollierend anwesend war.¹⁴⁶

Ein weiterer Versuch, den sowjetischen Einfluss auf den Erdöl- und Handelssektor in Ostösterreich einzuschränken, ging mit dem Marshall-Plan einher. Der Beitritt Österreichs zu diesem Hilfsprogramm 1948 wurde wohl von Protesten der Sowjets im Alliierten Rat begleitet, doch im Endeffekt waren diese wirkungslos. In Österreich entwickelte sich ein starkes Gefälle bei der Aufteilung der Mittel. Die westlichen Zonen erhielten mehr Förderungen als der sowjetisch-dominierte Osten. Die Westmächte versuchten die Industrie im Westen Österreichs zu stärken, um ein Gegengewicht zu SMV und USIA zu schaffen. Von den USA wurde außerdem auferlegt, dass die österreichische Regierung einen Export der Güter aus dem ERP in die kommunistischen Ost- bzw. Nachbarstaaten verhindern musste.¹⁴⁷ Überspitzt kann von einem Wirtschaftskampf in Österreich gesprochen werden. Während die USA auf eine Stabilisierung bedacht war, um sicher auch einen Brückenkopf gegen den Ostblock aufzubauen, war die UdSSR hauptsächlich auf die Ausbeutung der vorhandenen Wirtschaft und die Gewinnmaximierung der eigenen Ökonomie aus. Seit 1946 wurden Forderungen laut, dass die Besatzungszeit in Österreich beendet und die Unabhängigkeit des Staates wiederhergestellt werden sollte. Allerdings gestalteten sich die Verhandlungen schwierig. Zum einen wollte die USA wie schon oben erwähnt, die militärische Bastion gegen den Osten nicht aufgeben und auf der anderen Seite forderte die Sowjetunion eine Entschädigung für das „deutsche Eigentum“, also eine Ablöse der Betriebe USIA und SMV.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 168-170.

¹⁴⁶ Ebd. S. 173.

¹⁴⁷ Ebd. S. 182-188.

¹⁴⁸ Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 193-194. siehe auch: Universität Wien, Ein Jahrzehnt bis zum Staatsvertrag. Eine Chronologie. (Wien 2005) <<http://www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/ein-jahrzehnt-bis-zum-staatsvertrag-eine-chronologie/258.html>> (10.10.2012)

2.3.2. Das Ende der SMV

Schon vor dem „Moskauer Memorandum“ im April 1955 war von Wirtschaftsexperten eine negative Rendite der USIA und der SMV attestiert worden. Die wirtschaftliche Ausbeutung Ostösterreichs durch die UdSSR war nicht mehr ertragreich. Somit konnten die Sowjets im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“. Erstens konnten sie die ruinierten Betriebe abgeben und zweitens profitierten sie noch davon.¹⁴⁹ Für die USIA-Betriebe verlangten sie eine Ablöse in Höhe von 150 Millionen Dollar¹⁵⁰ aufgerechnet auf die nächsten sechs Jahre. Für die Übertragung des Erdölsektors wurden eine Million Tonnen Rohöl pro Jahr auf die nächsten zehn Jahre gefordert, dies reduzierte sich schließlich auf insgesamt sechs Millionen Tonnen Rohöl.¹⁵¹ Am 13. August 1955 wurden die SMV und die OROP¹⁵² formal an die Republik Österreich übergeben. Einige der Betriebe wurden als „deutsches Eigentum“ den ursprünglichen Besitzern rückerstattet.¹⁵³ Das übergebene Vermögen wurde verstaatlicht und vier gleichberechtigte Verwalter eingesetzt. Zunächst wurde der Name „Öffentliche Verwaltung für die aufgrund des Staatsvertrages in das Eigentum der Republik Österreich übergegangenen, bisher unter der Bezeichnung Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich betriebenen Unternehmungen“, dann die vereinfachte Bezeichnung „Österreichische Mineralölverwaltung in Gründung“ verwendet.¹⁵⁴ Rund ein Jahr später erfolgte schließlich der Eintrag der Firma „Österreichische Mineralölverwaltung AG“ in das Handelsregister.

2.4. Geschichte der ÖMV

Das Unternehmen *Österreichische Mineralölverwaltung* (damals ÖMV, heute OMV) war Vertragspartner der *Sojusnefteexport* und somit maßgeblich am Gasimportgeschäft beteiligt. Daher sollte an dieser Stelle ein kurzer Einblick in die Geschichte und die Entwicklung des Unternehmens gegeben werden und zentrale Punkte, die zum Gasimportvertrag geführt haben, beleuchtet werden.

¹⁴⁹ Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. S. 196.

¹⁵⁰ Ebd. S. 198.

¹⁵¹ Ebd. S. 196 f.

¹⁵² Die OROP war das Tankstellennetz der SMV. Nach der Übernahme wurde es unter dem Namen „Elan“ geführt und schließlich der ÖMV(OMV) eingegliedert. siehe auch: Hermann Maurer, Trautl Brandstaller, Peter Diem, Helga Maria Wolf (Hg.) Austria Forum. (Graz 2009) <<http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/OROP>> (10.10.2012)

¹⁵³ Friedrich Feichtinger (Hg.), ÖMV – OMV. Die Geschichte eines österreichischen Unternehmens. (Horn 1996) S. 97.

¹⁵⁴ Walter M. Iber, Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. (Innsbruck 2011) S.203.

Nach der Wiederherstellung der Republik am 28. April 1945 wollte die provisorische Regierung unter Karl Renner so schnell wie möglich ein Verstaatlichungsgesetz verabschieden, das die österreichischen Unternehmen, vormals im Deutschen Reich als „deutsches“ Eigentum deklariert, vor der Übernahme durch die Besatzungsmächte schützen sollte. Der erste Entwurf des Verstaatlichungsgesetzes kam aufgrund von Protesten der Alliierten nicht zustande. Das Erste Verstaatlichungsgesetz 1946 wurde schließlich mit einem viel kleineren Firmenkatalog präsentiert und, mit Ausnahme der UdSSR, akzeptiert. Die Unternehmen im östlichen Österreich wurden für die nächsten zehn Jahre von der Sowjetunion übernommen.

Nach dem Staatsvertrag 1955 erfolgte die Verstaatlichung der SMV, allerdings verlangte die Sowjetunion sowohl für die SMV als auch für die USIA-Betriebe eine hohe Ablösung. Die ÖMV und die österreichische Regierung mussten bis 1963 insgesamt 6,52 Mio. Tonnen Rohöl in die Sowjetunion liefern.¹⁵⁵

Die Vermögensmasse der Sowjetischen Mineralölverwaltung wurde übergeben und verstaatlicht. Mit dieser Vermögensmasse musste ein Jahr ohne offizielle Firma gewirtschaftet werden, wegen einer nicht-möglichen Eintragung ins Handelsregister. Das Problem waren die diversen Rechtsformen der Unternehmungen. Die von den Sowjets übertragen Betriebe, welche sich mit Erdöl- und Erdgaswirtschaft befassten wurden am 10. Februar 1956 zur Österreichischen Mineralölverwaltung **AG** zusammengeschlossen. Die ÖMV war nun eine Aktiengesellschaft unter öffentlicher Verwaltung, Vorstand und Aufsichtsrat waren vier gleichberechtigte öffentliche Verwalter, Aktionär war die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.¹⁵⁶

Mit Aufhebung der öffentlichen Verwaltung durch die Eintragung ins Handelsregister kam es zur Bestellung des ersten Vorstandes und Aufsichtsrats, der sich aus Parteifunktionären und Funktionären der Interessenvertretungen zusammenstellte.¹⁵⁷ Das Hauptunternehmensgeschäft war die Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bitumen¹⁵⁸. Bitumen sowie Erdöl und Erdgas sind bundeseigene Mineralien nach dem

¹⁵⁵ Feichtinger, Spörker, ÖMV – OMV. S.92.

¹⁵⁶ Ebd. S. 92.

¹⁵⁷ Ebd. S. 94.

¹⁵⁸ Bitumen bezeichnet ein natürlich vorkommendes Gemisch aus verschiedenen organischen Stoffen. Es wird u.a. im Bauwesen als Verbindungsmasse, Schutz gegen Wasser und zur Herstellung von Asphalt verwendet. OMV, Fragen und Antworten zu Bitumen. (Wien 2012)

Berggesetz und dürfen nur mit Aufsuchungs-, Gewinnungs- oder Konzessionsverträgen, die von der Obersten Bergbehörde ausgestellt werden, aufgesucht und gewonnen werden. Diese Konzessionen hatte die ÖMV aufgrund der Neugründung nicht, sie musste erst darum ansuchen.¹⁵⁹

Bereits 1954 gründeten die NEWAG (österreichischer Stromerzeuger und –lieferant) und das Land Niederösterreich zu je 50 % die Niederösterreichische Gasvertriebs GmbH NIOGAS. Die Aufgabe des neuen Unternehmens war es, vorrangig die Landesinteressen Niederösterreichs gegenüber den Wiener Stadtwerken und der SMV zu schützen. Im Juli 1956 wurde die NIOGAS in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie kaufte sämtliche Stadtgaswerke in Niederösterreich auf und stellte schrittweise auf die Versorgung mit Erdgas um. Um Erdgas zu liefern, musste entweder ein Unternehmen, das Schürfrechte besitzt, wie die SMV/ÖMV, Gas liefern oder das Unternehmen (NIOGAS) musste selbst Erdgas aufsuchen und gewinnen.

Innenpolitisch waren Erdgasaufsuchung, -ausbeutung und –verkauf nach dem Ende der Besatzungszeit eine heikle Angelegenheit, weil die Interessen der zwei Großparteien (ÖVP, SPÖ) aufeinandertrafen. Sowohl die NIOGAS (ÖVP-nahe) als auch die ÖMV (SPÖ-nahe) erhoben Ansprüche auf die niederösterreichischen Lagerstätten.¹⁶⁰ Da die Firmen eine Vereinbarung über Gaslieferungen ablehnten, suchte NIOGAS um Schürfrechte in Niederösterreich an. Diese wurden für das östliche Niederösterreich und das nördliche Burgenland exklusiv zugesprochen, was einen Konflikt mit der ÖMV hervorrief. Die Lage eskalierte, als die NIOGAS in Oberweiden an der March, nicht weit vom späteren Energieknotenpunkt Baumgarten an der March, einen Bohrturm durch ein deutsches Unternehmen aufstellen lassen wollte. Die ÖMV-Mitarbeiter verhinderten eine Entladung der Bohrgeräte aus der Eisenbahn, schließlich intervenierte Bundeskanzler Raab und die NIOGAS zog ab.¹⁶¹ Ein Jahr später konnte der Disput um das Erdgas wieder durch das Verhandlungsgeschick des Bundeskanzlers Raab beigelegt werden: die NIOGAS verzichtete zugunsten der ÖMV auf ihre Schürfrechte, dafür sollte die ÖMV bis 1967 über zehn Jahre 570 Mio. m³ Gas zu einem Sonderrabatt von 50% liefern.

<http://www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Produkte/Produktinformationen/Bitumen/Infocenter/Fragen_und_Antworten> (9.11.2012)

¹⁵⁹ Feichtinger, ÖMV – ÖMV. S. 94.

¹⁶⁰ Rigele, Strom-Erdgas-Atom. S. 423-425.

¹⁶¹ Rigele, Zwischen Monopol und Markt. S. 142-143.

Außerdem hatte die NIOGAS für den Verkauf von Gas eine Monopolstellung in Niederösterreich.¹⁶²

Im Juni 1956 wurde von der Geologischen Bundesanstalt eine Studie präsentiert, die das Gesamtvolumen der Erdölfelder auf rund 58 Millionen Tonnen schätzte, was als Grundlage für die Ausrichtung des Unternehmens diente. Überhaupt musste das Unternehmen erst modernisiert werden und die schlechte Ausgangslage durch Innovationen verbessert werden. So mussten internationale Standards, technische Neuerungen, Beseitigung von Umweltschäden und die Entwaffnung von 700 Werkschutzmitgliedern in Angriff genommen werden.¹⁶³ Ein weiteres Problem waren die hohen Personalkosten, da über 10.000 Personen im Unternehmen angestellt waren. Die ÖMV hatte sich gegenüber der Sowjetunion verpflichtet, das bestehende Personal zu übernehmen, was sich als „großer Klotz“ am Bein der Firma erwies. Schon im Gründungsjahr war eine Wende in der Erdgaspolitik abzusehen: Gas wurde als wichtiger und billiger Rohstoff erkannt, gezielt gesucht und gefördert - das war ja während der SMV-Zeit nicht der Fall.¹⁶⁴

2.5. Erdgas: Eigenschaften, Gewinnung und Transport

2.5.1. Eigenschaften

„Unter Erdgas versteht man alle gasförmigen und brennbaren Kohlenwasserstoffverbindungen, die in Zusammensetzung und Qualität stark unterschiedlich sein können. Hauptbestandteil des Erdgases ist mit 80-94% Methan (...), der Rest kann sich aus Kohlendioxid, Stickstoff und Schwefelwasserstoff zusammensetzen.“¹⁶⁵ Das Methan bestimmt den Brenn- und Heizwert des Gases, ein niedriger Methangehalt ist für eine schlechtere Qualität des Gases ausschlaggebend. Darum wird Erdgas in m³, also Volumen, gerechnet, die Abrechnung beim Endverbraucher erfolgt allerdings nach Kilowattstunden, der Leistung des Gases. So bezahlt der Verbraucher nur den tatsächlichen Energiewert, da, wie erwähnt, der Heiz- und Brennwert je nach Qualität variieren kann.¹⁶⁶ Der Methangehalt ist außerdem für die Einteilung des Gases in Qualitätsstufen, nämlich H (high) und L (low), verantwortlich.

¹⁶² Rigele, Zwischen Monopol und Markt. S. 144.

¹⁶³ Iber, Die sowjetischen Mineralölverwaltung in Österreich. S. 225.

¹⁶⁴ Ebd. S. 226.

¹⁶⁵ Thomas Kästner, Andreas Kießling, Gerrit Riemer (Hg.), Energie in 60 Minuten. Ein Reiseführer durch die Gaswirtschaft. (Wiesbaden 2011) S. 19.

¹⁶⁶ Kästner, Kießling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 15

85% Methangehalt bilden die Grenze, alles unter diesem Wert wird als L klassifiziert. Mit 98% ist das für die Arbeit relevante Erdgas aus Russland dem high-Level zuzuordnen. Zum Vergleich: Niederländisches Erdgas weist nur einen Gehalt von 83% auf.¹⁶⁷

2.5.2. Entstehung

Erdgas und Erdöl haben dieselbe Entstehungsgeschichte, die ihren Ausgang vor etwa 300 Millionen Jahren nahm. Große Teile der heutigen Landmasse waren damals von Wasser bedeckt. In den Meeren, in denen keine Wasserzirkulation stattfand, sanken die Organismen (Pflanzen und Kleinstlebewesen) in eine sauerstofffreie Tiefzone zu Boden. Die Verwesung setzte aufgrund des Sauerstoffmangels nicht ein und es entstand der sogenannte Faulschlamm. Diese Biomasse wurde von Gesteinsschichten überlagert. Durch Druck und hohe Temperaturen bildeten sich fossile Brennstoffe. Hohe Temperaturen (ca. 200°C) ermöglichten die Bildung von Erdgas, ab etwa 70°C entstand Erdöl. Diese Stoffe lagern in grobporige Gesteinsschichten (Sandstein), die von feinporigen Gesteinsschichten wie Ton umgeben sind. Bis heute entstehen Lagerstätten von Biomasse, die sich im Laufe der Jahrtausende zu fossilen Brennstoffen umwandeln werden, z.B. im strömungsarmen Schwarze Meer.¹⁶⁸

2.5.3. Gewinnung

Durch Oberflächenaufnahmen mittels z.B. Luftinspektionen werden mögliche Lagerstätten für Erdgas auffindig gemacht. Sobald die Wahrscheinlichkeit für einen Erdgas- oder Erdölfund von Experten als hoch eingeschätzt wird, werden Probebohrungen durchgeführt.¹⁶⁹ Verfahren zur Auffindung sind zum einen die Magnetometrie, welche Veränderungen des Magnetfeldes unter der Erdoberfläche untersucht und zum anderen die Gravimetrie, die Auskunft über die Veränderung des Schwerfeldes der Erde aufgrund unterschiedlicher Dichte der Gesteine gibt. Erst wenn Erdgas gefunden wird, werden langwierige geologische, wirtschaftliche und technische Untersuchungen vorgenommen. Auch juristisch bzw. politisch muss die Lage geprüft werden, wenn z.B. Lagerstätten über Ländergrenzen hinweg vorhanden sind.¹⁷⁰

¹⁶⁷ Kästner, Keißling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 26.

¹⁶⁸ FGW - Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, Basisinfo Erdgas. Energieträger Erdgas. <<http://www.gaswaerme.at/beg>> (21.10.2012)

¹⁶⁹ FGW - Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, Basisinfo Erdgas. Energieträger Erdgas. <<http://www.gaswaerme.at/beg>> (21.10.2012)

¹⁷⁰ Kästner, Keißling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 20.

Waren diese Prüfungen erfolgreich und ist eine gewinnbringende Lagerstätte lokalisiert, wird mit der Bohrung bzw. den Bohrungen, da ein Erdgasfeld durch mehrere Zugänge ausgebeutet wird, begonnen. Zuerst wird ein Standrohr in den Boden versenkt, das das Nachrutschen von Material verhindert. Der eigentliche Bohrvorgang startet mit der Aufstellung einer Bohranlage, die einen Meißel am Bohrgestänge rotierend in die Erde treibt. Die abgetragenen Schichten (sog. Bohrklein) werden mit der Kühlflüssigkeit an die Erdoberfläche befördert. Sobald Gas nachgewiesen werden kann, wird das Bohrloch mit Zement verdichtet. Schließlich wird das verschlossene Bohrloch gezielt angebohrt und mit dem „Eruptionskreuz“ plombiert, das die Möglichkeit von Auf- und Zudrehen ermöglicht.¹⁷¹ Durch den Druck entweicht das Gas aus der Lagerstätte und fließt direkt in Sammelrohren zu den Gasaufbereitungsanlagen, wo es gereinigt und qualitativ optimiert wird. So werden Wasser, aber auch Kohlendioxid und Schwefelwasserstoffverbindungen durch „Trocknung“ und chemische Prozesse entfernt bzw. auf ein Minimum reduziert.¹⁷²

2.5.4. Transport

Der Transport in Europa erfolgt in unterirdischen Rohren mit einem Durchmesser zwischen 200mm und 1.400mm, zum Vergleich sei hier die Rohrgröße der Haushaltsanschlüsse mit ca. 50mm erwähnt.¹⁷³ Für den längeren Transport durch die Leitungen sind Verdichtungsstationen alle 100 bis 200 km nötig um den Druck von 100 bar und somit die optimale Fließgeschwindigkeit aufrecht zu halten.¹⁷⁴ Die früheren Stahlrohre werden in heutiger Zeit, insbesondere in Ballungszentren, durch Kunststoffröhren (Polyethylen) ersetzt, da diese nicht rosten und extrem belastbar sind. Beim Endverbraucher kommt das Gas mit etwa einem bar Druck an.¹⁷⁵ Wenn Leitungen unter Wasser geführt werden, z.B. Querung von Flüssen, aber auch Meeren, wird der Druck auf bis zu 200 bar erhöht, da keine Verdichtungsstationen im Meer vorhanden sind.¹⁷⁶ Ein kleiner Teil des weltweit transportierten Gases wird mittels Schiff in verflüssigter Form expediert. Bei einer Temperatur von -162°C verflüssigt sich Erdgas und verliert dadurch auch deutlich an Volumen. In diesem Zustand spricht man von *liquefied natural gas* kurz LNG. Sogenannte LNG-Tanker, mit einem Fassungsvermögen

¹⁷¹ Kästner, Kießling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 22 f.

¹⁷² FGW - Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, Basisinfo Erdgas. Energieträger Erdgas. <<http://www.gaswaerme.at/beg>> (21.10.2012)

¹⁷³ Ebd. <<http://www.gaswaerme.at/beg>> (21.10.2012)

¹⁷⁴ Kästner, Kießling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 39.

¹⁷⁵ Ebd. S. 14.

¹⁷⁶ Ebd. S. 40.

von bis zu 1,5 Mio. m³, befördern das Gas an einen der weltweit 90 Häfen, die über einen Regasifizierungsterminal verfügen. Japan und Südkorea verfügen aufgrund ihrer geographischen Lage über solche Terminals, aber auch in Europa gibt es derartige Anlagen. Die LNG-Transporte waren in den Verhandlungsjahren der Austria Ferngas in den 1960er Jahren für das afrikanische Erdgas von Bedeutung. In Betrieb genommen wurden die Terminals allerdings erst in den 1980er Jahren.¹⁷⁷

2.5.5. *Speicherung*

Erdgas kann im Gegensatz zur Elektrizität langfristig und direkt gespeichert werden. Dies wird auch gemacht, um die Versorgungssicherheit zu garantieren. Zu Beginn der Gaswirtschaft wurden riesige Übertagespeicher (sog. Gasometer), wie z.B. die bekanntesten in Simmering in Wien, errichtet, um Kohlengas kurz- und mittelfristig zu speichern und abzugeben. Durch den steigenden Absatz von Gas und die Umstellung auf Erdgas reichte das Aufnahmevermögen der Gasometer nicht mehr aus und sie wurden entweder abgerissen oder umgebaut.¹⁷⁸ Gas wird heutzutage aus zwei Gründen gespeichert: zum einen um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ein Thema insbesondere im Winter 2008/09, als die russischen Gaslieferungen aufgrund einer Auseinandersetzung um den Gaspreis zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation ausblieben. Zum anderen um Schwankungen des Bedarfs auszugleichen. So wird im Winter bis zu sechsmal mehr Erdgas verbraucht als im Sommer.¹⁷⁹ Um einen Ausgleich zwischen schwankender Nachfrage und regelmäßiger Förderung zu finden, werden unterirdische Speicher angelegt. Die ersten dieser Speicher wurden 1915 in Kanada und 1916 in den USA in Betrieb genommen. Europa folgte erst in den 1950er Jahren, zuerst Deutschland, Frankreich und Großbritannien.¹⁸⁰ Es gibt zwei unterschiedliche Arten der Speicherung: den Porenspeicher, wo Gas in eine ausgeförderte Lagerstätte hineingepresst wird und den Kavernenspeicher, der ein künstlich angelegter Hohlraum in Salzgestein ist.¹⁸¹ In Österreich sind es hauptsächlich zwei Unternehmen, die Erdgasspeicher zur Verfügung stellen, um die Versorgungssicherheit zu garantieren.

¹⁷⁷ Kästner, Kießling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 36-37. FGW, Basisinfo Erdgas. Energieträger Erdgas. <<http://www.gaswaerme.at/beg>> (21.10.2012)

¹⁷⁸ Siegfried Albrecht, Thomas Wagner, Geschichte, nach 1945... (Wien o.J.) <<http://www.wiener-gasometer.info/>> (22.10.2012)

¹⁷⁹ OMV Aktiengesellschaft, Speicher. (2012)

<http://www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Produkte/Produktinformationen/Erdgas/Allgemeines_ueber_Erdgas/Speicher> (21.10.2012)

¹⁸⁰ Kästner, Kießling, Riemer. Gaswirtschaft. S. 54-55.

¹⁸¹ Ebd. S. 55

Die OMV hat seit 1982 Speicher in Tallesbrunn, Thann und Schönkirchen-Reyersdorf die insgesamt 2,43 Mill. m³ aufnehmen können.¹⁸² Die RAG (Rohöl-Aufsuchungs-AG) speichert ebenfalls seit 1982 Erdgas in Puchkirchen und Haidach, weiters errichtete sie kleinere Speicher in Aigelsbrunn und Haidach.¹⁸³

2.6. Erdgas in Österreich

Die Suche nach Erdgas begann in Österreich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Bohrungen nach Erdöl brachten im Wiener Becken u.a. brennbares Gas an die Erdoberfläche. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurden weitere Bohrungen unternommen, vor allem um Kohlelager zu finden.

Im Jahr 1892 wurde in Wels in Oberösterreich im Zuge einer Brunnenbohrung ein Gasvorkommen entdeckt. Durch mehrere Brunnen wurde das Gasfeld erschlossen, das ausströmende Erdgas gesammelt und für Heiz- und Kochzwecke verwendet. Außerdem wurde das Gas ins bestehende Stadtgasnetz eingeleitet und entweder mit Stadtgas vermischt oder direkt an die Verbraucher abgegeben. In Oberösterreich wurden Anfang der 1960er Jahre von der RAG (Rohöl-Aufsuchungs-Gesellschaft) weitere Gasvorkommen entdeckt und gefördert.¹⁸⁴

Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden Erdgasvorkommen im Wiener Becken vermutet, allerdings waren diese zu dem Zeitpunkt nur für Wissenschaftler von Interesse. Während einer Bohrung 1930 in Windisch-Baumgarten in Niederösterreich kam es zu einem Gasausbruch und Erdölaustritt. Damit galt es als gesichert, dass im Wiener Becken Erdöl- und Erdgasvorkommen vorhanden waren. Zu einem Durchbruch kam es 1932, als die amerikanische Firma „Eurogasco“ im Wiener Becken bei Oberlaa mittels damaliger moderner Technik auf ein Gasfeld stieß. Dieses Gasfeld versorgte das Gaswerk Simmering in den Jahren 1934-63 mit rund 25 Millionen Kubikmeter Erdgas. Weiters wurde 1942 das Gas- und Ölfeld Mühlberg bei Bernhardsthal erschlossen, das ab 1943 ebenfalls Erdgas nach Wien lieferte.¹⁸⁵

¹⁸² OMV Aktiengesellschaft. Speicher. (2012)

<http://www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Produkte/Produktinformationen/Erdgas/Allgemeines_ueber_Erdgas/Speicher> (22.10.2012)

¹⁸³ RAG Austria, Speichern. (Wien 2012) vgl. <<http://www.rag-austria.at/unternehmen/portraet.html#c484>> (21.10.2012)

¹⁸⁴ Elisabeth Kreuzwieser, Erdgasfunde in OÖ. Erdgas: vom Zufallsfund zur systematischen Bohrtätigkeit In: forum oö geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Leonding 2012) vgl. <<http://www.oogeschichte.at/Erdgasfunde-in-Ooe.523.0.html>> (31.10.2012)

¹⁸⁵ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 490.

1952 begann die Erschließung des bis dahin größten Erdgasfeldes in Österreich durch die SMV in Zwerndorf in Niederösterreich. Bei der ersten Bohrung im März 1952 kam es zu einem Gasausbruch, bei dem die Bohranlage zerstört wurde und in einem Krater verschwand. Erst elf Monate später gelang es den sowjetischen Experten, dem unkontrollierten Ausbruch Herr zu werden. Schätzungsweise sind in dem Zeitraum bis zu einer Milliarde Kubikmeter Gas entwichen. Bis 1992 wurden aus dem Gasfeld rund 12,3 Milliarden Kubikmeter gefördert, die im nur wenige Kilometer entfernten Baumgarten in das Erdgasnetz eingespeist wurden.

1955 wurde die SMV durch die *Österreichische Mineralölverwaltung* übernommen, die von nun an für die Lieferungen von Gas im Inland zuständig war. Die jeweiligen Landesgesellschaften (Wiener Stadtwerke und NIOGAS 1957, Steirische Ferngas 1958) schlossen mit der ÖMV Verträge zur Lieferung von inländischem Erdgas ab. Allerdings zeichnete sich bald ab, dass die Inlandsvorkommen für die Versorgung Österreichs nicht ausreichen würden. Noch dazu stieg der jährliche Absatz von Gas beträchtlich. So kam es zu den Verhandlungen zwischen der zu diesem Zweck gegründeten Austria Ferngas AG mit den ausländischen Kandidaten. 1966 wurde aus der Tschechoslowakei geliefert, zwei Jahre später kam es zum wirtschaftlich und auch politisch wichtigen Vertragsabschluss zwischen der Sowjetunion und Österreich.¹⁸⁶

2.7. Erdgas in der UdSSR

Erdölprodukte waren durch die fortschreitende Technisierung immer gefragter und der Erdgasverbrauch stieg seit dem Zweiten Weltkrieg stetig.

Dass die Russen ihre Erdgasquellen überhaupt auszuschöpfen begannen, hing mit dem Einfall der deutschen Armee 1942 und der Zerstörung des Kohlebeckens von Donetz zusammen. Um ihre Wärmekraftwerke und Fabriken weiter versorgen zu können, beuteten sie die Vorkommen in Saratow und Kouibychew aus.¹⁸⁷ Nach dem Erfolg der ersten Erdgasnutzung wurden weitere Lagerstätten in der Ukraine und in der Gegend von Stavropol exploriert und Leitungen zum Transport in die großen Städte (Moskau, Kiew) verlegt.¹⁸⁸ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Erdgaswirtschaft, u.a. durch den Siebenjahresplan, gezielt gefördert und so verzehnfachte sich der russische

¹⁸⁶ Ruck, Fell, Gas. Bd. II. S. 494, 497.

¹⁸⁷ Jean Le Guellec, Das Erdgas in den großen Industrieländern, 25. 3.1960, S. 6; EVN Archiv, 665-152.

¹⁸⁸ Jean Le Guellec, Das Erdgas in den großen Industrieländern, 25. 3.1960, S. 7; EVN Archiv, 665-152.

Erdgasverbrauch von 1945 bis 1958 auf 29 Milliarden m³.¹⁸⁹ Chruschtschow wollte durch den Siebenjahresplan, der 1959 bis 1965 gelten sollte, die Wirtschaft ankurbeln, indem er einen verstärkten Ausbau der chemischen Industrie und die Ausbeutung von Erdöl und – gas forcierte.¹⁹⁰

Im Gegensatz zu den größten Erdölreserven, die sich hauptsächlich im Nahen Osten zu finden sind, sind die umfangreichsten Erdgasreserven in Russland, genauer in Sibirien vorhanden.¹⁹¹ In den 1950er und 1960er Jahren wurden Erdöl- und Erdgasfunde in Westsibirien publik, die einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region, aber auch der ganzen Sowjetunion, mit sich zogen. Bevor diese „neuen“ Felder erschlossen wurden, stammte das Erdöl und Erdgas in der UdSSR überwiegend aus dem Kaukasus, Ukraine und Weißrussland. Das Problem der neuen Erdgasfunde waren die geographischen Gegebenheiten. Sowohl das Klima als auch die Bodenverhältnisse erwiesen sich als große Hindernisse bei der Gewinnung des Erdgases. Kältesteppen (Tundra) mit Permafrostboden, Sümpfe, Moore und leichtes Waldgebiet (Taiga) stellten die Explorationsfirmen vor technische, aber auch menschliche Herausforderungen. Klimatisch waren insbesondere die hohe Schneedecke, die eisigen Winde und die Kälte im Winter von bis zu -60°C ein Problem für Mensch und Maschine. Gerade die reichsten Erdgasvorkommen (Urengoj, Jamburg) liegen in den unwegigsten und unwirtschaftlichsten Gebieten im Norden Sibiriens.¹⁹² 1958 stammte lediglich 1% aus den sibirischen und zentralasiatischen Gasfeldern, 1965 waren es bereits über 14%. Die Schätzungen für 1970 lagen bei rund 40%, für 1980 sogar bei 65%.¹⁹³

Die Erdölleitung „Pipeline der Freundschaft“ (*nefteprovod družba*), die die Satellitenstaaten der Sowjetunion mit Öl versorgte, wurde bereits ab 1960 gebaut. In der „heißen Phase“ des „Kalten Krieges“ in den 60er Jahren reagierte der Westen, allen voran die NATO, empfindlich auf den Bau der Pipeline, weil man eine wirtschaftliche und schließlich auch militärische Bedrohung fürchtete. Mit der Entdeckung der Gasfelder in Sibirien ging auch der Pipelineausbau einher, zum einen innerhalb der Sowjetunion, aber

¹⁸⁹ Jean Le Guellec, Das Erdgas in den großen Industrieländern, 25. 3.1960, S. 11; EVN Archiv, 665-152.

¹⁹⁰ Hans Joachim Torke, Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22-1991. (München 1993) S. 294.

¹⁹¹ Karl Schaden, Die Erdöl- und Erdgaswirtschaft der UdSSR und ihre Entwicklung seit 1970. (Wien 1988; Dipl.Arbeit) S. 15.

¹⁹² Karl Schaden, Die Erdöl- und Erdgaswirtschaft der UdSSR und ihre Entwicklung seit 1970. (Wien 1988; Dipl.Arbeit) S. 58.

¹⁹³ The Petroleum Publishing Co., International Petroleum Encyclopedia 1968, (Tusla/Oklahoma 1967) S. 132.

auch in die Bruderstaaten wie die ČSSR oder Polen.¹⁹⁴ Weiters wurde auch der Bau einer Leitung nach Finnland fixiert.

Im November 1961 fasste der NATO-Rat den Entschluss, ein Lieferembargo für Rohre auszusprechen.¹⁹⁵ Da die Sowjetunion in den 1950er und 1960er selbst nicht in der Lage war, Rohre zu produzieren, musste sie diese einführen, was sich durch das Embargo als schwierig erwies, da die Verträge mit bundesdeutschen Firmen schon geschlossen waren. Das Embargo wurde schließlich 1966, in der Entspannungsphase zwischen Ost und West aufgehoben, was schließlich auch den Erdgasvertrag mit Österreich ermöglichte. Der Vertrag 1968 kam auch u.a. deswegen zustande, weil Österreich die Lieferung von Material für den Leitungsbau zusicherte. So wurde von der VOEST Stahl an Mannesmann und Thyssen geliefert, die wiederum die Rohre herstellten und in die Sowjetunion verschickten. Abgegolten wurde dies nicht durch die Lieferungen aus den Erdgasfeldern der Ukraine (Dashava), sondern durch einen Kredit, den die Außenhandelsbank der Sowjetunion von der Kontrollbank Österreich aufnahm. Weitere Entdeckungen von Erdgasfeldern machte das heutige Russland zum weltweit größten Exporteur dieses Rohstoffs.¹⁹⁶ Während 1960 45 Mrd. m³ Erdgas gefördert wurden, vervierfachte sich die Menge bereits zehn Jahre später auf 200 Mrd. m³ Erdgas. 1986 belief sich die Menge nahezu auf 686 Mrd. m³.¹⁹⁷ Damit einhergehend stiegen sowohl die Exporte als auch der russische Eigenverbrauch insbesondere in der Industrie und zur Stromerzeugung.¹⁹⁸

¹⁹⁴ The Petroleum Publishing Co., International Petroleum Encyclopedia 1968, (Tusla/Oklahoma 1967) S. 132.

¹⁹⁵ Dittmar Dahlmann, Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. (Paderborn 2009) S. 274.

¹⁹⁶ Ebd. S. 275.

¹⁹⁷ Schaden, Erdöl- und Erdgaswirtschaft der UdSSR S. 46.

¹⁹⁸ Ebd. S. 21.

3. Die innen- und außenpolitische Situation in Österreich und der UdSSR in den 1960er Jahren

3.1. Der Ost-West-Konflikt

Die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Jahre des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwungs der westlichen Welt, aber auch von politischer Brisanz geprägt durch die Zuspitzung des Ost-West Konflikts, des Kalten Krieges, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und den jeweiligen Verbündeten. Dass die ÖMV und die AFG in dieser Zeit mit der Suche nach geeigneten Lieferanten begannen und schließlich 1968 mit der Sowjetunion ein Lieferungsvertrag abgeschlossen wurde, stellte eine diplomatische Meisterleistung dar. Es soll nun ein kurzer Überblick über die wichtigsten Ereignisse in den Jahren von 1960 bis 1968 gegeben werden.

Zwei wichtige und zugleich tragische Ereignisse flankierten den Beginn und das Ende der Verhandlungen/Abschluss des Vertrages: die Kubakrise 1962 und der Prager Frühling 1968.

3.1.1. Kennedy-Chruschtschow Treffen in Wien 1961

Die Rolle Österreichs wurde in der Kennedy-Ära der USA deutlich aufgewertet. Dies machte sich insbesondere an der Person Bruno Kreisky als Außenminister bemerkbar, der Österreich zu einem „Ost-West-Kontakt-Zentrum“ machte. Nicht zu vergessen ist hier die Einrichtung eines Sitzes der Vereinten Nationen. Im Zuge der Entspannungspolitik gewährte die USA Österreich mehr Handlungsfreiheit bezüglich der Kontakte mit der UdSSR und den Ostblockstaaten. Gewähren im Sinne von Duldung, da vor 1960 seitens der USA eine eindeutige westliche, sogar US-treue Positionierung gefordert wurde.¹⁹⁹ Die Rolle als „Kontakt-Zentrum“ erfüllte Österreich bereits 1961, während des Kennedy-Chruschtschow-Gipfels in Wien.

Im Februar 1961 erwog der neu-gewählte Präsident John F. Kennedy ein Treffen mit Nikita S. Chruschtschow. Kennedy ließ ein Schreiben aufsetzen, indem er ein informelles Treffen für die Klärung von weltpolitischen Fragen vorschlug, welches dem sowjetischen Ministerpräsidenten übergeben wurde. Chruschtschow zögerte die Antwort bis Mai hinaus, u.a. weil im April die Invasion auf Kuba erfolgte und die Sowjets ein offizielles Eingreifen seitens der USA erwarteten. Schließlich willigte er ein, als Konferenzort

¹⁹⁹ Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953-1963. (Wien/u.a. 1997) S. 293.

bestand er auf Wien. Die USA stellte eine Anfrage an die österreichische Regierung bzgl. des Gipfeltreffens am 3. und 4. Juni 1961, die nach kurzer Beratung ihre Zustimmung erteilte. Chruschtschow reiste mit einem Sonderzug von Moskau nach Wien und kam am 2. Juni am Wiener Südbahnhof/Ostbahnhof an. Kennedy flog via Frankreich, wo er sich mit dem Präsidenten Charles de Gaulle über das bevorstehende Treffen beriet, nach Wien und landete am Vormittag des 3. Juni 1961. Die Regierung in Österreich bereitete sich im Vorfeld auf das Treffen vor, weltpolitische Zurückhaltung und betonte Bescheidenheit waren die Grundsätze.²⁰⁰

Die ersten Gespräche zwischen den Regierungschefs fanden in der Villa des US-Botschafters Matthews statt. Am Abend lud der österreichische Bundespräsident Schärp zu einem Empfang ins Schloss Schönbrunn. Am nächsten Morgen nahm Kennedy am feierlichen Hochamt des Kardinal Königs im Stephansdom teil, während Chruschtschow bei einer Kranzniederlegung zu Ehren der gefallenen Sowjetsoldaten zugegen war. Schließlich führten die Staatsoberhäupter ihre Gespräche, diesmal in der sowjetischen Botschaft, fort, die am späten Nachmittag endeten. Um 18 Uhr flog der amerikanische Präsident nach London, am nächsten Tag um 9 Uhr der sowjetische Ministerpräsident zurück nach Moskau. Diskutiert wurden auf dem Gipfel u.a. die Krisen auf Kuba und Laos, ein Atomwaffenversuchsstopp und die Berlin-Frage. Es gab Gespräche, aber Lösungen wurden nicht erarbeitet. So blieb die atomare Gefahr für die Welt bestehen. Außerdem erfolgten weiterhin Waffenlieferungen an bestehende und künftige Konfliktherde. Der Mauerbau in Berlin im August 1961 stellt eine direkte Konsequenz des Gipfels in Wien dar: Chruschtschow wollte eine westliche Anerkennung der DDR durchsetzen, da ein Friedenvertrag für ein geeintes Deutschland laut Kennedy, der Vertretung des westlichen Blocks, nicht möglich sei.²⁰¹ Die Konferenz hatte keine weltpolitische oder historische Wichtigkeit erlangt, weder unter Zeitzeugen noch posthum, da die bedeutenden Fragen der damaligen Welt nicht geklärt werden konnten. Der Mauerbau nur kurze Zeit nach dem Gipfel und die Kubakrise ein Jahr später gaben davon Zeugnis. Allerdings tat sich Österreich als Gastgeberland hervor. Es gewährleistete einen reibungslosen Ablauf und brüskierte weder die sowjetische noch die US-amerikanische Seite. Für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der

²⁰⁰ Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts. Band I. (Innsbruck 2005) S. 219.

²⁰¹ Gehler Österreichs Außenpolitik, Bd.1 S. 226.

Alpenrepublik war der Besuch Chruschtschows ein Jahr davor von viel größerer Bedeutung.

3.1.2. Entspannung des Ost-West Konflikts in den späten 60er Jahren aufgrund internationaler Konflikte

Als erste Entspannungszeichen zwischen Ost und West können die österreichischen Staatsvertragsverhandlungen 1955 gewertet werden. Insbesondere das Einverständnis der Sowjetunion, dass Österreich frei und neutral sein wird, wird in der Literatur oft abgehandelt und analysiert. Unter Chruschtschow kam es nach Stalins Tod zur sogenannten Entstalinisierung innerhalb und auch die Haltung in der Außenpolitik änderte sich, wenn auch nur scheinbar: Chruschtschow verabschiedete das Doktrin der „Friedlichen Koexistenz“ und setzte damit einen Gegensatz zu Lenins „Unvermeidbarkeit des Krieges gegen kapitalistische Staaten“.²⁰² Auch die USA verabschiedeten 1963 das Manifest „Strategie des Friedens“, das die Abrüstung und den Verzicht eines nuklearen Erstschlages in Abrede stellte. Dies hinderte jedoch beide Staaten nicht daran, Stellvertreterkriege in Asien, Afrika und Lateinamerika zu führen.

Die erste Abrüstungskonferenz wurde 1955 in Genf abgehalten, die jedoch zu keinen verbindlichen Verträgen oder Zusagen führte. Bis zur Kubakrise konnten sich die Konfliktparteien nicht einigen, doch nach diesem herben Einschnitt für die Weltsicherheit war man um Lösungen bemüht. So wurde 1963 das berühmte Rote Telefon, das Washington mit Moskau verband eingerichtet. In diesem Jahr wurde auch ein Vertrag über das Verbot von überirdischen Tests atomarer Waffen unterzeichnet.²⁰³ Im letzten Drittel der 1960er Jahre kam auf beiden Seiten der Wunsch nach Abrüstung und Entspannung auf. In der UdSSR hauptsächlich um die Wirtschaft anzukurbeln, mittels Aufhebung der Importbeschränkungen des Westens (z.B. Pipelines für die Erdgaswirtschaft). Die USA kämpfte hauptsächlich mit der „Kriegsmüdigkeit“ der Bevölkerung und den enormen Kosten der militärischen Ausgaben.²⁰⁴ Erste Absprachen wurden 1968 zwischen Johnson und Kossygin getroffen, die Gespräche setzten aber durch den Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in Prag 1968 kurzzeitig aus. 1970 kam es zum Abschluss des Atomwaffensperrvertrages und zwei Jahre später zur Unterzeichnung der SALT-Verträge. In die Zeit der politischen und militärischen

²⁰² Stöver, Der Kalte Krieg. S. 386.

²⁰³ Ebd. S. 395.

²⁰⁴ Ebd. S. 396 f.

Entspannung fällt 1968 auch der Abschluss des Erdgasliefervertrages zwischen der UdSSR und Österreich.

3.1.3. Energie im Kalten Krieg

Während des Kalten Krieges gewannen Erdöl und die Kontrolle der Energie- und Rohstofflager an Wichtigkeit. Insbesondere der Westen, aber auch die Sowjetunion versuchte in den reichen Erdölländern im Nahen Osten an Einfluss zu gewinnen.²⁰⁵ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde den Staaten bewusst, dass sich der Verbrauch aufgrund der fortschreitenden Technisierung und des steigenden Wohlstandes im Westen rasant erhöhte, die Ressourcen aber begrenzt waren. Die Sowjetunion konnte, im Unterschied zu den USA wegen ihrer reichen Vorkommen an fossilen Energieträgern den Bedarf fast selbstständig decken. Die „Erdölleitung der Freundschaft“ und die „Bruderschaftspipeline für Erdgas“ versorgten ab 1964 auch die Satellitenstaaten in Osteuropa. In den 1950er und 1960er Jahren kam es zur weltweiten Exploration von Erdöl- und Erdgasvorkommen u.a. in Lateinamerika, Afrika und im Nahen Osten.

Die ersten Streitigkeiten um die Ölquellen zwischen der UdSSR und der USA fanden bereits 1946 im Zuge der Irankrise statt. Stalin versuchte durch erhöhten Druck auf die iranische Regierung, ihren pro-westlichen Kurs aufzugeben und u.a. Ölfördergenehmigungen an die Sowjetunion zu erteilen. Dies scheiterte, denn die iranische Führung erteilte weiterhin an westliche Ölgesellschaften Förderkonzessionen und in Folge beuteten diese Unternehmen auch Quellen in Kuwait, Bahrain und in den Vereinigten Arabischen Emiraten aus.²⁰⁶

Auch bezüglich des Erdgasimportvertrages 1968 kann beobachtet werden, dass Wirtschaftsinteressen immer über politische Angelegenheiten gestellt wurden. Die Importe ab den 1970er Jahren nach Westeuropa stellten zum einen eine Aufweichung der Fronten im Kalten Krieg dar, aber zum anderen auch die Bedeutungslosigkeit des Ost-West-Konflikts, in Bezug auf den Nachschub von Energie. Dies zeigte sich insbesondere nach der Ölkrise 1973, als vermehrt Energieexporte aus der Sowjetunion in den Westen durchgeführt wurden.²⁰⁷

²⁰⁵ Stöver, Der Kalte Krieg. S. 327.

²⁰⁶ Ebd. S. 329.

²⁰⁷ Ebd. S. 334.

In den erdölreichen Ländern kam es auch intern zu Konflikten, die oft zu Stellvertreter-Kriegen zwischen der UdSSR und der USA avancierten. Erwähnenswert ist hier der Biafra-Konflikt von 1966-1970 in Nigeria. 1966 kam es zur Abspaltung des, von den Sowjets unterstützten, rohstoffreichen Ostens (Biafra) von der Zentralregierung in Lagos, die wiederum Hilfe von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien erhielt. 1970 endete der Bürgerkrieg mit einer Wiedervereinigung des Landes und der Ölboom, vorangetrieben durch westliche Firmen, setzte ungehindert fort. Von den üppigen Profiten bekam der Großteil der Bevölkerung nichts ab.²⁰⁸

3.1.4. Produktion und Verbrauch von fossilen Energieträgern im Kalten Krieg

Während des Kalten Krieges wurden fossile Brennstoffe immer bedeutender, sowohl aus militärischer als auch aus ziviler Sicht.²⁰⁹

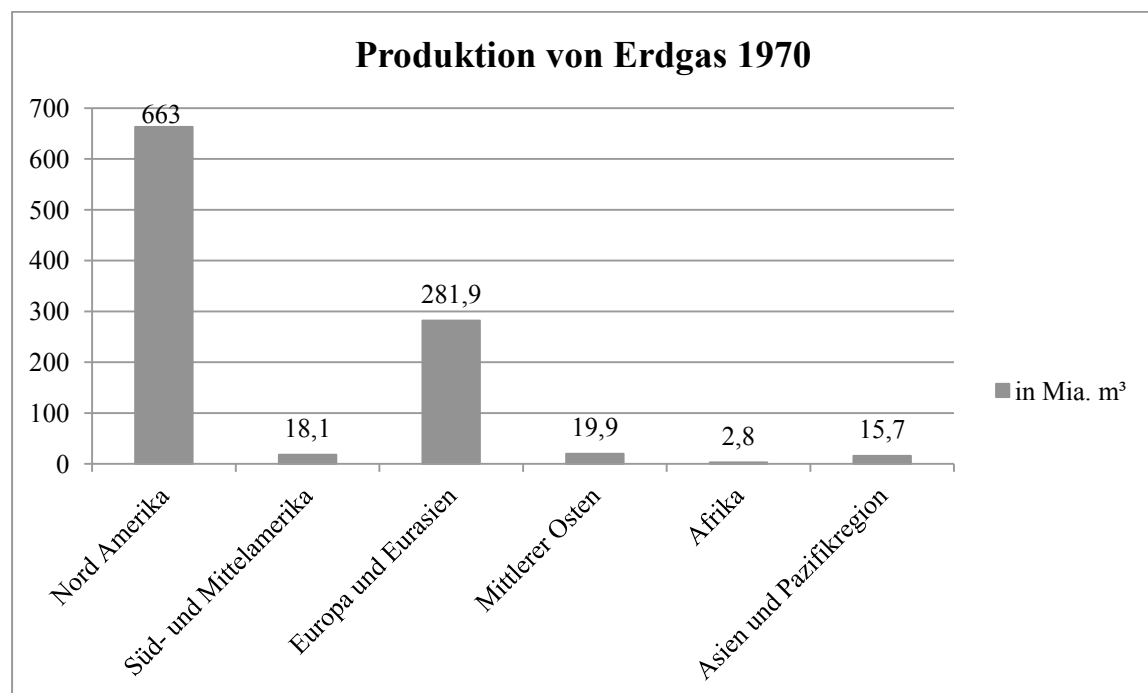


Abbildung 3: Produktion von Erdgas 1970. Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2012, Gas Production – bcm (from 1970).

Abbildung 3 zeigt die regionale Verteilung der Erdgasproduktion 1970. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es keine verlässlichen Angaben zur Erdgasproduktion der Sowjetunion gibt. Diese werden aber auf 179,1 Mia. m³ geschätzt und sind in der Grafik unter Europa und Eurasien enthalten. Die Hauptproduktoren in dieser Zeit waren die USA

²⁰⁸ Stöver, Der Kalte Krieg. S. 336.

²⁰⁹ BP Statistical Review of World Energy June 2012, Gas Production – bcm (from 1970). vgl. <<http://www.bp.com/statisticalreview> > (21.10.2012)

(595,1 Mia. m³), die UdSSR (179,1 Mia. m³), Kanada (56,7 Mia. m³), Niederlande (26,7 Mia. m³), Rumänien (23,3 Mia. m³), Iran (12,9 Mia. m³) und Algerien (2,5 Mia. m³).²¹⁰ Der Verbrauch der USA lag bei 598,6 Mia. m³, der Sowjetunion laut Schätzungen bei 181,0 Mia. m³. Daran ist zu sehen, dass sich die Länder bis in die 1970er Jahre mit eigenen Ressourcen versorgen konnten. Ganz im Unterschied zur Versorgung mit Erdöl:

Erdöl in Mio. t		
	USA	UdSSR
Produktion	533,5	353,0
Verbrauch	706,6	245,1

Tabelle 2: Erdölverbrauch und –produktion 1970. Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2012, Oil Production – tonnes (from 1965); Oil Consumption – tonnes (from 1965).

Offenkundig ist, dass die UdSSR ihren Bedarf aus eigenen Quellen decken konnte, was auf die USA nicht zutraf. Dementsprechend wichtig waren die Ölquellen im Nahen und Mittleren Osten, die von beiden Seiten beansprucht wurden.

3.2. Prager Frühling 1968

Im selben Jahr, indem der Gaslieferungsvertrag zwischen Österreich und der Sowjetunion zustande kam, wurden in der Tschechoslowakei die Reformbewegung mit militärischer Gewalt durch Truppen des Warschauer Pakts niedergeschlagen. Seit dem Februarumsturz 1948 war die Tschechoslowakei kommunistisch und somit ein Teil des Ostblocks, jedoch das einzige Land, in dem die kommunistische Partei in der Bevölkerung mehrheitlich Zustimmung fand (im Gegensatz zur DDR, zu Ungarn, Bulgarien und Polen).²¹¹ 20 Jahre lang unterstützte die kommunistische Regierung in Prag die Politik der UdSSR und war ein willfähriger Verbündeter. Dieses Bündnis endete im Jänner 1968, als Alexander Dubček zum Ersten Sekretär der KPČ gewählt wurde. Nach einer ausgeschlagenen Einladung nach Moskau, was einem Affront gleichkam, verabschiedete er am 1. April das „Aktionsprogramm“. Dieses sah folgende Punkte vor: Aufhebung der Zensur, Rehabilitierung von politischen Opfern sowie die Erweiterung von Reisemöglichkeiten und Wirtschaftsreformen.²¹² Außerdem verzichtete die KPČ auf ihr Machtmonopol, sehr zur Bestürzung der UdSSR und der restlichen Ostblock-Länder. Als Reaktion auf das

²¹⁰ BP Statistical Review of World Energy June 2012, Gas Production – bcm (from 1970). vgl. <<http://www.bp.com/statisticalreview>> (21.10.2012)

²¹¹ Stefan Karner, Günter Bischof, Manfred Wilke, Peter Ruggenthaler, Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung. Der internationale Kontext. In: Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan, u.a. (Hg.) Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. (Graz/Wien/Klagenfurt 2008) S. 21.

²¹² Karner, Bischof, Wilke, Ruggenthaler, Der „Prager Frühling“. S. 23.

„Aktionsprogramm“ wurde am 10. April in Moskau eine ZK-Sitzung einberufen, um das weitere Vorgehen gegen die Reformbewegungen zu koordinieren.

Der Warschauer Pakt plante im Frühjahr 1968 ein gemeinsames Truppenmanöver in der Tschechoslowakei. Zuerst holte sich Oberbefehlshaber Marschall Jakubovskij das Einverständnis der „Bruderstaaten“, um schließlich die tschechoslowakische Führung unter Druck zu setzen: Ablehnung oder Bündnisverpflichtung?²¹³ Diese wussten um die Gefahr eines militärischen Eingreifens und stimmte als politische Notlösung der Gefechtsübung auf eigenem Boden zu. Ein Teil der Truppen, die ab 19. Juni in der ČSSR Manöver durchführten, waren bis zur Niederschlagung der Reformbewegung stationiert.

Insbesondere in der DDR wurden die Pläne der ČSSR argwöhnisch beobachtet, da man ein Übergreifen der Reformen mit allen Mitteln verhindern wollte. So wurden deutsche Sendungen von Radio Prag gestört, damit das Aktionsprogramm in Ostdeutschland keine Verbreitung fand. Außerdem wurden Dokumente über die Parteiführung in der Tschechoslowakei angelegt, die später als Grundlage für den Austausch der KPČ-Führung dienten.

Allerdings konnte die Sowjetunion unter KPDSU-Generalsekretär Leonid Brežnev nicht verhindern, dass sich die Ideen des „aufgeklärten Kommunismus“ im Westen verbreiteten und unter den dortigen Kommunisten breiten Zuspruch fanden. Die Abwendung von Moskau gipfelte am 27. Juni in der Publikation des „Manifests der 2000 Worte“, in welchem 68 Intellektuelle mit der 20-jährigen Herrschaft der KPČ abrechneten und den Sozialismus als erfolgreiche Gesellschaftsform anzweifelten.²¹⁴ Das Manifest wurde von der Bevölkerung begeistert angenommen und unterschrieben, während Brežnev in Moskau von Dubček die sofortige Bekämpfung der konterrevolutionären Kräfte forderte, was dieser jedoch ablehnte.

Am 15. Juli wurde eine Konferenz in Warschau einberufen, bei der eine militärische Lösung mit den „Bruderstaaten“ besprochen wurde. Die tatsächliche Entscheidung über einen Militärschlag behielt sich Moskau vor. Die KPČ erschien wie erwartet nicht in Warschau.²¹⁵ Da sich die Sowjetunion unter Brežnev noch nicht zu einem endgültigen Militärschlag durchringen konnte, kam es zu einer weiteren Konferenz in Čierná nad

²¹³ Karner, Bischof, Wilke, Ruggenthaler, Der „Prager Frühling“. S. 22.

²¹⁴ Ebd. S. 24.

²¹⁵ Ebd. S. 37.

Tisou, an der tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze. Von der Konferenz sind keine schriftlichen Aufzeichnungen erhalten, allerdings wird vermutet, dass sich die KPČ den Forderungen nach Kaderänderungen und Absetzungen beugte.²¹⁶ Allerdings hielt sich Dubček trotz erneuter Drohungen aus Moskau nicht an die Vereinbarungen.

Am 17. August wurde die Entscheidung über einen Militärschlag gegen die Tschechoslowakei abgesegnet und bereits am nächsten Tag mit den „Bruderstaaten“ koordiniert. Da die Warschauer Pakt- Truppen seit Juni Manöver in der ČSSR durchführten und die Planung der militärischen Intervention im selben Zeitraum von statten ging, erfolgte die „Operation Donau“ schon in der Nacht von 20. auf 21. August 1968. Die tschecho-slowakische Regierung verurteilte den Einmarsch scharf, befahl jedoch der Armee, keinen Widerstand zu leisten. Einzig die Truppen aus der DDR wurden gestoppt, da man in der Bevölkerung keine Erinnerung an den Einmarsch der Deutschen 1938 wecken wollte. Die Opferzahlen sind mit bis zu 500 Toten auf beiden Seiten beziffert.²¹⁷ Das militärische Eingreifen wurde in Westeuropa heftig kritisiert. Die Welle der Empörung schwappte auch auf die Ostblockländer über, sogar am Roten Platz im Herzen Moskaus kam es zu Demonstrationen.²¹⁸

Am 26. August wurden in Moskau mit Dubček „Vereinbarungen“ getroffen, um die „politische Stabilität“ wieder herzustellen. So wurden sämtliche Reformen zurückgenommen, die Schlüsselposten in Rundfunk und Politik mit Sowjettreuen besetzt und die Zensur wieder eingeführt. Außerdem blieben sowjetische Truppen in der ČSSR stationiert, um die „Normalisierung“ zu überwachen. Durch die Föderalisierung der ČSSR entstanden zwei sozialistische Republiken, die ČSR und die SSR, die in dem Staatenbund Tschechoslowakei verbunden waren.²¹⁹

In den folgenden Jahren kam es zu Verfolgung der Aktivisten des „Prager Frühlings“, denen 1971 und 1972 der Prozess gemacht wurde. Ferner wurden zahlreiche Intellektuelle aus der Partei ausgeschlossen und Vereine verboten. Die Tschechoslowakei unter dem neuen Parteiführer Gustav Husák bedankte sich am XIV. Parteitag für die „brüderliche Hilfe“ bei der UdSSR und schloss einen Freundschafts- und Beistandsvertrag ab.²²⁰

²¹⁶ Karner, Bischof, Wilke, Ruggenthaler, Der „Prager Frühling“. S. 38 f.

²¹⁷ Ebd. S. 41.

²¹⁸ Ebd. S. 42.

²¹⁹ Ebd. S. 43.

²²⁰ Ebd. S. 44.

Als Folge des Einmarsches wurde die „Brežnev-Doktrin“ aufgesetzt, die die Souveränität der Ostblockstaaten erheblich beschnitt. Jegliche Abweichungen vom moskautreuen Kurs konnten einen Einmarsch sowjetischer Truppen bedeuten. Allerdings folgten nicht alle Staaten dieser Doktrin, Albanien, Jugoslawien, China und Rumänien die als Sympathisanten des „Prager Frühlings“ einzustufen sind, ratifizierten sie nicht. Nur den direkten Satellitenstaaten drohte bis 1988 (Abschaffung der Doktrin durch Gorbatschow) der militärische Einmarsch beim Abkommen vom kremltreuen Kurs.²²¹

3.2.1. Rolle Österreichs im „Prager Frühling“

Die Reaktion der Österreichischen Bundesregierung auf die Invasion von Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei war verhalten und von Vorsicht geprägt. Bundeskanzler Klaus hielt am Morgen des 21. August eine Ansprache im ORF, um eine Erklärung der österreichischen Bundesregierung zu den Umständen in der ČSSR abzugeben. Er betonte die Unabhängigkeits- und Neutralitätspolitik Österreichs, hob allerdings auch hervor, dass „uns das Schicksal anderer Länder und Völker“ nicht gleichgültig wäre.²²² In den nächsten Tagen musste die österreichische Regierung eine Gratwanderung zwischen Hilfeleistung für Asylwerber und Verärgerung der Sowjetunion durch politisches Eingreifen beschreiten. Der sowjetische Botschafter in Wien suchte den Bundeskanzler auf, um ihm die Gründe für den Einmarsch darzulegen.²²³ Diese Maßnahmen erfolgten allerdings im gesamten Westen, da die UdSSR um eine Darstellung der Ereignisse als „innenpolitische“ Krise bemüht war. Ein Problem auf österreichischer Seite stellten die sowjetischen Grenzverletzungen dar. So wurden sowjetische Flugzeuge und Hubschrauber immer wieder im österreichischen Luftraum entdeckt. Allerdings sah die Regierung davon ab einen formellen Protest auszusprechen, sondern beschränkte sich darauf, den sowjetischen Botschafter davon in Kenntnis zu setzen, damit er dies nach Moskau weiterleite. Ein wichtiger Punkt war die problemlose Ausreise österreichischer Touristen aus der ČSSR, die jedoch vom Botschafter zugesichert und auch eingehalten wurde.²²⁴ Ein weiterer Schritt der Bundesregierung war die Verlegung und Konzentration von Truppen an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze, um, wie Außenminister Waldheim dem sowjetischen

²²¹ Torke, Historisches Lexikon der Sowjetunion. S. 312.

²²² Peter Ruggenthaler, Der Neutralität verpflichtet. In: Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan, u.a. (Hg.) Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. (Graz/Wien/Klagenfurt 2008) S. 993.

²²³ Ruggenthaler, Der Neutralität verpflichtet. S. 993.

²²⁴ Ebd. S. 994.

Botschafter Podcerob mitteilte, die Bevölkerung zu beruhigen.²²⁵ Nach andauernden Grenzverletzungen wurde der österreichische Botschafter in Moskau, Walter Wodak, beauftragt Protest gegen diese einzulegen. Auch Außenminister Waldheim sollte dem sowjetischen Botschafter den österreichischen Protest mitteilen. Jedoch war es sowohl Wodak als auch Waldheim drei Tage unmöglich diesen vorzubringen, so dass dieser erst am 26. August ausgedrückt wurde. Seitens der Sowjetunion wurde wiederum die Berichterstattung des ORF scharf kritisiert, da sie von der Sowjetunion als revolutionär eingestuft wurde.²²⁶ Die österreichische Bundesregierung verwies auf das Recht der Pressefreiheit, versprach aber mit dem zuständigen Chefredakteur Bacher und den Redakteuren der Zeitungen zu sprechen.²²⁷ Am 31. August kam es sogar zu einer offiziellen Kritik an Österreich seitens der Sowjetunion. Nach wiederholten Neutralitätsbekundungen von Bundeskanzler Klaus wurde der diplomatische Zwist beigelegt.²²⁸ An den sowjetisch-österreichischen Beziehungen rüttelte diese Krise nicht, vielmehr vertieften sich im Jahr 1968 die wirtschaftlichen Relationen.

Österreich war, wie schon in der Ungarnkrise 1956, ein Erstaufnahme- und Asylland für die politisch verfolgten Tschechoslowaken, aber auch eine Drehscheibe für deren Weiterreise in andere Länder Europas.²²⁹ Schon am 22. August war für die österreichische Bundesregierung klar, dass mit Flüchtlingen zu rechnen sei, und sie versprach, Maßnahmen und Vorkehrungen zur Aufnahme der Asylanten zu treffen. Die österreichische Auslandvertretung in Prag bereitete sich auf vermehrte Visa-Anfragen vor, die nach der Invasion auch zu verzeichnen waren. Im dritten Quartal des Jahres 1968 betrug die Anzahl der ausgestellten Visa über 100.000 Stück.²³⁰ Den Grenzbeamten wurden angeordnet, dass, „die passrechtlichen und fremdenpolizeilichen Vorschriften entgegenkommend und großzügig zu handhaben sind.“²³¹ Überhaupt war die Ein- und Ausreise problemlos möglich, und, soweit bekannt, kam es zu keiner Abweisung eines tschechoslowakischen Flüchtlings.

²²⁵ Ruggenthaler, Der Neutralität verpflichtet. S. 996.

²²⁶ Ebd. S. 999.

²²⁷ Ebd. S. 1000.

²²⁸ Ebd. S. 1002.

²²⁹ Silke Stern, Die tschechoslowakische Emigration. In: Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan, u.a. (Hg.) Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. (Graz/Wien/Klagenfurt 2008) S. 1026.

²³⁰ Klaus Eisterer, The Austrian Legation in Prague and the Czechoslovak Crises of 1968. S. 227.

²³¹ Stern, Die tschechoslowakische Emigration. S. 1031.

Auch an den südlichen Grenzen in Kärnten stiegen die Einreisezahlen markant, da viele Tschechen und Slowaken aufgrund der unter Dubček ausgerufenen Reisefreiheit in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien ihre Urlaubsferien verbrachten. Durch die geänderten politischen Verhältnisse forderte die Regierung der ČSSR die Touristen über Rundfunk auf, sich in Österreich zu sammeln und die Heimreise anzutreten.²³² Es setzte ein reger Rückreiseverkehr ein und es kam zu kilometerlangen Staus an den österreichischen Grenzen. Viele der Urlaubsheimkehrer wollten die Entwicklungen, insbesondere der politischen Situation der Tschechoslowakei abwarten und verblieben in Österreich. So stellte Österreich humanitäre Hilfe in Form von Verpflegung und Unterkünften zur Verfügung. In Zahlen: Bis zum 23. Oktober 1968 kamen 162.000 tschechoslowakische Flüchtlinge nach Österreich, 96.000 aus der ČSSR und 66.000 aus bzw. über Jugoslawien. Bis Jahresende stieg die Zahl noch um 46.000 auf 208.000 Menschen. Auch im Jahr 1969 kamen noch tausende Tschechen und Slowaken über die Grenzen nach Österreich.²³³ Das Budget für Flüchtlingsbetreuung lag vor der tschechoslowakischen Krise bei 27 Mio. Schilling, musste im Jahr 1968 auf 40 Mio. Schilling aufgestockt werden und bis Jahresende erneut um 10,5 Mio. Schilling erhöht werden. Im Jahr 1969 belief sich die Flüchtlingshilfe auf 31 Mio. Schilling, also um vier Mio. Schilling mehr als vorgesehen.²³⁴ Die meisten blieben jedoch nicht im Land, sondern gingen entweder in die Tschechoslowakei zurück oder suchten um Aufnahme in Drittländern an. Dauerhaft in Österreich verblieben nach Schätzungen zwischen 2000 und 3000 tschechische und slowakische Bürger.²³⁵

3.3. Innenpolitische Struktur der 1960er Jahre in Österreich

Im November 1945 fanden in Österreich, nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“, die ersten freien Wahlen seit 15 Jahren statt, welche zugunsten der alten Regierungsparteien ÖVP und SPÖ ausgingen. Die ÖVP erreichte die absolute Mehrheit und regierte bis 1966 gemeinsam mit der SPÖ in einer Großen Koalition.²³⁶

Den Anfang vom Ende der Großen Koalition machte die „Habsburg-Affäre“ ebenfalls Anfang der 1960er Jahre. 1963 stellte Otto Habsburg ein Einreisegesuch nach Österreich. Vorweg hatte Habsburg ein Schreiben an Bundeskanzler Gorbach übergeben lassen,

²³² Stern, Die tschechoslowakische Emigration. S. 1032.

²³³ Ebd. S. 1041.

²³⁴ Ebd. S. 1042.

²³⁵ Ebd. S. 1042.

²³⁶ Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik. (Graz/Wien 2000) S. 319.

indem er auf jegliche Thron- und Herrschaftsansprüche formell verzichtete und sich als treuer Staatsbürger deklarierte. Der Verwaltungsgerichtshof befand diese Verzichtserklärung als ausreichend und hob das Einreiseverbot/Landesverweisung auf. Dieser Entscheid wurde jedoch von SPÖ und FPÖ verworfen, was den Koalitionspartner ÖVP erzürnte. Aufgrund von Titeln die er ins Taufregister eintragen ließ, stellte man die Aufrichtigkeit der Verzichtserklärung in Frage. Schließlich konnte nach koalitionärer und juristischer Einigung Otto Habsburg doch einigen. Unter der Alleinregierung Klaus bekam er sogar einen österreichischen Pass ausgestellt. Die Sozialisten blieben, bis zur versöhnlichen Geste Kreiskys im Mai 1972.²³⁷

Nachdem die ÖVP bei den Nationalratswahlen von 1959 die bis dato schlechtesten Ergebnisse vorzuweisen hatte, forderte man innerhalb der Partei einen Strategiewechsel. So wurde Julius Raab, Bundeskanzler und Parteiobmann, zuerst seines Amtes als Parteiobmann enthoben und durch Alfons Gorbach ersetzt. 1961 übernahm Gorbach auch das Amt des Bundeskanzlers und blieb bis zu den Wahlen 1963 im Amt. Doch bereits ein Jahr später musste auch er den Hut nehmen, wegen parteiinternen Streitigkeiten.²³⁸ Josef Klaus, als neue Hoffnung der ÖVP präsentiert, übernahm das Amt des Parteiobmannes und schließlich auch des Bundeskanzlers. 1964 handelte Bundeskanzler Klaus eine neue Große Koalition aus, diese musste jedoch schon eineinhalb Jahre später, im Oktober 1965 aufgrund interner Differenzen zurücktreten. Die Neuwahlen wurden im April 1966 angesetzt, bei denen Klaus die absolute Mehrheit erhielt und eine Alleinregierung bildete.²³⁹

3.3.1. Mitgliedschaft in der EWG

Die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) wurde 1957 durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge von Frankreich, BRD, Italien und der BENELUX-Staaten ins Leben gerufen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik im Rahmen der europäischen Integration zu stärken. Für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs war es hinderlich, sich der europäischen Integration zu verweigern, was aber von den Sowjets, die auf die Bestimmungen des Staatsvertrages pochten, gefordert wurde. Die Sowjets sahen in der EWG ein Instrument der NATO und bestanden auf die Neutralität Österreichs. Der erste Ausweg war die Gründung der EFTA (*European Free Trade Association*) 1960 in

²³⁷ Gehler, Österreichs Außenpolitik. Bd. 1. S. 289f.

²³⁸ Peter Pelinka, Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel. (Wien 2000) S. 80-83.

²³⁹ Vöclka, Geschichte Österreichs. S. 342.

Stockholm, deren präferiertes Ziel die Beendigung der wirtschaftlichen Isolation der Beitrittsländer durch die EWG war.²⁴⁰ Folgende Staaten traten der EFTA bei: Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden Schweiz, Liechtenstein und Finnland. Aber bereits 1961 stellten Dänemark und Großbritannien Anträge auf EWG-Mitgliedschaft und auch die „Neutralen“, Österreich, Schweden und Schweiz bemühten sich um Verhandlungen bzgl. einer EGW-Assoziierung. Aufgrund der Südtirol-Frage und des Vetos Frankreichs (mit Blick auf die Sowjetunion) wurde eine EWG-Assoziation oder gar ein Beitritt nie realisiert. Erst nach dem Fall der Sowjetunion stellte Österreich einen Antrag auf Mitgliedschaft und trat 1995 der EU bei.

3.3.2. Exkurs: Staatsbesuch Chruschtschow 1960 in Österreich

Bzgl. meiner Recherche zu dem Thema Chruschtschow-Besuch in Österreich sind mir widersprüchliche/verklärte Meinungen aufgefallen. Während die einen von „friedlichen Klima“, „österreichischen Charme“ und „Kukuruz-Wette“²⁴¹ sprechen, wird auf anderer Seite die weltpolitische Resonanz auf den Besuch, die nicht besonders positiv ausfiel, wiedergegeben.

Am 30. Juni 1960 landete der Ministerpräsident der Sowjetunion am Flughafen Wien-Schwechat um eine neuntägige Reise durch Österreich anzutreten. Mit ihm reisten seine Familie, der Außenminister Gromyko, die Kultusministerin Jekaterina Furtsewa und der stellvertretende Ministerpräsident Kosygin.²⁴² Sowohl innerhalb der Bevölkerung, die ihn zahlenmäßig gering und keineswegs enthusiastisch empfing, als auch bei der Presse stieß er von Anfang an auf wenig Anerkennung und Zustimmung. Nach einer kurzen Rede am Flughafen wurde er ins Hotel „Imperial“ gefahren und wurde vom österreichischen Bundespräsidenten Adolf Schärf empfangen, der vorausseilend (vielleicht sogar voraussehend) die Unantastbarkeit der österreichischen Neutralität betonte.²⁴³ Interessant bezüglich meines Themas ist die am nächsten Tag festgesetzte Rede in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft über die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion. Österreich musste, wie im Staatsvertrag und im Moskauer Memorandum festgelegt, Ablöse (de facto Reparationszahlungen) für die ehemaligen Sowjetbetriebe (USIA, SMV, Sowjet-DDSG) auf österreichischem Gebiet

²⁴⁰ Gehler, Österreichs Außenpolitik. Bd. 1. S. 301.

²⁴¹ Otto Klambauer, Der Kalte Krieg in Österreich. Vom Dritten Mann zum Fall des Eisernen Vorhanges. (Wien 2000) S. 108.

²⁴² Gehler, Österreichs Außenpolitik. Bd. 1. S. 205.

²⁴³ Archiv der Gegenwart, 8.7.1960, S. 8502, Abschnitt B

zahlen. Außerdem war eine Lieferung von 10 Mio. Tonnen Rohöl von 1955 bis 1965 vereinbart worden, also eine Million Tonnen pro Jahr.²⁴⁴ Chruschtschow betonte in dem Vortrag, dass ein erneutes Handelsabkommen mit Österreich von Interesse der Sowjetunion sei.²⁴⁵ Am 3. Juli startete Chruschtschow eine Besichtigungsreise durch Österreich mit der ersten Station: Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug. Des Weiteren besichtigte er das KZ Mauthausen. Anschließend hielt er eine Rede mit Angriffen auf die BRD und deutsche Politiker, was zu kritischen Berichten in deutschen Medien führte.²⁴⁶ Am nächsten Tag ging die Reise weiter nach Linz, wo er die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke besuchte und einen längerfristigen Vertrag mit der VÖEST in Aussicht stellte. Die VÖEST sollte Eisenplatten und diverse andere Erzeugnisse liefern, die UdSSR im Gegenzug Koks, Feinkohle und Erze.²⁴⁷ Allerdings wollten die Sowjets keine Devisenzahlungen vereinbaren. Der Grund lag auf der Hand: „Sie können doch nicht erwarten, daß wir mit harten Devisen und mit Gold zahlen und Sie dann damit in Amerika und England einkaufen. Das würde ja bedeuten, daß die Sowjetunion die Wirtschaft der USA unterstützen würde.“²⁴⁸ Rund acht Jahre später, in den Vertragsverhandlungen um Stahl und Erdgas, bestand die Sowjetunion auf Devisenzahlung, um auf dem Weltmarkt handeln zu können. Ein weiterer Punkt im Laufe der Wirtschaftsverhandlungen war der Verkauf des „LD-Blasstahlverfahrens“ um 10 Mio. Dollar an die UdSSR.²⁴⁹ Der Ministerpräsident reiste von Linz aus weiter nach Wels und Salzburg, wo er wiederum eine Rede hielt, die international für Aufregung sorgte. Er griff erneut Westdeutschland verbal an, unterstellte ihm „großdeutsche“ Gesinnung und meinte, dass wenn es zu keiner Einigung bezgl. der Berlin-Frage käme, ein gesonderter Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen würde.

Er setzte seine Reise über Kaprun, Villach nach Klagenfurt fort. Beim Besuch der Kapruner Tauernwerke begleitete der österreichische Energieminister Karl Waldbrunner den sowjetischen Ministerpräsidenten, der innenpolitisch, im Konflikt ÖMV und Landesgesellschaften, zu Gunsten der ÖMV Partei ergriff. Sowohl in Salzburg als auch in Klagenfurt sprach Chruschtschow davon, dass im Falle einer Neutralitätsverletzung

²⁴⁴ Gehler, Österreichs Außenpolitik. Bd. 1. S. 213.

²⁴⁵ Ebd. S. 206.

²⁴⁶ Ebd. S. 207.

²⁴⁷ Gehler, Außenpolitik. Bd. 1. S. 207. Siehe auch: Deutsche Zeitung, 5.7.1960.

²⁴⁸ Gehler, Außenpolitik. Bd. 1. S. 207. Siehe auch: Industriekurier, 5.7.1960.

²⁴⁹ Gehler, Außenpolitik. Bd. 1. S. 207. Siehe auch: Tagesspiegel, 5.7.1960; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.1960.

Österreichs durch die Westmächte die Sowjetunion „nicht müßig bleiben“ werde.²⁵⁰ Seine Angriffe bezogen sich insbesondere auf die Raketenstellungen an der italienisch-österreichischen Grenze. Dann fuhr die sowjetische Delegation noch nach Graz und am 8. Juli zurück nach Wien, angeblich um die ins Stocken geratenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Österreich und der UdSSR weiterzubringen.²⁵¹ Diese wurden mit folgenden Vereinbarungen abgeschlossen: zum einen wurden die Rohöllieferungen um ein Jahr auf 1964 verkürzt und zum anderen ein Handelsabkommen zwischen den Ländern auf fünf Jahre abgeschlossen.²⁵² Schließlich reisten Chruschtschow und seine Entourage am 8. Juli von Wien-Schwechat zurück nach Moskau.

Dieser Besuch, insbesondere die Reden und Äußerungen des Ministerpräsidenten, stellte die österreichisch-amerikanische und österreichisch-deutsche Beziehung auf eine harte Probe. Schon am nächsten Tag wurden die betreffenden Botschafter beim Bundeskanzler vorstellig, um ihren Protest kundzutun. Allerdings konterte Bundeskanzler Raab geschickt: erstens könne er seinem (mächtigen!) Gast nicht den Mund verbieten, zweitens war und blieb Österreich neutral mit Inakzeptanz einer, egal ob russischen oder amerikanischen, „Schutzmacht“.

3.4. Innenpolitische Struktur der Sowjetunion in den 1960er Jahren

Mir liegt es fern eine Geschichte der Sowjetunion zu skizzieren, die in vielerlei Form bereits vorliegt. Ich möchte mit speziellem Blick auf meine Arbeit die innenpolitische Struktur herausarbeiten, um einen Einblick in die Zeit und die Voraussetzungen für den Vertrag zu bekommen.

1953 starb nach langer Regierungsperiode Josef Stalin und bereits am Totenbett entbrannten die Nachfolgestreitigkeiten. Sehr schnell setzte sich Nikita Chruschtschow durch, der bis dahin Erste Parteichef Moskaus. Die nächsten zehn Jahre lenkte er als Parteisekretär und Erster Vorsitzender der Partei die Geschicke der Sowjetunion. Die „Entstalinisierung“ wurde voran getrieben, d.h. es kam zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Reformen. Das Hauptaugenmerk der wirtschaftlichen Weiterentwicklung/Neuordnung bestand zum einen im Industrie- und zum anderen im

²⁵⁰ Gehler, Außenpolitik. Bd.1. S. 210.

²⁵¹ Ebd. S. 211.

²⁵² Ebd. S. 212.

Agrarsektor.²⁵³ So wurde insbesondere die Versorgungssituation der Bevölkerung wichtig, garantiert durch den Ausbau der Konsumgüterindustrie.²⁵⁴

Ein weiteres Segment, auf dem die UdSSR in diesem Jahrzehnt erfolgreich war, war die Weltraumforschung. Noch vor den US-Amerikanern gelang es den ersten Satelliten „Sputnik“ in die Erdumlaufbahn zu befördern.²⁵⁵ Allerdings führte dies und die schwindende Hoffnung der US-Amerikaner auf „roll-back“²⁵⁶ zu einer Verschärfung des Ost-West-Konflikts in der 2. Hälfte der 1950er Jahre. Die Höhepunkte fanden diese Kontroversen im Berliner Mauerbau 1961 und in der Kubakrise 1962.²⁵⁷

1964 schied Chruschtschow als Erster Sekretär der KPdSU „in Anbetracht seines hohen Alters und der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes“²⁵⁸ aus dem Amt. Andere berichteten, dass seine übereilten Entscheidungen und die gefährlichen Experimente für den Rückzug verantwortlich waren.²⁵⁹ Leonid I. Brežnev wurde zu seinem Nachfolger erklärt, Ministerpräsident wurde Alexej N. Kossygin. Die Spitze von Partei und Staat sollte nicht wie bei den Vorgängern in Personalunion, sondern getrennt voneinander agieren. Sie beeilten sich die Reformen von Chruschtschow rückgängig zu machen- auch die Entstalinisierung wurde gestoppt.²⁶⁰ Allerdings war auch den Nachfolgern bewusst, dass ein Wirtschaftswachstum und das Heben vom Konsumniveau, nur durch Reformen garantiert werden konnte. Die Aufmerksamkeit der neuen Regierung lag darin, das politische System zu stärken.

Mit Ausnahme der Landwirtschaft konnten die Zuwachsraten der Sowjetunion in den 1960er Jahren mit der Weltspitze mithalten. Dies gelang zu einem großen Teil deswegen, weil in den Jahren reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen in Sibirien entdeckt wurden. Allerdings stellte sich in dem Zusammenhang das Problem, dass die Sowjetunion massenhaft Rohstahl produzierte, aber Rohre für den Pipelinebau oder Blech für die Automobilindustrie aus dem (westlichen) Ausland einführen musste, da wohl die

²⁵³ Helmut Altrichter, *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*. (München 1993) S. 143.

²⁵⁴ Thomas M. Bohn, Dietmar Neutatz, *Studienhandbuch Östliches Europa*. Bd.2, *Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*. (Köln/Weimar/Wien 2002) S. 191.

²⁵⁵ Altrichter, *Sowjetunion*. S. 146.

²⁵⁶ Der Versuch der US-Amerikaner die von der Sowjetunion befreiten Länder in Osteuropa zu befreien. vgl. Beatrice Heuser, *Subversive Operationen im Dienste der „Roll-Back“-Politik 1948-1953*. S. 279-297.

²⁵⁷ Altrichter, *Sowjetunion*. S. 149.

²⁵⁸ Ebd. S. 151.

²⁵⁹ Bohn, Neutatz, *Studienhandbuch Östliches Europa*. Bd.2, *Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*. S. 191.

²⁶⁰ Manfred Hildemeier, *Geschichte der Sowjetunion. 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. (München 1998) S. 829.

Quantität jedoch nicht Qualität erzeugt werden konnte. Für die Stagnation der Wirtschaft nach Chruschtschow waren auch fehlende technologische Durchbrüche verantwortlich.²⁶¹ Somit kam es im Vergleich zum Westen zu technologischer Rückständigkeit, hauptsächlich im zivilen Bereich. Die Ära Brežnevs ist am besten mit dem Begriff Stagnation zu charakterisieren.²⁶²

3.5. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem „Osten“

Aufgrund der im Staatsvertrag festgelegten Neutralität wurde Österreich nicht nur zur geographischen Trennlinie zwischen Ost und West, Österreich etablierte sich auch im Handel als neutrales Land, das zwischen den Blöcken vermitteln konnte. So vollzog die „Alpenrepublik“ einen Spagat zwischen Handel mit Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Beteiligung an der westeuropäischen ökonomischen Integration.²⁶³

Während der 1960er Jahre war das Wirtschaftssystem im Westen von Konsumgesellschaft und Wachstum geprägt. Der Außenhandel wuchs stetig und es herrschte weitgehende Vollbeschäftigung. Die erste Unterbrechung dieser Hochphase kam während der Ölkrise und nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. Nach 1955 wurden wieder reguläre Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR, der RWG²⁶⁴-Staaten und Österreich aufgenommen. In Form von Handelsverträgen, die auf ein, drei oder fünf Jahren abgeschlossen wurden, tauschten die Länder Güter und Waren aus.²⁶⁵ Die österreichische Regierung achtete allerdings von Beginn an darauf, Material, für das ein Lieferembargo in die Sowjetunion bestand, nicht zu exportieren.²⁶⁶ Im Kapitel „Erdgas aus der UdSSR“ wird das Problem anhand des Lieferembargos für Röhrenmaterial zum Pipelinebau erörtert.

Nach dem Staatsvertragsabschluss übten die USA offensichtlich Druck auf Österreich aus, indem sie drohten im Falle von Kreditwährung oder Nicht-Einhaltens des

²⁶¹ Hans Kalt, In Stalins langem Schatten, Zur Geschichte der Sowjetunion und zum Scheitern des sowjetischen Modells. (Köln 2010) S. 149.

²⁶² Bohn, Neutatz, Studienhandbuch Östliches Europa. Bd.2, Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion. S. 192.

²⁶³ Manfred Rauchensteiner, Die Rahmenhandlung- eine Einführung. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich. (Wien/Köln/Weimar 2010) S. 8.

²⁶⁴ DDR, ČSSR, Rumänien, Bulgarien, Polen und Ungarn.

²⁶⁵ Andreas Resch, Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich. (Wien/Köln/Weimar 2010) S. 520f.

²⁶⁶ Ebd. S. 515.

Lieferembargos an die Sowjetunion, wiederum die ERP-Mittel und westliche Kredite für Projektfinanzierungen zu streichen. Im Aspekt, dass bis zum Ende des Kalten Krieges Österreich, bei bestimmten Exporten in den Osten, der USA genehmigungspflichtig blieb, ist dem Zustandekommen des Erdgasimportes und des Warenexportes 1968 eine besondere Bedeutung beizumessen. Natürlich fanden österreichische Exporteure aber auch durch Mittelsstaaten Möglichkeiten diese im Außenhandelsgesetz verankerte Genehmigungspflicht zu umgehen.²⁶⁷

Mit der Ablösebestimmung und des damit einhergehenden Handels- und Schifffahrtsvertrag 1955 wurde eine ständige sowjetische Handelsvertretung mit diplomatischer Mission in Wien eingerichtet.²⁶⁸ Der 1968 abgeschlossene Erdgasimportvertrag kann als „bilateral abgeschlossener Kooperationsvertrag“ eingestuft werden, der ein „Abkommen für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit“ darstellte.²⁶⁹ So wurde eine Übereinkunft zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Herstellung von Rohmaterial für die Sowjetunion getroffen. Die VÖEST lieferte den Stahl und Mannesmann und Thyssen fertigten die Rohre. Im Gegenzug lieferte die UdSSR Erdgas an Österreich, aber auch Italien und Frankreich, die wiederum einen Vertrag mit Österreich gemäß der Durchleitung geschlossen hatten.

Die VÖEST hatte schon vor dem Vertrag 1968 Abkommen und Lieferverträge mit der UdSSR und den RGW6-Staaten. So kaufte die UdSSR die Lizenz für das Linz-Donawitz-Verfahren für ein Stahlwerk, und die VÖEST kooperierte mit einer tschechoslowakischen Firma über den Bau von Industrieanlagen.²⁷⁰ In den 1970er Jahren entwickelte sich Österreich zur Drehscheibe im Ost-West-Handel. So ließen sich zahlreiche Firmen und Banken in Wien nieder, um Geschäfte mit beiden Seiten zu tätigen.²⁷¹

²⁶⁷ Rathkolb, Washington ruft Wien. S. 134-136.

²⁶⁸ Ebd. S. 519.

²⁶⁹ Ebd. S. 522.

²⁷⁰ Andreas Resch, Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke. S. 523.

²⁷¹ Ebd. S. 525.

4. Importbestrebungen und Verhandlungen 1960-1968

„Die heimische Erdgasproduktion beträgt ca. 1,7 Milliarden Kubikmeter. Sie wird in dieser Höhe, wenn nicht neue Aufschlüsse gelingen, nur noch etwa 3 – 4 Jahre aufrecht erhalten werden können.“²⁷² Diese dramatischen Worte richtete Dr. Hoynigg, Generaldirektor der ÖMV anlässlich einer Tagung des österreichischen Elektrizitätsverbandes im Juni 1964 an sein Publikum. Der Erdgasverbrauch stieg seit dem Zweiten Weltkrieg stetig, der Aufschwung der Wirtschaft erzeugte einen vermehrten Bedarf an Energie. Im Vergleich zu Erdöl oder Kohle galt Erdgas als billige Energie. Es konnte vielfältig eingesetzt werden, zum einen in der Industrie als Brennstoff oder zur chemischen Verarbeitung, zum anderen in den Haushalten als Heizstoff. In ganz Westeuropa war bekannt, dass die Energiereserven der Nationen langsam zu Neige gingen und somit ein Import aus dem Ausland nötig war. In den 1950er Jahren kam es zur Exploration von Erdgas- und Erdöllagerstätten. Die bedeutendsten Funde wurden in Groningen(Holland), Nord-Afrika, im Nahen Osten und in der UdSSR gemacht. Damit wurden diese Länder für Importverhandlungen interessant, seitens Österreichs erachtete sich die 1962 gegründete AFG als zuständig.

Ein Problem stellte die geo-politische Randlage Österreichs von den westlichen Exportmärkten dar, denn eine Leitungsverlängerung ab den Landesgrenzen wäre mit hohen Investitionskosten verbunden gewesen. Die Investitionskosten waren bedeutungsvoll für die Verhandlungen mit den jeweiligen Importpartnern, da sich ein Leitungsbau als sehr kostenintensiv darstellte. 1966 wurden die chancenreichsten Gespräche mit Algerien und der Sowjetunion geführt, allerdings war ein Abschluss mit der Sowjetunion interessanter, da seit 1966 eine Leitung von Dashava bis Bratislava (ČSSR) existierte. Diese 520 km lange Pipeline wurde 1964 in Auftrag gegeben, 1965 gebaut und 1966 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Der Gasimport aus Groningen (Niederlande) wurde als wenig aussichtsreich erachtet. Grund dafür waren die Beteiligungsansprüche an Leitung und Preis der niederländischen Gasexportfirma. 1966 bekundete die AFG auch Interesse an einem möglichen Import von iranischem Erdgas, das über eine transsowjetische Pipeline nach Bratislava geleitet werden sollte. Dies wurde aber nicht verwirklicht.

²⁷² Allgemeines zur Tagung des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs am Semmering/N.Ö., 14. bis 17. Juni 1964. Pressekurzfassung des Vortrages „Erdöl und Erdgas in der österreichischen Energiewirtschaft“ von Generaldirektor Dr. F. Hoynigg, Wien. EVN Archiv, 665-395.

4.1. Der Studienausschuss der österreichischen Ferngasversorgung

Bereits im Dezember 1960 wurde vom Fachverband der Gaswerke Österreichs und der NIOGAS ein Studienausschuss ins Leben gerufen, der eine Erhebung des möglichen Erdgasverbrauches insbesondere in Wien, Niederösterreich und der Steiermark durchführen sollte. Außerdem wurde ihm die Aufgabe zuteil, Bezugsmöglichkeiten aus dem Ausland festzustellen.²⁷³ Des Weiteren war er für die Vorbereitung und Errichtung von Ferngasleitungen in Österreich zwecks Versorgung des Bundesgebietes mit Erdgas zuständig. Die Geschäftsführung übernahmen Dr. Ing. Fritz Huber, Prokurist der NIOGAS, und Dipl. Ing. Erich Klement, Geschäftsführer des Fachverbandes der Gaswerke Österreichs. Das Ziel des Studienausschusses war die Gründung einer österreichweiten Ferngasgesellschaft, der alle Bundesländer und Landesferngasgesellschaften angehören sollten. Damit sollte Österreich in einer gesamteuropäischen Erdgaswirtschaft repräsentiert werden.²⁷⁴ Die erste Handlung des Studienausschusses war die Erhebung des gegenwärtigen und zukünftigen Erdgasbedarfes, insbesondere in den Ländern Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg, wo noch keine Erdgasversorgung vorhanden war. Ersten Schätzungen zufolge lag der zukünftige Gasverbrauch bei rund 1,5 Mia. m³ pro Jahr in ganz Österreich²⁷⁵, was den Lieferverträgen von 1968 ziemlich genau entsprach. Um einen günstigen Gaspreis zu erzielen und die Transkontinentalleitungen benützen zu können, wurde mit den Nachbarländern BRD und Schweiz Kontakt aufgenommen, damit ein gemeinsames Vorgehen bzgl. der Importe besprochen werden konnte. Am 9. Jänner 1963 wurde in einem Schreiben an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bekannt gegeben, dass der Studienausschuss seine Aufgaben, die Erhebung des Gasbedarfes in Österreich und die Auslotung von möglichen Importpartnern, erfüllt hätte und aufgelöst würde.²⁷⁶

4.2. Die Austria Ferngas GmbH

„Die Gründung der Gesellschaft hatte die Ursache in der sich abzeichnenden Diskrepanz zwischen der steigenden Erdgasnachfrage und den stagnierenden inländischen Erdgasreserven (...)“²⁷⁷

²⁷³ Kurzbericht über Österreichische Ferngasversorgung, Abschnitt Allgemeines; EVN Archiv, 665-152.

²⁷⁴ Wiener Montag vom 19.12.1960; EVN Archiv, 665-152.

²⁷⁵ Aktennotiz vom 23.2.1962, Herrn Generaldirektor Dr. Ing. W. Horak, K/K, 27.2.1962; EVN-Archiv, 665-152.

²⁷⁶ Schreiben des Fachverbandes der Gaswerke Österreichs an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Industrie, 9. 1.1963; EVN-Archiv, 665-152.

²⁷⁷ Austria Ferngas Ges.m.b.H., 25 Jahre Austria Ferngas Ges.m.b.H. 1962-1987. (Wien 1987) S. 3.

Am 24.9.1962 wurde die Firma AUSTRIA FERN GAS GmbH von den drei Gesellschaftern NIOGAS, Wiener Stadtwerke und Steirische Ferngas gegründet. Im Folgenden wollten folgende Gesellschafter beitreten, die jedoch im Endeffekt nur einen Interessen-gemeinschaftsvertrag unterzeichneten: Oberösterreichische Ferngas, Salzburger Stadtwerke und Gaswerk Feldkirch.²⁷⁸

Im Zuge einer Studie hatte die Marktforschung in sechs Bundesländern festgestellt, dass sich der Bedarf an Erdgas pro Jahr auf 1270 Mio. m³ beläuft, mit steigender Tendenz. Die AFG sollte eine Anschlussmöglichkeit von 800 Mio. m³ per Jahr erkunden und verhandeln. Mit den Süddeutschen Gesellschaften und Naturgas aus Zürich wurden Vereinbarungen bzgl. gegenseitiger Informationen, Abstimmung der technischen Planung und gemeinsamen Vorgehen gegenüber Lieferanten getroffen.

Bereits im Dezember 1960 wurde vom Fachverband der Gaswerke Österreichs und der NIOGAS ein Studienausschuss ins Leben gerufen, der eine Erhebung des möglichen Erdgasverbrauches, insbesondere in Wien, Niederösterreich, und der Steiermark durchführen sollte. Außerdem wurde ihm die Aufgabe zuteil, Bezugsmöglichkeiten aus dem Ausland festzustellen.²⁷⁹

Die erste Aufsichtsratssitzung des neuen Unternehmens fand am 17. Dezember 1962 statt, bei der die Mitglieder des Aufsichtsrates, Generaldirektor Siegmund Czajka (NIOGAS), Generaldirektor Wilhelm Horak (WStW), der steirische Landeshauptmann Josef Krainer Sen., der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Viktor Müllner, Direktor Rosenberg (Steirische Ferngas), der Wiener Vizebürgermeister Felix Slavik und die Geschäftsführer Huber, Klement und Schetz anwesend waren. In der ersten Sitzung ging es um die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden für die neu gegründete Austria Ferngas GmbH. Viktor Müllner schlug vor, dass der Vorsitz von einem der Gesellschafter übernommen werden sollte und nicht von einem Politiker, da im Notfall eine rasche Entscheidungsfindung notwendig sei und Politiker aus Zeitmangel und Termenschwierigkeiten nicht geeignet wären. Dieser Vorschlag fand Zustimmung und so wurde Generaldirektor Dr. Czajka (NIOGAS) in alphabetischer Reihenfolge zum ersten

²⁷⁸ Weiters traten die Begas (Burgenländische Erdgasversorgungs-AG) im November 1968, die Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft im November 1970, die Vorarlberger Erdöl- und Ferngas Gesellschaft im Mai 1973, die Republik Österreich und die Oberösterreichische Ferngas Gesellschaft im Juni 1974 und die Salzburger Ferngas Gesellschaft im November 1974 bei. vgl. 25 Jahre Austria Ferngas Ges.m.b.H. 1962-1987. (Wien 1987)

²⁷⁹ Kurzbericht über Österreichische Ferngasversorgung, Abschnitt Allgemeines; EVN Archiv, 665-152.

Vorsitzenden für 1962/1963 ernannt. Seine Stellvertreter waren Direktor DDr. Rosenberg (Steirische Ferngas) und Generaldirektor Dr. Horak (WStW).

Die einzelnen Verhandlungen bzw. Besprechungen über die möglichen Erdgasexporteure werde ich aufgrund der besseren Übersicht in den folgenden Kapiteln behandeln. Von allen möglichen Exporteuren wurde immer die Tatsache unterstrichen, dass Österreich am Ende des europäischen Erdgasleitungsnetzes und am weitesten vom mitteleuropäischen Industriegebiet entfernt lag. Die Gasübernahmestelle sollte soweit wie möglich in den Westen von Österreich verlegt werden. Die Rohrleitungen für Spaltgas sollten zu Rohrleitungen für Erdgas umgewandelt werden, um den österreichischen Bedarf zu decken.

Ursprünglich wollte die ÖMV bei der Austria Ferngas beteiligt sein, allerdings gab es keine Einigkeit über die Zuständigkeit im Importgeschäft. Die ÖMV erklärte, dass ihrer Auffassung nach die ausschließliche Belieferung der bisherigen Erdgasbezieher (NIOGAS, WStW, Steirische Ferngas) sich nur auf österreichisches Erdgas beziehe und sie hinsichtlich des Importes frei Hand haben wolle. Schließlich wurde eine Aussprache zwischen den Gesellschaften angestrebt und man einigte sich auf einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch. Die ÖMV wollte sich, durch die Neugründung der Austria Ferngas, den Exklusivanspruch auf den Importhandel nicht verderben lassen.²⁸⁰

In den Jahren 1970-1973 traten der AFG auch die anderen Landesferngasgesellschaften aus den verbleibenden Bundesländern bei: BEGAS, Kärntner Ferngas, Vorarlberger Erdöl- und Ferngas sowie die Oberösterreichische Ferngas. 1974 beteiligte sich auch die Bundesrepublik Österreich an der AFG, um ihr energiepolitisches Interesse an der Gasversorgung Österreichs zu bekräftigen.²⁸¹

4.2.1. Exkurs: Industrieversorgung Oberösterreich

Exemplarisch soll auf die Versorgungsbemühen in Oberösterreich eingegangen werden. Während, wie oben schon angesprochen, in den größeren Städten wie Linz, Wels und Steyr städtische Stadtwerke die Bevölkerung mit Gas versorgte, war die Industrie auf Eigenherstellung angewiesen. So wie die Linzer Stahlwerke (VÖEST), die eine eigene

²⁸⁰ Niederschrift 1. Aufsichtsratssitzung vom 17.12.1962, 9.1.1963; EVN-Archiv, 665-153.

²⁸¹ Johann Koller, Die Energiewirtschaft Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Versorgung des Landes mit Erdgas. (Dipl.Arbeit, WU Wien 1978)

Kokerei hatte, hatten auch andere Fabriken, z.B. in der Gmundner Zementfabrik, eine werkseigene Gasproduktion. Die Österreichischen Stickstoffwerke in Linz allerdings verfügten über eine Erdgasanbindung seit 1964. Die Wiener Stadtwerke und die NIOGAS stellten aus den von der ÖMV bezogenen Inlandsförderungen jeweils 20 Mio. m³ pro Jahr zur Versorgung der Stickstoffwerke bereit. Dieser Vertrag wurde zwar auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen, die Lieferungen allerdings am 1.4.1968 eingestellt, da die Stickstoffwerke das Kontingent aus den tschechoslowakischen Förderungen erhielt. Doch in den vier Jahren wurden die Mengen immer wieder erhöht und standen im Mai 1968 bei prognostizierten 180 Mio. m³ pro Jahr, welche aus den ČSSR- und UdSSR-Lieferungen bereitgestellt werden sollten.²⁸² Die Abnahmemengen aus dem sowjetischen Import standen für Oberösterreich bereits fest, als die oberösterreichische Ferngasgesellschaft (OÖF) im letzten Moment den Bezug als zu risikoreich ablehnte. Doch in Folge ergaben sich insbesondere für die Industrie Versorgungsprobleme. Die Mengen übernahmen die Landesgesellschaften, also die Gesellschafter der ÖEG und AFG.²⁸³

Trotz des Ausstieges benötigten die Industriebetriebe Oberösterreichs vermehrt Energie, die bereitgestellt werden mussten. Bereits Ende September, also kurz nach Lieferbeginn der Importe, stellte das Unternehmen Steyrer Daimler Puch AG eine Anfrage bzgl. Erdgasversorgung an die AFG. Diese sollte über die Leitung Amstetten-Kronstorf erfolgen mit einer Menge von rund 15,5 Mio. m³ pro Jahr. Die Anlagen (Schmiede, Gusswerke, Dampfzentrale und Walzlagerwerk) wurden mit unterschiedlichen Energien betrieben: eine Flüssiggasanlage in der Schmiede und dem Gusswerk, die anderen Anlagen mit schwerem Heizöl. Im November legte die AFG bereits ein Konzept vor, um Oberösterreich und dessen Unternehmen mit Erdgas versorgen zu können. Die existierende Leitung nach Kronstorf sollte verlängert und bis an die bayerische Grenze verlegt werden. Die Hauptleitung sollte im Besitz der AFG stehen, die wiederum Großkunden versorgt, um das Projekt zu finanzieren. Der Nachschub für kleinere Abnehmer sollte durch die OÖF durchgeführt werden und die dafür erforderlichen Stichleitungen ab Hauptpipeline bauen.

Ein weiteres Standbein der Industrie- und Haushaltsversorgung in Oberösterreich war die Erschließung der eigenen Erdgasfelder durch die RAG, aber auch die ÖMV. Von der

²⁸² Information Betr.: Erdgasversorgung der Österr. Stickstoffwerke-Aktiengesellschaft in Linz, V-Hu/Ho, 14.5.1968; EVN Archiv, 665-201.

²⁸³ Haftungserklärung, Kr/Ma, 20.6.1968; EVN Archiv, 665-201.

RAG wurden Leitungen zwischen Voitsdorf, Eberstallzell, Lindach und Schwanenstadt in Betrieb genommen.²⁸⁴ Die ÖMV hatte Förderkonzessionen in Kematen, Piberbach und Wirmsberg.²⁸⁵

Im November 1968 meldeten zwei weitere Unternehmen aus Oberösterreich Interesse an einer Erdgasumstellung bzw. –versorgung an: die Gmundner Zementfabrik Hans Hatschek und die Chemiefaser Lenzing. Im Vorfeld wurde bereits geprüft, ob eine Umstellung auf Erdgas technologisch und wirtschaftlich überhaupt realisierbar war. Bis dato wurde im Zementwerk ausschließlich Kohlengas verwendet, dessen Rohstoff (Steinkohle) aus dem Ruhrgebiet und Polen stammte. Von der AFG wurde ein Konzept für die Anlieferung und ein Angebot betreffend den Preis gefordert. 1971 fand der Anschluss des Zementwerkes in Gmunden an die Erdgasversorgung statt, in den folgenden Jahren wurden auch den Papierfabriken Steyrermühl und Laakirchen und der Chemiefaser Lenzing Erdgas zugebracht.²⁸⁶

4.3. Importbestrebungen um ausländisches Erdgas

4.3.1. Sahara-Gas Verhandlungen 1960-1966

Die erste Entdeckung von Erdöl- und Erdgasquellen in der Sahara wurde von der Firma CREPS 1954 getätigt. Aufgrund der Entfernung zum Meer (ca. 1.400 km) und des damit, für damalige Verhältnisse zu aufwendigen Transportes scheiterte die Ausbeutung dieser Vorkommen vorerst. Zwei Jahre später spürte die Gesellschaft auch entlang der lybischen Grenze Erdöllagerstätten auf, die u.a. Nassgas enthielten. Ein weiteres Gasfeld wurde in Hassi-Messaoud gefunden, wo jedoch zur ergiebigeren Förderungen des dort vorhandenen Erdöls das Gas in die Lagerstätte zurückgepresst wurde.²⁸⁷ 1956 wurde schließlich die größten Erdgasvorräte im Feld von Hassi R'Mel entdeckt. Die mögliche Produktion wurde auf 20 Milliarden m³ pro Jahr geschätzt. Das Problem, dass sich für europäische Interessenten ergab, bestand darin das Mittelmeer zu überqueren zumal Tiefen bis zu 2.700 Meter überwunden werden mussten.²⁸⁸ Als eine weitere Option wurde die Überquerung des Mittelmeeres mittels Tankerschiffe, die verflüssigtes Gas transportieren sollten, erörtert.

²⁸⁴ Rohöl-Gewinnung AG, Gasverbundsystem Oberösterreich, Februar 1968; EVN Archiv, 665-201.

²⁸⁵ Bruckschwaiger, OÖ. Ferngas 50 Jahre. S. 25.

²⁸⁶ Ebd. S. 26 f.

²⁸⁷ Jean Le Guellec, Das Erdgas in den großen Industrieländern, 25.3.1960, S. 21-22; EVN Archiv, 665-152.

²⁸⁸ Jean Le Guellec, Das Erdgas in den großen Industrieländern, 25.3.1960, S. 23; EVN Archiv, 665-152.

Bereits vor der Gründung des Studienausschusses für die Ferngasversorgung in Österreich erkundigte sich der *Verband für das Gas- und Wasserfach* bei der zuständigen *Semarel*²⁸⁹ nach Gaslieferungen aus der Sahara. Auch nach der Gründungen des besagten Studienausschusses wurden Anfragen nach Paris übermittelt, um zu möglichen Besprechungen eingeladen zu werden. Nach der Bedarfserhebung in Österreich, der mit rund einer Milliarde m³ pro Jahr veranschlagt wurde, lud die französische Gasgesellschaft die Präsidenten des Studienausschusses Anfang Dezember 1961 nach Paris ein, um Gespräche bzgl. des Importes zu führen.²⁹⁰ Von den möglichen Lieferanten wurde eine genaue Auflistung des Verbrauches in Österreich, unterteilt in Industrie und private Verbrauch, verlangt. Da ein gemeinsamer Bezug mit der Schweiz im Raum stand, nahm der Studienausschuss auch Kontakt mit den zuständigen Behörden in Zürich auf.²⁹¹

Am 17. April 1962 reiste der Generalsekretär der *Semarel*, G. de Corval, nach Wien, um mit den Vertretern des Studienausschusses bzgl. eines Importbezuges von *Saharagas* zu verhandeln. Er berichtete, dass zwei Firmen für die Produktion und den Vertrieb in Algerien zuständig seien. Für den Verkauf innerhalb Europas würden COMES und *Gaz de France* verantwortlich sein. Die Querung des Mittelmeeres sollte zwischen Cartagenam und Mostaganem erfolgen und die Anspeisung Österreichs über Süddeutschland. Die französische Gesellschaft wollte im Gegenzug an der Verteilungsgesellschaft in Österreich beteiligt werden und damit vom Verkauf auch innerhalb Österreichs profitieren. Dieselbe Forderung stellte auch die niederländische Firma NAM während der Groningen-Verhandlungen. Falls alle technischen und wirtschaftlichen Gespräche abgeschlossen sein sollten, rechnete man mit dem frühesten Bezug um 1966. Das Ansuchen Österreichs um eine Überbrückung der Zeit bis zu endgültigen Lieferungen wurde von den Franzosen negativ bewertet, da sie die Abnahme von flüssigem Gas ab Triest oder von Kokerei-Gas aus Elsass-Lothringen als zu kostenintensiv und damit unwirtschaftlich einschätzten.²⁹²

Am 18. Juli 1962 kam es zu einer erneuten Besprechung zwischen Frankreich und Österreich, in der hauptsächlich das Problem der Trassenführung debattiert wurde. Es gab

²⁸⁹ Société d'Etude des Marchés Européens du Gaz d'Hassi R'Mel

²⁹⁰ Schreiben Österreichische Ferngasversorgung Studien-Ausschuss an Cercle Touristique Commerciale, Betrifft: Zimmerreservierungen, Abschnitt Comes, Semarel, 24.11.1961; EVN Archiv, 665-152.

²⁹¹ Studiensyndikat für Naturgas an Studien-Ausschuss der Österreichischen Ferngasversorgung, Abschnitt Comes, Semarel, 25.1.1962; EVN Archiv 665-152.

²⁹² Protokoll über die Besprechung mit SEMAREL in Wien am 17.4.1962, Dr.Hu/Schö., Abschnitt Comes, Semarel, 18.4.1962; EVN Archiv 665-152.

derer zwei Möglichkeiten: entweder von Süddeutschland über Linz und weiter nach Amstetten oder über Basel und Zürich nach Vorarlberg und anschließend über Südbayern und Salzburg nach Amstetten. Nach der Gründung der Austria Ferngas, als Weiterentwicklung des Studienausschuss, führte diese die Verhandlungen mit COMES und *Semarel* weiter.

In der 1. und 2. Aufsichtsratssitzung gab es weitere Diskussionen über den Bezug von Erdgas aus der Sahara, konkret aus den Feldern von Hassi R'Mel, die mit einem gesicherten Vorkommen von 100 Mill. m³ veranschlagt wurden. Damit wäre eine jährliche Produktion von 10 Mill. m³ möglich. Auch hier waren, wie bei dem Projekt *Meurogas*, welches einen Import von Erdgas aus dem Nahen Osten vorsah, die Probleme nicht bei der Produktion, sondern bei der Lieferung und den Absatzmärkten zu finden.

Es war eine Erdgas-Leitung von den Feldern bis Algier vorhanden, aber dann ergaben sich für die Versorgung Europas zwei Möglichkeiten für die Überquerung des Mittelmeeres. Entweder wäre eine Leitung gebaut worden, die 200 km von Mostaganem (Algerien) nach Cartagena (Spanien) geführt hätte oder man hätte die nur 20 km breite Meerenge von Gibraltar überwunden. Die zweite Variante hatte allerdings den Nachteil, dass eine 800 km lange Trasse zwischen Algier nach Gibraltar notwendig gewesen wäre.

Insgesamt wäre die Rohrleitung aus der Sahara bis Europa rund 2000 km lang gewesen. Der Betrieb hätte 10 Kompressorstationen benötigt, um den Druck aufrechtzuhalten. Vor der Lieferung hätte erst eine Investition von 15 Mill. Schilling erfolgen müssen. Das erste Angebot der COMES, der Verkaufsgesellschaft des *Saharagases*, belief sich auf 56 Groschen pro Kubikmeter. Das Problem war, dass sich erst nach 25 Jahren eine Amortisierung für Österreich eingestellt hätte, wenn an der französisch-deutschen bzw. französisch-schweizerischen Grenze die Übergabe erfolgt wäre. Um, wie vereinbart, auch die deutschen Gesellschaften versorgen zu können, hätte das Rohrleitungsnetz zusätzlich ausgebaut werden müssen, was weitere Investitionen von Nöten gemacht hätte.²⁹³

COMES erkannte, dass die Projekte *Hollandgas* und *Rivergas* eine Konkurrenz darstellten. Sie bekräftigten, dass die Leitung von Nordafrika nach Spanien bis ins Jahr 1965 fertig sein werde und 1968 auch die Leitung nach Mitteleuropa in Betrieb genommen werden könne. Für Herbst 1962 waren ein Vertragsentwurf und eine

²⁹³ Niederschrift 1. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17.12.1962, 9.1.1963, S.8; EVN-Archiv 665-153.

Kostenauflistung geplant. In der Diskussion des Aufsichtsrates wurde aber bemerkt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung des Projekts eher gering war, da das Unternehmen immer noch nicht wusste, wie sie das Mittelmeer queren sollte.

COMES war immer noch nicht in der Lage, der AFG ein konkretes Preisangebot zu unterbreiten. Die Schwierigkeiten lagen in erster Linie an der politisch schwierigen Lage zwischen Frankreich und Algerien. Der erste Vorschlag beinhaltete eine Verlängerung der Gasleitungen um 2000 Kilometer nach Mailand. Dies hätte die Kosten wiederholt erheblich in die Höhe getrieben. Hinzu kam, dass zwischen Algerien und Marokko die politische Lage wegen Grenzstreitigkeiten angespannt war. Erneut wurde festgestellt, dass eine baldige Realisierung des Projektes nicht in Sicht sei.²⁹⁴ Im folgenden Jahr gab es keine weiteren Fortschritte der Verhandlungen, da die Differenzen zwischen Algerien und Frankreich andauerten.

Nach dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich hielt die regierende Partei Algeriens „Front de Libération Nationale“ lange an staatlicher Planwirtschaft fest. So wurde 1963 eine Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasquellen durchgeführt und das bis heute bestehende Unternehmen *Sonatrach* gegründet. Ab nun verhandelte die AFG mit *Sonatrach*.²⁹⁵

Mit Algerien wurde vereinbart, dass die Transportkosten in Afrika und die in Europa sowie die Konkurrenzpreise studiert werden sollten. Zum Beispiel gab die AFG eine Kostenschätzung für das rivalisierende Projekt *Rivergas* in Auftrag. *Sonatrach* musste die Kosten erst prüfen und die Ergebnisse würden in ungefähr zwei Monaten vorliegen.

Von höchster Wichtigkeit war der Transport des Gases über das Mittelmeer. Die Transportlizenzvergabe wurde von einer amerikanischen Firma erteilt (*Columbia Gas Systems*). Nun beauftragten alle europäischen Konsumenten die französische Gasgesellschaft *Gaz de France*, im Namen aller Kunden, Verhandlungen über den Erhalt der Transportlizenz zu führen. Doch in Folge kam es wegen politischer Probleme zwischen Frankreich und Algerien erneut zu Rückschlägen im Projektverlauf *Saharagas*. Ein amerikanischer Investor *El Paso Natural Gas* hatte sich von seinen französischen Partnern getrennt und separat mit der algerischen Regierung ein Abkommen geschlossen.

²⁹⁴ Niederschrift 4. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 5.12.1963, Dr. Hu/Mü, 27.12.1963; EVN-Archiv, 665-153.

²⁹⁵ Siehe auch: <<http://www.sonatrach.com/en/elements-histoire.html>> (12.10.2012)

Dieser Vertrag erlaubte den Amerikanern die Ausbeutung des Erdgases gemeinsam mit der algerische Gesellschaft *Sonatrach* vorzunehmen. Weiters hatte die amerikanische Firma *Bechtel* ein baureifes Projekt „zur Heranbringung von verflüssigtem Erdgas an die italienische Mittelmeerküste“ ausgearbeitet.²⁹⁶ Durch Garantien der algerischen Regierung gegenüber den Amerikanern, war *El Paso* gewillt, Investitionen vorzunehmen. Auch gegenüber den Abnehmern war Algerien geneigt, Liefergarantien zu übernehmen. Der Preis setzte sich je nach Abnahmemengen zusammen. Um einen günstigen Preis zu erhalten, mussten also so viele Abnehmer wie möglich gemeinsam beziehen (Schweiz, Italien, Deutschland und Österreich). Allerdings war die Bundesrepublik Deutschland an algerischem Erdgas nicht interessiert: Erstens wegen ausreichender eigener Produktion und zweitens weil sich die Verhandlungen über einen Gasbezug aus Holland als vielversprechender erwiesen. So musste die AFG andere Partner finden, um das Projekt *Saharagas* umsetzen zu können. In Aussicht waren die ČSSR oder Jugoslawien.

Die ČSSR und Jugoslawien hatten dem Projekt zugestimmt und überlegten gemeinsam mit Österreich den Import von Erdgas. Sowohl technisch als auch rechtlich-wirtschaftlich konnte eine Übereinkunft getroffen werden. Sie stellten eine gemeinsame Anfrage an *Sonatrach*, das Angebot wurde im Juli 1965 erwartet. Die Verträge hingen aber auch von einer gütlichen politischen Einigung zwischen Frankreich und Algerien ab.

Weiters wurde von *CONCH Methane Services Limited* ein Angebot für die Lieferung von nigerianischem Erdgas unterbreitet. Insgesamt standen 3 Milliarden m³ zur Verfügung, wobei 1,5 Milliarden m³ für Österreich in Frage kamen. Der Preis gründete auf der jährlichen Gasmenge und der Vertragsdauer (15 oder 20 Jahre). Allerdings forderte CONCH ein Exklusivmandat von der AFG für die Dauer von 12 Monaten, welches die AFG unter keinen Umständen abgeben wollte, da andere Verhandlungen u.a. mit Holland und der UdSSR etc. im Gange waren. Die Preisabsprachen fielen nicht so aus wie erhofft, da *Sonatrach* auf einem bestimmten Preis ab Koper beharrte, den aber die Abnehmer Österreich, die ČSSR und Jugoslawien ablehnten. Über den Preis wurde bis 1966 weiterverhandelt, allerdings setzte die AFG zu diesem Zeitpunkt schon auf andere Lieferanten.

²⁹⁶ Niederschrift 7. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17.12.1964, , Dr. Ha, 21.12.1964, S.3; EVN-Archiv, 665-153.

Ein Jahr später, im Dezember 1967, reiste Machou von der Firma *Sonatrach* nach München, um die zum Erliegen gekommenen Verhandlungsgespräche wieder aufzunehmen. Die AFG verwies auf die damals laufenden Gründungsgespräche bezüglich der *Österreichische Erdgaswirtschafts Gesellschaft* (ÖEG) und der damit verbundenen Einigung mit der ÖMV für die Importe. Diese innenpolitischen Verhandlungen waren für die AFG von Priorität. Weiters wurde von der österreichischen Ferngasgesellschaft der Wunsch nach Bezahlung des Erdgases mit Waren (Material für Pipelines, Verflüssigungs- und Hafenanlagen) in den Raum gestellt. Ein heikles Thema waren die Parallelbesprechungen der *Sonatrach* mit der ÖMV, da sich Machou weigerte, Auskünfte über diese zu erteilen.²⁹⁷ Diese Verhandlungen wurden nach Abschluss des Vertrages mit der UdSSR weitergeführt und fanden 1973 einen Abschluss, als mit sieben europäischen Gasgesellschaften ein Vertrag über den Import von Erdgas aus Algerien mit der Firma *Sonatrach* geschlossen wurde. Die Bezugsmenge belief sich auf 15,5 Nm³ pro Jahr mit einer Laufzeit von 20 Jahren.²⁹⁸

4.3.2. Verhandlungen mit Holland – Groningen Gasfeld

Eine weitere Möglichkeit war der Bezug von Erdgas aus Holland. In der Nähe der deutsch-holländischen Grenze wurden Erdgasvorkommen entdeckt (Groningen), deren Gesamtvolumen auf 400-600 Mill. m³ geschätzt wurde. Im Juni 1962 gab der Studienausschuss Interesse an einem Erdgasbezug aus den kürzlich entdeckten Feldern in Holland bekannt. Bei der Realisierung dieses Projektes wurde eine gemeinsame Leitung mit der *Gasversorgung Süddeutschlands* (GVS) angestrebt. Damit wäre nur eine Verbindungspipeline von Holland nach Karlsruhe von Nöten.²⁹⁹ Die zuständige Behörde in Holland *Staatsgasbedrijf* lehnte Verhandlungen aber aufgrund von organisatorischen Änderungen (Gründung einer Exportgesellschaft) ab und verwies auf eine mögliche Verwirklichung des Plans frühestens Mitte 1963.³⁰⁰ Bereits am 26. Juli 1962 stand fest, dass die Förderung des Erdgases von der Niederländische Erdölgesellschaft *Nederlandse Aardolie Maatschappij BV* (NAM) vorgenommen werden sollte. Außerdem meldeten sich immer mehr Länder, die einen Erdgasbezug anstrebten, u.a. Großbritannien, Frankreich,

²⁹⁷ Aktenvermerk, Kr/Ma, 19.12.1967; EVN Archiv, 665-201.

²⁹⁸ Austria Ferngas GesmbH Wien Geschäftsbericht 1973, Bericht über das Geschäftsjahr 1973, I. Tätigkeitsbericht A) Import von Erdgas aus Algerien, S.1; EVN Archiv, 829.

²⁹⁹ Titl. Staatsgasbedrijf, Betr.: Erdgasimport, Hu/F, 15.6.1962. Abschnitt Holland. 15.6.1962. EVN Archiv, 665-152.

³⁰⁰ Schreiben Staatsgasbedrijf an den Studien Ausschuss Österreichische Ferngasversorgung, Hu/F, Abschnitt Holland, 17.7.1962; EVN Archiv 665-152.

Belgien und die BRD. Die dringendst zu klärende Frage war, wie das Transportleitungsnetz ausgehend von den Groningen-Feldern gelegt und finanziert werden sollte. Mit der Gründung der AFG ging das Verhandlungsmandat für Österreich auf diese über.

Aufgrund der großen Menge, die in diesen Feldern exploriert wurde, hätte Österreich die benötigte Menge von acht Millionen m³ erhalten können. 1962 beschloss die niederländische Regierung grundsätzlich Erdgas zu exportieren, allerdings wollten die Niederlande vorerst nur nach Belgien, England und Nordfrankreich liefern. Aufgrund der frühen Bekanntgabe Österreichs auch an einem Erdgasimport interessiert zu sein, wurde die Trassenlänge von den Groningen-Feldern bis zur Anschlussstelle Amstetten berechnet, die rund 1000 km betragen hätte. Die AFG schätzte, dass die ersten niederländischen Angebote im Frühjahr 1963 erfolgen wären.

Der Generaldirektor der NAM, die sich für die Gasförderung und –verteilung verantwortlich zeigte, war 1963 in Wien zu Besuch. SHELL und ESSO waren an der niederländischen Gesellschaft zu je 50% beteiligt. Zu der Zeit bestand keine Möglichkeit von Gaslieferungen nach Österreich, da der Eigenbedarf und die Exporte nach Frankreich, Belgien und England die vorhandenen Mengen zur Gänze in Anspruch nahmen und von erster Priorität waren. Eine Möglichkeit für den Export nach Österreich wäre nur mit einer Erhöhung der Produktion realisierbar gewesen. Die Holländer wollten in Eigenregie den Leitungsbau übernehmen. Die AFG bestand allerdings auf eine Beteiligung, da der Gaspreis deutlich höher ausfallen würde (Gaspreis und Transportkosten), wenn ausschließlich der Produzent die Leitung baute. In der Fachpresse waren die sicheren Vorkommen bereits mit 1000 Millionen m³ bezeichnet worden, womit es die gleiche Größe wie das Sahara-Vorkommen besaß. Ein Preis war noch nicht genannt bzw. vereinbart worden, allerdings gab es bereits erste Schätzungen mit rund 50 Groschen pro Kubikmeter.

Die Mineralölkonzerne ESSO und SHELL waren die Hauptgesellschafter der Exportorganisation NAM. Sie bildeten eine eigene Transportgesellschaft, die den Transport in Europa übernehmen sollte. Die NAM forderte von den Importländern eine Beteiligung am Transport und an den Verkaufsgesellschaften. Die AFG wies diese

Wünsche ab. In Österreich war eine Beteiligung an den öffentlich geführten Verkaufsunternehmen unmöglich.³⁰¹

Der Aufsichtsrat der AFG fürchtete um einen kompletten Ausschluss von den holländischen Gaslieferungen, wenn man eine Beteiligung der NAM an der Verkaufsgesellschaft verwehrte. Im Jahr 1964 fanden keine weiteren Gespräche statt, da die NAM an ihren Forderungen festhielt. Sie beanspruchten einen 51-prozentigen Anteil an der Hauptleitung und eine Beteiligung bei der Verteilung des Erdgases in Österreich. Die Gasgesellschaften in Deutschland und der Schweiz lehnten diese Forderungen ebenfalls ab. Die NAM zeigte sich im Folgenden wegen des Druckes und vor allem wegen großer Erdgasfunde in Norddeutschland etwas nachgiebiger. Trotzdem wurden bis dato weder Preise noch andere Konditionen genannt.

1965 war die NAM bereit, an jede Gasverkaufsgesellschaft in Österreich zu liefern, ohne auf einem gemeinsamen Vertrieb zu bestehen. Auch die Majoritätsbeteiligung bei der Transportleitung wurde fallengelassen. Allerdings hätten die Verhandlungen erst beginnen können, wenn die Gasförderung höher ausgefallen wäre. Gegen Ende des Jahres 1965 gab es keine Kontakte mehr zwischen Österreich und NAM. Allerdings hatte NAM mit der *Gasunion* (GU) und *Gasversorgung Süddeutschland* (GVS) und mit der *Ruhrgas* Verträge abgeschlossen. Österreich nahm Kontakt mit Bayern auf, um eventuelle Lieferungen zu erhalten. NAM führte ein Jahr später harte Preisgespräche mit GVS und GU, um den Vorvertrag in einen Endvertrag umzuwandeln. Allerdings wollte die NAM nicht noch zusätzlich nach Bayern und Österreich liefern, da das Exportkontingent aufgrund der Vertragsabschlüsse mit Frankreich und Deutschland bereits erschöpft war.

4.3.3. *Meurogas*

1961 wurde in Washington über eine Gründung eines deutsch-amerikanischen Konsortiums zur Förderung von Erdgas aus dem Nahen Osten (persischer Golf, Kaspisches Meer) über zwei mögliche Trassenführungen nach England diskutiert.³⁰² In diesen Besprechungen wurde auch der Studien-Ausschuss zur Ferngasversorgung in Österreich eingebunden, der für die Durchleitung des Gases durch Österreich einen gewissen Bezug forderte. Zwecks dieses Vorhabens wurde die Gesellschaft *Meurogas*

³⁰¹ Niederschrift 5. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 2.4.1964, Dr. Hu/Ka, 20.4.1964, S. 4-5; EVN-Archiv, 665-153.

³⁰² 1. Türkei, Griechenland Jugoslawien oder 2. Italien. weiter jeweils über Österreich, Deutschland, Belgien, Holland nach England.

gegründet. Mit der Gaz de France wurde ein Memorandum aufgesetzt, um einen Konkurrenzkampf der beiden Projekte *Rivergas* und *Meurogas* zu vermeiden. Man einigte sich auf den Bau eines europäischen Verteilernetzes, das von beiden Gesellschaften für ihre Exporte beansprucht werden konnte.³⁰³

Im März 1962 machten Presseberichte die Runde, in denen von der Beendigung des Projektes *Meurogas*, aufgrund des Abspringens der englischen und kanadischen Investoren gesprochen wurde.³⁰⁴ Diese Gerüchte wurden allerdings von amerikanischer Seite dementiert bzw. wurde erklärt, dass sich andere Investoren für das Vorhaben gemeldet hätten. Die längste bis dato existierende Pipeline von 4. 400 km sollte gebaut werden.

Eine amerikanische Unternehmensgruppe bemühte sich, das in den Ölfeldern von Kuwait und Saudi-Arabien gelagerte, ungenützte Erdgas nach Europa zu liefern. Die vorhandenen Mengen wurden mit bis zu 1000 Millionen m³ beziffert. Damit wäre ein Jahresabsatz von 10 Millionen m³ möglich gewesen. Es sollten ein asiatischer und einen europäischer Teil der Leitungen gebaut werden. Die Route würde über den Persischen Golf nach Istanbul und dann von Istanbul nach Belgien verlaufen und eine Gesamtrassenlänge von 4.400 km aufweisen.

Aus technischer Sicht wäre dieses Leitungsprojekt trotz enormer Länge leichter umzusetzen gewesen als die Mittelmeerquerung der nordafrikanischen Projekte. Allerdings ergaben sich im Nahen Osten wegen der Durchquerung vieler, teilweise politisch-instabiler Länder, Schwierigkeiten. Außerdem unterstützten die USA das Projekt nicht. Im Endeffekt war der hohe Preis (59 Groschen/m³) schließlich dafür ausschlaggebend, dass das Projekt von der Austria Ferngas abgelehnt wurde.³⁰⁵

Bereits in der 3. Aufsichtsratssitzung wurde bekannt gegeben, dass seitens *Meurogas* keinerlei Aktivität in Österreich entwickelt worden war. Außerdem waren die

³⁰³ Gedächtnisprotokoll über eine Aussprache mit Mr. E.D.F. Whitehead und Dr. K. Pitkowitz, am 17.1.1962 in Wien, Abschnitt *Meurogas*, 17.1.1962; EVN Archiv, 665-152.

³⁰⁴ Abschrift aus Erdöldienst Nr. 27 vom 6. März 1962, Abschnitt *Meurogas*; EVN Archiv, 665-152.

³⁰⁵ Niederschrift 1. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17.12.1962, 9.1.1963, S.8-9; EVN-Archiv, 665-153.

Finanzierung der Leitungen und die Gasbezugsmöglichkeiten fraglich. Damit wurde von keiner Umsetzung des Projekts *Meurogas* ausgegangen.³⁰⁶

Im Frühjahr 1964 bestand weiterhin, keine die Möglichkeit eines Gasbezuges, noch konnten die Gasleitungen im Nahen Osten finanziert werden. Außerdem überlegte *Meurogas*, das Gas zu verflüssigen und nach Italien zu transportieren, was den Gaspreis nochmals erheblich erhöht hätte, da Anlagen zur Ver- und Entflüssigung notwendig geworden waren. Das Projekt wurde seitens der Österreicher noch im selben Jahr ad acta gelegt.³⁰⁷

4.3.4. *Rivergas*

In der Aufsichtsratssitzung vom Juli 1963 wurde erstmals auch der Bezug von *Rivergas* in die Diskussion um mögliche Lieferanten aufgenommen. Der Produzent war ein französisch-amerikanisches Konsortium, das nordafrikanisches Erdgas zu mehreren Konsumenten in Deutschland, Österreich und Italien liefern wollte. Die Überquerung des Mittelmeeres sollte mittels Schiffen stattfinden. Das Gas liege dann entweder in flüssigem oder festem Aggregatzustand vor. Allerdings hielt die Firma *Rivergas* die Umwandlungsform, also flüssig oder fest, geheim und somit ergaben sich Schwierigkeiten bei den Verhandlungen. Der Transport von La Spezia (Nord-West-Italien) nach Ulm sollte in drei Zonen realisiert werden: Zone I für Italien, Zone II für die Schweiz, Zone III für Deutschland und Österreich.

Die AFG ging von einem Erdgaspreis von 50 Groschen pro m³ aus, aufgerechnet für die Strecke Ulm – Österreich. Die Transportkosten von La Spezia nach Ulm bzw. aus Nordafrika nach La Spezia standen noch nicht fest. Währenddessen wurde an einer gemeinsamen West-Ost-Verbrauchsschiene gearbeitet, von Saarbrücken nach Österreich, die bei allen drei möglichen Gasimporten, *Rivergas* aus dem Süden, *Hollandgas* aus dem Norden und *Saharagas* aus dem Westen, benützt werden könnte.³⁰⁸

Beim nächsten Zusammentreffen der AFG wurden bereits technische Projektarbeiten für die Leitung La Spezia-Ulm durchgeführt. Die Berechnung der Transportkosten belief

³⁰⁶ Niederschrift 1. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17.12.1962, 9.1.1963, S.8-9; EVN-Archiv, 665-153.

³⁰⁷ Niederschrift 1. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17.12.1962, 9.1.1963, S.8-9; EVN-Archiv, 665-153.

³⁰⁸ Niederschrift 3. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 1.7.1963, 10.1.1963, S.4-6; EVN-Archiv, 665-153.

sich auf eine Investitionssumme von 1,65 Mrd. Schilling seitens Österreichs. Die Leitung wäre auf eine Kapazität von 4,3 Mill. m³/Jahr ausgelegt. Mit zwei weitere Kompressorstationen hätte die Kapazität auf 8 Mill. m³ pro Jahr gesteigert werden können.

Doch bereits ein Jahr später stockten die Verhandlungen. Es gab keine Fortschritte seit der 4. Aufsichtsratssitzung, da sich die französische und die algerische Regierung wegen des Beteiligungsverhältnisses nicht einigen konnten. Der algerische Staat beanspruchte eine 51-prozentige Beteiligung bei der Ausbeutung der Gasvorkommen. Allerdings hoffte man, dass die Verhandlungen in ein paar Monaten abgeschlossen sein würden. Außerdem dachte der AFG-Aufsichtsrat über eine Zusammenarbeit mit der italienischen Firma ENI nach, da in welchem Falle auch immer (Holland oder Sahara) ein enges europäisches Transportnetz von Vorteil gewesen wäre.³⁰⁹

Auch dieses Projekt wurde im Zuge der Algerien-Frankreich-Unruhen und des anschließenden Unabhängigkeitskrieges nicht umgesetzt. In den Akten sind keine weiteren Korrespondenzen oder Verhandlungen zu finden.

4.3.5. Libyen

Die Gespräche über den Import von lybischem Gas zogen sich nur über zwei Aufsichtsratssitzungen der AFG. Im Dezember 1964 kam das Thema auf. In Libyen war die Erdgasproduktion mit der Ölförderung verbunden. Viele europäische Gesellschaften besaßen hier Konzessionen, u.a. auch ESSO. ESSO hatte mit der italienischen Firma ENI einen Erdgaslieferungsvertrag in der Höhe von 5 Mrd. m³/pro Jahr geschlossen. Hier stießen allerdings unterschiedliche Interessen aufeinander: So sollte ESSO mit ENI nur einen Teil von Südeuropa beliefern, um nicht mit *Hollandgas* (Beteiligung ESSO) zu konkurrieren. Wegen dieses Vertrages strebte Libyen eine Pipeline nicht über Italien, sondern über Jugoslawien an. Nur so wären auch für Österreich Gaslieferungen aus Libyen möglich gewesen.

³⁰⁹ Niederschrift 5. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 2.4.1964, Dr.Hu/Ka, 20.4.1964, S.3-4; EVN-Archiv, 665-153.

Zu dieser Zeit verhandelte Libyen außer mit ESSO nur mit der AFG, somit war die AFG in diesen Verhandlungen für die mitteleuropäischen Gasgesellschaften federführend.³¹⁰ Diese sehr vielversprechende Ausgangslage wurde aufgrund der Auflösung des libyschen Parlaments nicht fortgeführt. Dadurch waren die Verhandlungen schwierig und zwischenzeitlich zum Erliegen gekommen.³¹¹ 1965 wurden die Gespräche nicht fortgesetzt und das Projekt als nicht umsetzbar abgetan. Das Land befand sich im Umbruch. Bereits vier Jahre später kam es zum Putsch durch Offiziere der Armee unter der Führung von Muammar al-Gaddafi.

4.3.6. Nigeria

1960 wurde das Land an der Westküste Afrikas von der Kolonialmacht Großbritannien unabhängig und erhielt eine föderale Verfassung. Es besitzt eines der größten Erdöl- und Erdgasvorkommen der Welt, so dass der Bezug von der AFG 1966 ebenfalls ins Auge gefasst wurde. Nach den Akten zu urteilen ist es interessant, dass auf eine Verzögerung des Projektes aufgrund der bevorstehenden Wahl in England hingewiesen wurde. Das englische Energieministerium traf zu dieser Zeit keine Entscheidung über den Import von nigerianischem Erdgas.³¹² Trotz der Unabhängigkeit Nigerias musste eine Erlaubnis vom britischen Energieministerium eingeholt werden, da insbesondere englische Firmen wie Shell-BP an der Exploration beteiligt waren. Die Schwierigkeit des Projektes bestand darin, dass das Gas in flüssigem Zustand geliefert werden musste, da eine transregionale Leitung nicht realisierbar war. Da die Erfahrungen mit Ver- und Entflüssigung von Gas gering waren, ließ die AFG eine „Studie über den Import von LNG³¹³ aus *Nigerien*“ anfertigen. Es wurden Verhandlungen mit *CONCH Methane Services Limited* geführt, welche ein Angebot über die Lieferung von nigerianischem Erdgas in verflüssigter Form nach Österreich vorbrachten. Dabei wurde ein 15-jähriger Vertrag von jährlich 1,5 Mio. nm³ bei 15°C um ca. 5 Groschen ins Auge gefasst. Bei Verlängerung der Vertragsdauer um 5 Jahre wäre der Gaspreis geringer ausgefallen.

Der Transport ab der Verflüssigungsstation in Koper (Jugoslawien) wäre via Fernleitung mit einer Länge von 505 km über Laibach, Marburg, Graz, Bruck an der Mur, Liezen

³¹⁰ Niederschrift 7. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17. 12.1964, Dr.Hu, 21.12.1964, S.3-4; EVN-Archiv, 665-153.

³¹¹ Niederschrift 8. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 22.4.1965, Dr.Hu/Ho, 23.4.1965, S.4; EVN-Archiv, 665-153.

³¹² Niederschrift 12. Aufsichtsratssitzung der Austria Ferngas GmbH am 17.3.1966, Dr.Hu/Fx, 17.3.1966, S.5; EVN-Archiv, 665-153.

³¹³ liquefied natural gas= Flüssigerdgas

nach Kronstorf erfolgt. Bei Bruck an der Mur hätte sich die Leitung gespalten und ein zweiter Arm über den Semmering nach Wiener Neustadt geführt. Diese Projekt wurde nicht realisiert und die Gespräche im Jahr 1965 nicht fortgesetzt.

4.4. Die Verhandlungen mit der UdSSR 1964-1968

Das Inlandgas reichte für den steigenden Bedarf nicht mehr aus und es herrschte ab 1967 ein akuter Lieferengpass. Darum wurde nach einer kurzfristigen Bezugsquelle gesucht. Die ÖMV schloss auf Initiative der AFG mit der Firma *Metalimex* (ČSSR) einen Erdgasliefervertrag über 340 mio³ auf die Dauer von drei Jahren ab. Die Zustellung aus dem slowakischen Teil des Erdgasfeldes Zwerndorf-Vysoka des Erdgases erfolgte ab 1.5.1968. Praktisch durfte die ÖMV in Zwerndorf die ausgemachte Menge abpumpen.³¹⁴ Der Lieferabschluss kann als Testlauf für den „großen“ Vertrag 1968 gewertet werden. Die ÖMV trat als Importeur und Verhandlungspartner nach außen auf, die AFG besaß Mitspracherecht und war für die Zuteilung an die Landesgesellschaften verantwortlich. Außerdem verpflichtete sich die AFG, tschechoslowakische Koks und Kohle in bestimmten Mengen abzunehmen. Die LFG (NIOGAS, Steirische Ferngas, WStW) erhielten schließlich jeweils ein Drittel der Erdgasimporte, überdies gab die AFG die Koks- bzw. Kohleabnahmeverpflichtung an die Gesellschafter weiter. Bis Jahresende 1968 wurde eine Menge von 60 Nm³ von der AFG übernommen und weitergegeben.³¹⁵

Die ČSSR erwies sich insofern als interessant, da sie zum einen als kommunistischer „Bruderstaat“ der Sowjetunion anzusehen war und damit (fast) kein Hindernis bei den sowjetisch-österreichischen Verhandlungen darstellte. Bereits 1965 wurde vom Handelsattaché der österreichischen Botschaft in Moskau hervorgehoben, dass die Sowjetunion vermutlich ein Drittel der weltweiten Erdgasreserven auf seinem Territorium vereinigt.

Auch andere Länder, laut sowjetischer Seite zehn westliche Staaten (u.a. Frankreich und Westdeutschland) bemühten sich um die Aufnahme von Importgesprächen. Der erste Handelskontakt zwischen Österreich und der Sowjetunion erfolgte 1964, Verhandlungen vor 1963 waren unmöglich. Überhaupt sind Erdgaslieferungen ins Ausland vor 1964 von den Sowjets nicht in Erwägung gezogen worden. Dies änderte sich aber aufgrund der

³¹⁴ The Petroleum Publishing Co., International Petroleum Encyclopedia 1968, (Tusla/Oklahoma 1967) S. 123.

³¹⁵ Austria Ferngas Ges.m.b.H. Wien Geschäftsbericht 1968, Bericht über das Geschäftsjahr 1968, I. Tätigkeitsbericht, 2) Importliefervertrag aus der CSSR, S. 2-3; EVN Archiv, 829.

offensichtlichen Interessenbekundung des Westens an den Energiequellen. Für Österreich waren wirtschaftliche Kontakte mit der UdSSR von besonderer Bedeutung, da schon in den Jahren 1962 und 1963 eine positive Handelsbilanz Österreichs zu verzeichnen war.

Um den Erdgasmarkt in Österreich bzw. um den Erdgasimport bemühten sich zahlreiche Gesellschaften bzw. Organisationen: die AFG, die ÖMV, der Fachverband der Gaswirtschaft (Präsident Dipl. Ing. Klement war zugleich Geschäftsführer der AFG) und die Österreichische Pipeline-Studiengesellschaft (ÖPL). Die letztgenannte Studiengesellschaft wurde auf Veranlassung von Bundeskanzler Raab 1960 gegründet und hatte als vorrangiges Geschäftsfeld die Errichtung von Erdölleitungen, Raffinerien und petrochemischen Werken. „Später wurde auch das Studium der Möglichkeiten und Zweckmäßigkeit der Einfuhr ausländischen Erdgases und der Errichtung von Erdgasleitungen in den Gegenstand des Unternehmens aufgenommen.“³¹⁶ Zu den Gesellschaftern des Unternehmens gehörten der Creditanstalt-Bankverein, die Österreichische Länderbank AG, die Österreichische Credit-Institut AG, die Österreichische Mineralölverwaltung AG und das Bankhaus Schoeller & Co. Allen Unternehmen war die Wichtigkeit der Importe für das Wachstum der Wirtschaft bewusst, aber natürlich auch, dass ein Abschluss profitabel für die jeweilige Gesellschaft sein könnte.

4.4.1. ÖMV-AFG

Zwischen ÖMV und AFG kam es zu Konkurrenzauseinandersetzungen bzgl. des Führungsanspruches bei den Verhandlungen, denn beide forcierten eine Gaslieferpriorität. Bei der ÖMV wurden zeitweise die Verhandlungsbestreben der AFG gänzlich ignoriert.

Seit 1964 bemühte sich die AFG um Aufnahme von Gesprächen über den österreichischen Handelsdelegierten in Moskau, war aber zunächst erfolglos. Ein Jahr später wurde die Möglichkeit, russisches Erdgas zu beziehen, als unwahrscheinlich angesehen. 1966 trat schließlich eine sowjetische Delegation an die Austria Ferngas heran, somit wurde das Projekt wieder relevant. Parallel schaltete sich die ÖMV in Verhandlungen ein, insbesondere ab 1966 mit dem sowjetischen Gasministerium.

³¹⁶ 25 Jahre Austria Ferngas Ges.m.b.H 1962-1987. (Wien 1987) Kapitel 2 Energie- und wirtschaftspolitische Fakten. Brief vom 9. Dezember 1966.

Angestrebt wurden Gaslieferungen mit bis zu 800 Mio. m³ pro Jahr ab 1967 mit Steigerungsmöglichkeiten auf 1,5 Mia. m³.

Am 24. Oktober 1966 stellte die AFG ein Ansuchen an den Vizepräsidenten Shvechkov von *Sojusnefteexport*, in welchem sie einen Zwischenhändler wie die ÖMV aufgrund schlechterer Preisentwicklung ablehnte. Die AFG beabsichtigte als alleiniger Importeur ab 1967 500 Nm³ Erdgas von der slowakisch-österreichischen Grenze an zu beziehen, mit einem Preis von 16 US-Dollar pro 1000 Nm³. Indessen wurden sämtliche anderen Erdgasimportprojekte weiterhin von der AFG geführt. Besonders der Bezug aus Algerien und den Niederlanden erschien vielversprechend.

Ab 1967 wurde von seitens der Politik, aber auch den Landesferngasgesellschaften, die Gründung einer Dachgesellschaft gefordert, die ÖMV und AFG vereinten und damit ein gemeinsames Auftreten in den Importverhandlungen ermöglichen würde. Schon im Vorfeld wurden Forderungen seitens der *Österreichischen Pipeline-Studiengesellschaft* nach einem gemeinsamen Vorgehen laut, um gaswirtschaftliche Nachteile zu verhindern und einen optimalen Erfolg für Österreich zu erzielen.

Doch die Probleme zwischen AFG und ÖMV waren noch lange nicht geklärt. So wurde ein Papier abgefasst,³¹⁷ in dem Anschuldigungen der ÖMV gegen die AFG vorgebracht wurden. Die Rede war von Hineindrängen der AFG ins Russlandprojekt in der Schlussphase der Verhandlungen, über unrealistische Kostenkalkulationen bzgl. des algerischen Erdgasbezuges bis hin zum Nicht-Vorhandensein der nötigen Mittel für Investitionen beim Erdgasimport.

Die AFG widersprach diesen Vorwürfen: Zu Punkt 1 der Beschwerde hatte sie den von russischen Stellen bestätigten ersten Kontakt bezüglich des Erdgasimportes im März 1964 vorzuweisen. Die Diskussion um falsche Kostenkalkulation für den Transport von algerischem Erdgas konnte die AFG mit einer detaillierten Kostenaufstellung der Transportkostenrechnung ausräumen. Die Mittel für den Bau einer Pipeline wollte die AFG zu drei Viertel durch Fremdmittel und zu einem Viertel mit Eigenmitteln finanzieren, was international üblich war. Außerdem gab die AFG zu bedenken, dass die Finanzierung der Pipeline durch Österreich bis Italien mit einem Volumen von 2,5 Mia.

³¹⁷ Probleme zwischen ÖMV und AFG. Dr.Hu/Ho, EVN Archiv 665-201.

Schilling sowieso nicht von einer Firma, sondern nur mittels einer internationalen Beteiligung finanziert werden könnte.³¹⁸

Im Jänner 1967 arbeitete die ÖMV Vorschläge aus, welche Aufgaben die angestrebte Dachgesellschaft übernehmen sollte:

- Import, Übernahme und Verteilung von ausländischem Erdgas
- Bau und Betrieb einer internationalen Erdgaspipeline, um andere Länder mit russischem Erdgas zu versorgen.
- Übergabe der Bedarfsmenge Österreichs an die ÖMV zum Verkauf.³¹⁹

Auch die AFG legte Vorschläge zur Gründung einer gemeinsamen Dachgesellschaft vor, deckungsgleich mit dem Entwurf der ÖMV bis darauf, dass nicht die ÖMV, sondern die Landesgesellschaften die Verteilung und den Verkauf übernehmen sollten. Die ÖMV sollte allein Speicherung, Transport und Ausgleichsaufgaben übernehmen.³²⁰ Die Bundesländer und ihre Vertreter setzten ebenfalls ein Dokument auf, welche Tätigkeiten die neue Gesellschaft ihrer Meinung nach aufgreifen sollte. Dieses Dokument wiederum ähnelte den AFG-Forderungen, erweiterte dies aber auch um die Möglichkeit eines selbstständigen Importes der einzelnen Landesgesellschaften.³²¹ Doch die ÖMV wollte erstens einen Majoritätsanspruch (90%) an der zu gründenden Gesellschaft und zweitens unbedingt als Zwischenhändler für die übergeordnete Dachgesellschaft und die Landesgesellschaften auftreten. Nun legten auch die Ferngasgesellschaften der österreichischen Bundesländer ein Memorandum vor, das ihre Auffassung vom Import von Erdgas und der dazugehörigen Dachgesellschaft widerspiegelte. Sie lehnten die Zwischenhändlerrolle der ÖMV ab. Laut ihnen sollte die ÖMV mit 49-prozentiger Beteiligung an der Dachgesellschaft teilhaben und für die Speicherung und den Ausgleich (Tages- und Jahreszeiten) zuständig sein.³²² Nun brach die ÖMV sämtliche Verhandlungen bzgl. der Gesellschaft ab und schickte entgegen ihrer Zusage vom Juli 1967 eine Delegation nach Moskau - ohne einen Vertreter der AFG oder LFG. Damit

³¹⁸ Probleme zwischen ÖMV und AFG. Dr.Hu/Ho, EVN Archiv 665-201.

³¹⁹ Vorschläge zur Gründung einer Dachgesellschaft-Aufgaben, Anhang zum Schreiben Staatssekretär Josef Taus an die Austria Ferngas G.m.b.H., St-226/67-F., 16.1.1967; EVN-Archiv 665-110

³²⁰ Schreiben Staatssekretär Josef Taus an die Austria Ferngas G.m.b.H., St-226/67-F., 16.1.1967; EVN-Archiv 665-110.

³²¹ Grundsätze der Bundesländer für die Gründung einer Erdgasimportdachgesellschaft, 2. 2. 1967; EVN-Archiv, 665-110.

³²² Memorandum der Ferngasgesellschaften der österreichischen Bundesländer. Dr. Hu/Ho, 27.2.1967; EVN-Archiv, 665-110.

wurden jegliche weiteren Besprechungen abgesagt und die Bundesregierung zu Klärung der Auseinandersetzung eingeschaltet.³²³ Staatssekretär Dr. Taus versuchte zu vermitteln. Von Seiten der Landesgesellschaften wurde in einem Memorandum festgehalten, dass die ÖMV in den letzten Jahren durchaus erfolgreich mit den LFG zusammengearbeitet hatte. Die ÖMV war für die Produktion heimischen Erdgases zuständig und gliederte sich durch vermehrte Abgabe oder Speicherung die Verbrauchsschwankungen aus, während die LFG mittels ihres Leitungsnetzes die Kunden versorgten. Doch die LFG lehnten einen funktionslosen Zwischenhandel mit einer unkontrollierbaren Gewinnrate der ÖMV ab, da dies eine Monopolstellung der ÖMV am Erdgasmarkt nach sich gezogen hätte. Falls die ÖMV alleine importieren würde, müssten sich die LFG einem Preisedikt unterwerfen, was sie naturgemäß ablehnten. Außerdem wurde angesichts der schwierigen außenpolitischen Lage darauf hingewiesen, dass sich die energieökonomische Abhängigkeit von nur einem Land als negativ für Österreich herausstellen könnte und damit ein Import aus mehreren Ländern unbedingt angestrebt werden sollte. „Überhaupt ist es nicht wünschenswert bezüglich der österreichischen Energieversorgung in die Abhängigkeit der Oststaaten zu gelangen, dies umso weniger zu einem Zeitpunkt, wo Österreich in Assoziierungsverhandlungen mit der EWG steht und eine Assoziierung in Zukunft erwartet wird.“³²⁴ Diese Aufgabe würde der Dachgesellschaft zukommen, da sie die verschiedenen Importe mengenmäßig und zeitmäßig aufeinander abstimmen könnte. Eine Speicherung des Erdgases wurde nicht³²⁵ [sic!] als notwendig erachtet, aber falls erforderlich sollte die ÖMV eine Vergütung erhalten.

Die Bewerbung der AFG wurde nach Gesprächen mit der ÖMV, ÖPL und der Bundesrepublik Österreich³²⁶ zugunsten einer gesamtösterreichischen Delegation am 22. Juni 1967 zurückgezogen. Die Leitung dieser Delegation wurde von der ÖMV übernommen. Allerdings waren die Teilnehmer der LFG gleichberechtigte Verhandlungspartner. Diese Delegation wurde als Vorgänger der angestrebten Dachgesellschaft wahrgenommen. Das wurde auch dem russischen Geschäftspartner

³²³ Schreiben der Austria Ferngas GmbH an Landesferngasgesellschaften, Dr. Fr/Ho, 2.3.1967; EVN-Archiv 665-110.

³²⁴ Handelsvertragsverhandlungen Österreich-UdSSR; Aufnahme eines Erdgaskontingentes, 4705/11/Or/K, 27.7.1964; EVN Archiv, 665-395.

³²⁵ Die ÖMV konnte bisher die Bedarfsschwankungen in Österreich durch verbrauchsgerechte Gestaltung decken. Memorandum der österreichischen Landes- (Ferngas-)-Gesellschaften über den Erdgasimport, Dr. Fr/Ho Dr. Hu/Ho, 9.3.1967; EVN Archiv, 665-110.

³²⁶ 14.3.-19.3.1967 Besuch des Bundeskanzlers Dr. Klaus in Moskau. Abgabe einer Erklärung für einen gesamtösterreichischen Bezug.

Sojusnefteexport mitgeteilt.³²⁷ In einem weiteren Memorandum wurde die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gefordert, die Erdgasgesellschaften, Vertreter der Exportwirtschaft und Banken vereinen sollte, um die von der UdSSR als Gegenleistung für die Erdgaslieferungen geforderte Materialexporte zu koordinieren.³²⁸

Im August 1967 traten die Vertreter der ÖMV und der Landesferngasgesellschaften zusammen, zum einen weil die ÖMV sich im Zuge der Delegationsvereinbarung verpflichtete, die LFG über den derzeitigen Stand mit den sowjetischen Stellen zu informieren, zum anderen um das weitere gemeinsame Vorgehen zu planen. Infolge dessen gab die ÖMV interessante Einblicke in ihre bisherigen Verhandlungen mit Moskau.³²⁹

Genauso wie die AFG hatte die ÖMV anfangs Probleme mit den Sowjets ins Gespräch zu kommen. Grund dafür war die geringe Verhandlungsbereitschaft der Exportfirmen in der UdSSR. Im Sommer 1966 kam es zu den ersten intensiven Kontakten, in denen ein möglicher Erdgasimport aus der Sowjetunion schriftlich niedergelegt wurde. Folgend wurden technische Details bzgl. der Durchleitung durch die ČSSR in beiderseitigem Einverständnis geklärt. Allerdings protestierte die ČSSR gegen eine reine Nutzung ihrer Rohre. Sie wollten am Erdgastransport beteiligt werden und als Zwischentransporteur fungieren. An die Gespräche mit der UdSSR schlossen sich auch SNAM (Italien) und *Gaz de France* (Frankreich) an, um Erdgasexporte über Österreich in die genannten Länder durchzuführen. Als Bedingung für die Erdgaslieferung bestanden die Sowjets auf Lieferung von Waren in die Sowjetunion, insbesondere Material zum Pipelinebau. Hierfür schlossen die VÖEST und die ÖMV eine Arbeitsgemeinschaft, um Gasimporteure und Materialexperteure zu verbinden.

Die Leitungsführung sah zwei Stränge vor, eine über die ČSSR, Wien, Linz bis Straßburg und die zweite über Graz, Tarvis (Italien) bis Frankreich. Für beide Leitungen ließ die ÖMV jeweils die Transportkosten ermitteln. Anschließend verhandelten Italien, Frankreich und Österreich über die Möglichkeit der Warenlieferung und deren Aufteilung, da die Sowjets zuerst auf ein Konzept bestanden, bevor die Bedingungen des

³²⁷ Schreiben Austria Ferngas an die Sojusnefteexport, Betrifft: Import von Erdgas, Dr. Fr/Ma, 22.6.1967; EVN-Archiv, 665-110.

³²⁸ Memorandum über die Bildung einer Organisation (...), Dr.Pi/Ho Dr. Hu/Ho, 23.3.1967; EVN-Archiv 665-110.

³²⁹ Entwurf, Informationsgespräch mit der ÖMV über den Stand der Verhandlungen beim Import aus Rußland. Kr/Ma, 3.8.1967; EVN-Archiv, 665-110.

Erdgasexports erörtert werden sollten. Der russische Vorschlag bzgl. der Gaslieferungen intendierte die sogenannte „großen Lösung“, die vorsah, dass ab 1971 nur 20 Prozent der vereinbarten Gasmenge geliefert und bis 1975 auf 100 Prozent gesteigert würde, was von Österreich als nicht zu gewährleisten ausgeschlagen wurde. Als Preis boten die Sowjets US\$ 17-18/1.000 Nm³ an, die österreichische Seite forderte aber ein geringeren von US\$ 12/1.000 Nm³. Im Gegenzug legte die ÖMV den Vertretern in Moskau ein Konzept der „kleinen Lösung“ vor, dass eine exklusive Lieferung von Erdgas an Österreich in den Jahren von 1968 bis 1971 vorsah, was von Moskau wegen der Verhandlung um Warensendungen zurückgestellt wurde. Die ÖMV nahm diesbezüglich mit der SNAM und *Gaz de France* Kontakt auf. Festgelegt wurde zum einen der Gasbedarf der Länder Italien, Frankreich (wurde von ursprünglich insgesamt 6 Mia. Nm³ auf 8,5 Mia. Nm³ fixiert) und Österreich (1,5 Mia. Nm³), da die Russen ihrerseits die maximale Exportmenge auf 10 Mia. Nm³ begrenzten. Zum anderen wurden die Anteile jedes Landes an den Warenkrediten geregelt. Doch überraschend zog sich *Gaz de France* aus den Gesprächen zurück und übergab SNAM ihr Verhandlungsmandat. Als eine sowjetische Delegation im März/April 1967 in Rom zu Verhandlungen eintraf, reduzierte auch die SNAM ihr Finanzierungsangebot deutlich. Damit rückte die „kleine Lösung“ wieder in den Bereich des Möglichen. Die Sowjets bestanden darauf, Warenlieferungen von Italien (die auch den französischen Anteil übernahmen) und Österreich von 1968-1970 zur Vorfinanzierung des Gasexports zu erhalten, was die ÖMV strikt ablehnte. Die ÖMV konnte sich mit Italien auf eine modifizierte „kleine Lösung“ einigen, d.h. das Österreich schon ab 1968 bzw. ab dem Beginn der Rohrlieferungen Gas erhalten würde, Italien erst ab 1971. Der österreichische Warenanteil entspreche dabei der österreichischen Gasbezugsmenge. Die Weiterverhandlung mit *Sojusnefteexport* wurde für September 1967 in Wien veranschlagt.³³⁰

Mit dem Zustandekommen der Delegation rückte die Errichtung einer Dachgesellschaft wieder in den Blickpunkt aller österreichischen Unternehmen. Um ihre Interessen abzusichern, da ja noch immer im Raum stand, dass nicht die ÖMV sondern die Dachgesellschaft als Importeur auftreten würde, forderte die ÖMV eine Prioritätsklausel von den LFG bzgl. der Abnahme des heimischen Erdgases. Die Angst durch billigeres

³³⁰ Entwurf, Informationsgespräch mit der ÖMV über den Stand der Verhandlungen beim Import aus Rußland. Kr/Ma, 3.8.1967; EVN-Archiv, 665-110.

importiertes Erdgas ausgebootet zu werden und auf dem eigens geförderten Erdgas sitzen zu bleiben, bestimmte diese Verhandlungen.³³¹

Um eine Realisierung der Dachgesellschaft voranzutreiben, konstatierte die AFG die Möglichkeit einer 50:50 Beteiligung (ÖMV-LFG) an dem Projekt. Dies stellte sie im Plenum der LFG zur Diskussion. Kärnten lehnte den Vorschlag ab und bestand auf eine 49:51 Beteiligung, Oberösterreich enthielt sich, Salzburg und Tirol waren unter bestimmten Bedingungen bereit zu akzeptieren und Vorarlberg stimmte ohne Einwand zu.³³²

Auch die italienische SNAM band sich in die Diskussion um die Dachgesellschaft ein und es wurde vereinbart, dass eine internationale Gesellschaft für den Leitungsbau durch Österreich, „an welcher jedes der gasbeziehenden Länder im Verhältnis der bezogenen Gasmengen beteiligt (...)“³³³ und nicht nur die österreichische Dachgesellschaft zuständig sein sollte. Österreich wäre mit einer Mindestbeteiligung von 26 % in das Projekt integriert.

Im Oktober 1967 spitzte sich die Lage zwischen der ÖMV und den Landesgesellschaften erneut zu, als die ÖMV weitere Besprechungen aufgrund der ihrer Ansicht nach unvorbereiteten Landesgesellschaften bzgl. der Preise, Wirtschaftlichkeit und Risiken des Imports ablehnte bzw. auf Ende November verschob. Außerdem tat die ÖMV ihren Unmut über die nicht erfolgte Informierung über die Algerienverhandlungen kund.³³⁴ Daraufhin reagierten auch die Landesgesellschaften verärgert und forcierten eine Gründung der Dachgesellschaft mit Ausschluss der ÖMV.³³⁵ Diese Auseinandersetzung gipfelte darin, dass die ÖMV Ende Oktober mit *Sojusnefteexport* weiterverhandelte, ohne dies den LFG bekannt zu geben. Damit war auch, trotz schriftlicher Zusage, kein Vertreter der LFG bei den Gesprächen anwesend. Daraufhin forderten die Vertreter der LFG umso vehementer eine ehestmögliche Umsetzung der Dachgesellschaft mit Termin 16. November 1967. Es wurde wohl eine Einladung zur Teilnahme an die ÖMV ausgesprochen, aber betont, dass eine Gründung auch ohne ÖMV erfolgen würde.

³³¹ Entwurf für eine Prioritätsklausel, 18.9.1967; EVN-Archiv, 665-110.

³³² Aktenvermerk, Kr/Ma, 28.9.1967; EVN-Archiv, 665-110.

³³³ Entwurf des § 2 des Gesellschaftsvertrages „Gegenstand des Unternehmens“, Kr/Ma, 6.10.1967; EVN-Archiv, 665-110.

³³⁴ Schreiben Österreichische Mineralölverwaltung an Gerhard Rosenberg c/o Veitscher Magnesitwerke A.-G., 10.10.1967; EVN-Archiv, 665-110.

³³⁵ Schreiben Verhandlungskomitee der Landes-(Ferngas-)-Gesellschaften an die Österreichische Mineralölverwaltung, 18.10.1967; EVN-Archiv, 665-110.

Dasselbe teilten die LFG auch der österreichischen Bundesregierung (Klaus, Bock) und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Österreichischen Industrie Gesellschaft (Taus) mit. Durch Interventionen seitens der Politik wurden erneut Gespräche vereinbart, um doch noch eine ÖMV-Teilhabe an der übergeordneten Gasimport- und -vertriebsgesellschaft zu ermöglichen. Der Gesellschaftsvertrag wurde bereits ausgeschickt, um eventuelle Änderungen fristgerecht einfließen zu lassen. Doch die ÖMV berief sich auf die Umstände, dass sowohl der Aufsichtsrat als auch die ÖIG³³⁶ dem Beitritt zustimmen müsse. Damit war ein rechtzeitiger Eintritt nicht mehr möglich und die LFG bestanden darauf, dass die Gründung ohne ÖMV stattfinden müsse. Sie räumten der ÖMV allerdings einen jederzeitigen Beitritt ein.³³⁷

Am 22. November 1967 wurde die *Österreichische Erdgaswirtschaftsgesellschaft* (ÖEG) gegründet, die die Landesgesellschaften von Wien, Niederösterreich, der Steiermark und Burgenland zusammenfasste und geschlossen auftreten ließ. Oberösterreich, Vorarlberg, Tirol, Kärnten und Salzburg wurden keine Gesellschafter. Mit der ÖMV konnte bis dahin keine Einigung bzgl. der Zuständigkeit des Vertriebes erzielt werden und auch die Prioritätsklausel nicht mit beiderseitigem Verständnis positiv beurteilt werden. Deswegen enthielt sich die ÖMV einem Beitritt.

Die ÖMV und ÖEG suchten weiterhin eine Lösung, doch es spießte sich immer wieder an mittlerweile altbekannten Problemen: Wer wäre für den Vertrieb zuständig (ÖEG oder ÖMV)? Prioritätsabnahme des österreichischen Erdgases zu welchen Konditionen? Einen weiteren Diskussionspunkt stellten weitere möglichen Importe aus dem Ausland bzw. die Auffindung von heimischem Erdgas dar.³³⁸ Nach Einigung auf eine 50:50-Beteiligung der ÖMV und LFG pochte die ÖMV auf gemeinsame Zuteilung der jeweiligen Prozentsätze auf die Landesgesellschaften, was die LFG wiederum entschieden ablehnten, da sie sich ohne Mitwirken der ÖMV einigen wollten.

Die ÖEG fasste die gegenteiligen Ansichten noch einmal zusammen und übersandte diese der ÖMV. Die ÖMV enthielt sich allerdings zu den Streitpunkten eine Stellungnahme zu

³³⁶ Österreichische Industrieverwaltungs-GmbH

³³⁷ Schreiben Verhandlungskomitee der Landes-(Ferngas-)-Gesellschaften an die Österreichische Mineralölverwaltung, 17.11.1967; EVN Archiv, 665-110.

³³⁸ Aktenvermerk über die Besprechung des Verhandlungskomitees mit der ÖMV vom 29.11.1967 im Hause der ÖMV, alle LFG am 15.12.1967; EVN Archiv, 665-110.

verfassen, stattdessen setzten sie im Jänner die Verhandlungen mit Moskau (ohne einen AFG-Vertreter) fort.³³⁹

Am 22. Jänner 1968 debattierten ein Verhandlungskomitee der ÖEG und die ÖMV, um eine Einigung zu erzielen. Die ÖMV wies darauf hin, dass sie immer noch keine Akteneinsicht zu den Algerienverhandlungen der AFG erhalten hatte, worauf die ÖEG mitteilte, dass dies erst nach einem Beitritt der ÖMV zur ÖEG passieren werde. Bezüglich der Verhandlungen mit der UdSSR gab es bereits ein Übereinkommen, dass der Import bereits 1968 mit einem Preis von US\$ 14,10.- für 1000 m³ erfolgen sollte, was einem Preis von 39,34 Groschen pro 1 Nm³ entspricht. In dieser Verhandlung wurde der erste Grundstein zur späteren Verständigung über den Import gelegt: Der Generaldirektor-Stellvertreter der ÖMV, Friedrich Feichtinger, warf die Frage auf, ob die LFG einverstanden wären, wenn die ÖMV den Erdgasabschluss mit den Russen tätigt und an die LFG für 20 Jahre liefert.³⁴⁰ Die Einbeziehung der ÖMV in die Dachgesellschaft scheiterte weiterhin am Bestehen der ÖMV, dass die Endkunden durch die Dachgesellschaft und nicht durch die Landesgesellschaften beliefert werden sollten. Dieser Idee der ÖMV, als Alleinimporteur aufzutreten, schlug das Misstrauen der LFG und Landeshauptleute entgegen, da sie eine Monopolstellung der ÖMV fürchteten.

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Mitterer erreichte Anfang 1968 eine Koordinierung zwischen der ÖMV und den Landesgesellschaften. Er erzielte eine Einigung, dass die ÖMV im Folgenden als Importeur des Erdgases auftreten würde und „alle Rechte und Pflichten aus dem Importvertrag spiegelgleich auf die LFG übertragen werden.“³⁴¹ Am 14.6./11.7.1968 wurden die Rahmenvereinbarungen zur Weitergabe der UdSSR-Erdgasimporte an die ÖEG vereinbart.

Damals stand bereits fest, dass die UdSSR eine Zahlung in konvertibler Währung forderte. Außerdem war eine Lieferung von Stahl und Rohren für den Leitungsbau in Sowjetunion von der VÖEST, *Mannesmann* und *Thyssen* beschlossene Sache.

³³⁹ Schreiben Österreichische Mineralölverwaltung an das Verhandlungskomitee der Landes-(Ferngas)-Gesellschaften, 12.1.1968; EVN Archiv, 665-110.

³⁴⁰ Schreiben Verhandlungskomitee für die Besprechung mit der ÖMV, Betrifft: Bericht über die Besprechung mit Herrn Generaldirektor Bauer und (...), 24.1.1968; EVN Archiv, 665-110.

³⁴¹ Austria Ferngas Ges.m.b.H. Wien Geschäftsbericht 1968. Bericht über das Geschäftsjahr 1968, I. Tätigkeitsbericht 1) Import von Erdgas aus der UdSSR, S.1; EVN Archiv, 829.

4.5. Der Vertrag über die Lieferung von Erdgas vom 1. Juni 1968

Zum Abschluss der langen Vorverhandlungen mit der UdSSR kam es am 1. Juni 1968, als der „Vertrag über die Lieferung von Erdgas“ in Wien beschlossen wurde.³⁴² Es wurde ein Vertrag zwischen der *Sojusnefteexport* (kurz: SNE) als Verkäufer und der *Österreichischen Mineralölverwaltung* (kurz: ÖMV) aufgesetzt. Das Abkommen umfasste zum einen die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR nach Österreich, zum anderen die Lieferung von Rohren und Materialien der VÖEST aus Österreich an die Sowjetunion.

Sowohl der Verkäufer als auch der Käufer verpflichtete sich für 23 Kalenderjahre zum Verkauf bzw. Kauf von Erdgas, welches an der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze übergeben werden sollte. Als Stichtag für den Beginn der Lieferungen wurde der 10. September 1968 festgesetzt. Die abzunehmenden Mengen wurden wie folgt die festgelegt (Tab.2.)

Jahr	Abnahmemenge
1968	130 Mio. bis 200 Mio. Nm ³
1969	800 Mio. Nm ³
1970	1 Mrd. Nm ³
von 1971 bis Ablauf der Gültigkeit des Vertrages	1,5 Mrd. Nm ³

Tabelle 3: Abnahmemengen. Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV. 1. Juni 1968. Quelle: Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1.

Diese Mengen konnten mit beiderseitigem Einverständnis erhöht werden. Bei Schwankungen der Abnahme, insbesondere bei zu geringerer Menge, sollte dies durch bestimmte Abnahmemengen in den Folgejahren ausgeglichen werden (=take-or-pay-Klausel). Für die Abnehmer bestand also eine unbedingte Zahlungsverpflichtung, auch wenn keine Gasabnahme erfolgte.³⁴³

Das Gas musste gewisse physikalische und chemische Spezifikationen aufweisen und folgende chemische Komponenten in bestimmten Mengen aufweisen: Methan, Äthan, Propan, höhere Kohlenwasserstoffe, Stickstoff, Kohlendioxid, Sauerstoff und Schwefel. Außerdem durfte das Gas keine festen Bestandteile wie Harze und harzbildende Stoffe enthalten. Falls diese über- oder unterschritten wurden, konnte der Käufer die Abnahme

³⁴² Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1.

³⁴³ Kästner, Riemer, Kießling. Energie in 60 Minuten. 27.

ab einem bestimmten Datum verweigern bzw. falls Unstimmigkeiten über die Qualität herrschten, musste ein unabhängiges Laboratorium die Schuldfrage (Rechtsfrage) klären.

Der Heizwert wurde mit einem Minimum (8100 Kcal/Nm³) - und Maximalwert (8400 Kcal/Nm³) angegeben, die nicht unterschritten bzw. überschritten werden durfte, da sonst Pönalen und Abnahmeverweigerung einerseits zum Einsatz kommen sollten, andererseits konnte ein erhöhter Heizwert zur Steigung des Preises führen.³⁴⁴ Weitere wichtige vertraglich geregelte Merkmale waren Druck, Taupunkt und Temperatur. Wenn im Falle von höherer Gewalt diese Charakteristika nicht eingehalten werden könnten, haftete der Verkäufer (SNE) nicht. Die Übergabe und Übernahme des Erdgases sollte an der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze mit der Übergabestation Baumgarten erfolgen.

Das Gas galt als übergeben/übernommen, wenn es die Messanlagen der Übergabestelle passierte. Für jeden Tag musste ein Tagesübergabe-Übernahme-Protokoll erstellt werden. Außerdem war ein tägliches Qualitätszertifikat anzufertigen.³⁴⁵ Um die Qualität sicherzustellen, waren die Normen der „American Society für Testing Materials“ (ASTM)³⁴⁶ anzuwenden.

Während der gesamten Gültigkeitsdauer des Vertrages (1968-1990) war der Preis auf US \$ 14,10 für 1000 Nm³ festgelegt. Der Preis konnte erst ab der zweiten Periode (ab 1976), wenn Währungsschwankungen vorlagen, neu verhandelt werden, allerdings musste das wirtschaftliche Gleichgewicht wie zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses weiterhin garantiert sein.³⁴⁷ Die Zahlung des Erdgases sollte monatlich auf ein Konto der Außenhandelsbank der UdSSR bei der Österreichisches Kontrollbank AG in US-Dollar erfolgen.

Nach der Tilgung des Kredites, des Röhrenmaterials der VÖEST, sollte das Erdgas mittels telegraphischer Überweisung bei der Außenhandelsbank der UdSSR, gemäß den Bestimmungen des Handelsabkommens zwischen der UdSSR und Österreich bezahlt

³⁴⁴ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 7.

³⁴⁵ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 9.

³⁴⁶ Weltweiter Marktführer für die Entwicklung und Lieferung von international übereinstimmenden Standards für Waren und Dienstleistungen aller Art. ASTM International (Hg.), <<http://www.astm.org/ABOUT/aboutASTM.html>> (6.9.2012)

³⁴⁷ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 16.

werden. Die benötigten Dokumente waren die Rechnung, das monatliche Übergabe-Übernahme-Protokoll und das Verteilungsprotokoll.³⁴⁸

Zur Absicherung der Forderungen (Preis, Zahlung, Abnahme u.a.) forderte die UdSSR, dass der Käufer (ÖMV) 84 Blankowechsel bei einer verstaatlichten österreichischen Bank hinterlegen sollte, die von einer Landes-(Ferngas-)Gesellschaft akzeptiert würden. Die Bank musste wiederum der Außenhandelsbank der UdSSR bestätigen, dass die entsprechenden Summen und das Datum in die Blankowechsel eintragen waren, falls das Erdgas nicht in der festgelegten Frist bezahlt würde. Natürlich durfte die eingetragene Summe den vereinbarten tatsächlichen Wert des Erdgases nicht überschreiten. Falls der Käufer die vereinbarte Menge nicht abnahm, sollten die Summen und das Datum in die Blankowechsel eingetragen werden um die nicht abgenommenen Mengen zu decken.³⁴⁹

Eine Konventionalstrafe bei Nicht-Abnahme des Käufers wurde festgelegt, außer bei höherer Gewalt. Höhere Gewalt war wie folgt definiert: Feuer, Explosion, Überschwemmung und Erdbeben.³⁵⁰ Im Falle des Eintretens von höherer Gewalt musste eine Verständigung beiderseits erfolgen. Außerdem war die Handelskammer des jeweiligen Landes verpflichtet, die Umstände zu bestätigen. Wenn der Vorfall länger als sechs Monate andauerte, musste eine adäquate Lösung für beide Seiten gefunden werden – eine Auflösung des Vertrages war nur im beiderseitigen Einverständnis möglich.

Die Parteien verpflichteten sich, bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten einen freundschaftlichen Lösungsweg zu finden. Im Falle widersprechender Ansichten sollte ein Schiedsgericht beauftragt werden, um zu schlichten. Der Schiedsspruch sollte endgültig und für beide Parteien verbindlich sein.³⁵¹

Ein Betriebsabkommen (Messung und Transport) musste innerhalb von zwei Monaten ab der Unterzeichnung des Vertrages abgeschlossen werden. Das gelieferte Erdgas durfte nur in Österreich verbraucht und nicht wieder ausgeführt werden. Der Vertrag wurde von Fjodorow, und Baranowski für die UdSSR und Bauer und Feichtinger für Österreich unterzeichnet.

³⁴⁸ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 20.

³⁴⁹ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 21-24.

³⁵⁰ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 29.

³⁵¹ Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1. S. 30 f.

5. Energiekrise 1973

In den 1960er Jahren kam es zur massiven Aufrüstung der arabischen Gebiete, die an Israel angrenzten, allen voran Ägypten. Im Mai 1967 spitzte sich die Lage zwischen Israel und Ägypten zu, als Präsident Nasser eine Seeblockade für israelische Schiffe errichten ließ und damit Israel von seiner Ölversorgung abgeschnitten wurde. Am 5. Juni holte Israel zu einem Gegenschlag aus und zerstörte innerhalb von sechs Tagen die Luftwaffe der Ägypter und nahm bis dato arabische Gebiete (Sinai, Gaza, Golanhöhlen etc.) ein. In Folge dessen beschlossen die arabischen Außenminister einen Lieferstopp von Erdöl in die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Auch andere Israel-freundlichen Länder wurden nicht mehr mit arabischem Öl versorgt, was die Preise enorm steigen ließ.³⁵² Dieses Embargo wurde nach knapp einem Monat wieder aufgehoben, da das Öl über Zwischenhändler (insbesondere Reedereien) weiterhin nach Amerika und Europa gelangte.³⁵³ Die USA und Westeuropa waren wegen dieser Vorgänge alarmiert, doch aufgrund des wirtschaftlichen Wandels und des unaufhörlichen technischen Fortschritts, der auf fossilen Brennstoffen fußte, waren eben diese auf Öl, insbesondere auf die reichen arabischen Ölquellen, angewiesen.

Am 6. Oktober 1973 erfolgte ein Angriff auf israelische Stützpunkte am Ostufer des Suezkanals durch ägyptische Kampfflugzeuge. Syrien griff aus dem Norden die israelischen militärischen Stellungen auf den Golanhöhlen an. Dieser Krieg ging als Jom-Kippur-Krieg in die Geschichte ein und hatte die erste große Ölkrise zur Folge. Die Ölminister der OPEC³⁵⁴-Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Abu Dhabi, Iran und Irak bestimmten bereits am 17. Oktober 1973 eine monatliche Drosselung von fünf Prozent der Ölexporte an die USA und die pro-israelischen Staaten. Nichtsdestotrotz kündigte Präsident Nixon ein Hilfspaket für Israel in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar an, was ein komplettes Ölausfuhrverbot an die USA zur Folge hatte. Ziel war es, das die USA und ihre Verbündeten Israel zum Einlenken bzw. zum Rückzug hinter die Grenzen von 1967 bewegten.³⁵⁵ Um eine Umgehung des Lieferboykotts zu verhindern, drosselten die Förderländer außerdem ihre Erdölgewinnung. Im gleichen Zeitraum wurde überdies der Preis für arabisches Rohöl um 70% auf US\$ 5,12/Barrel angehoben, was einer Angleichung an die Preiserhöhung von Libyen, Algerien, Indonesien und Venezuela

³⁵² Bertram Brökelmann, Die Spur des Öls. Sein Aufstieg zur Weltmacht. (Berlin 2010) S. 360 f.

³⁵³ Ebd. S. 402.

³⁵⁴ Organization of Petroleum Exporting Countries.

³⁵⁵ Brökelmann, Die Spur des Öls. S. 404.

ergab.³⁵⁶ Bis Dezember 1973 stieg der Preis pro Barrel auf über US\$ 17 an.³⁵⁷ Somit hatte sich der Ölpreis innerhalb von drei Jahren (1970-1973) um 500 Prozent erhöht.³⁵⁸ Darauf folgte eine regelrechte Energiepanik: an den Tankstellen bildeten sich lange Autoschlangen, Hamsterkäufe wurden getätigt und die Industrie bangte um ihre Umsätze. „Die kollektive Psyche der westlichen Industrievölker hatte einen derben Schlag bekommen.“³⁵⁹ Die Sowjetunion war von der Ölkrise nicht so stark betroffen wie der Westen, erstens da die politischen Sanktionen in ihrem Fall nicht zutrafen und zweitens weil der Eigenbedarf grundsätzlich aus eigenen Lagerstätten gedeckt werden konnte.³⁶⁰ Anfang 1974 setzten die Energieminister der arabischen Länder einen neuen Erdölpreis pro Barrel fest: US\$ 11,65. Im Jahr 1974 wurde durchschnittlich US\$ 11,58 pro Barrel weltweit bezahlt, im Vergleich zu 1972 ergab das eine Steigerung von 350 Prozent. Die Ölkrise hängt auch mit dem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems 1973 zusammen. Durch die Schwächung des US-Dollars in den vorangegangenen Jahren wurde das ab 1944 herrschende Bretton-Woods-System – fixe Wechselkurse und goldhinterlegter Dollar – aufgelöst.³⁶¹

Tabelle 4: Ölpreise in US\$ 1972-1974.Quelle: BP Historical data; Oil-Crude prices since 1861.

Ölpreise ³⁶² in US\$	1972	1973	1974
	2,48	3,29	11,58

Am 18. März 1974 beschlossen die Minister der OPEC-Staaten die Aufhebung des Embargos. Aufgrund der Energiekrise stiegen auch die Preise für Erdgas erheblich an, weil Öl durch alternative Energieträger wie Erdgas subventioniert bzw. abgelöst werden sollte, besonders in der Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung.³⁶³ Vom Preisanstieg waren sämtliche Energieträger betroffen.

³⁵⁶ Manfred Stumpf, Die beiden Erdölkrisen und die Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaftspolitik. (Dipl.Arbeit, WU Wien 1996)

³⁵⁷ Brökelmann, Die Spur des Öls. S. 406.

³⁵⁸ Ebd. S. 407.

³⁵⁹ Ebd. S. 407.

³⁶⁰ Stöver, Der Kalte Krieg. S 327.

³⁶¹ Ebd. S. 333.

³⁶² BP Historical data; Oil-Crude prices since 1861. <<http://www.bp.com/statisticalreview>> (22.11.2012)

³⁶³ Luis-Martín Krämer, Die Energiesicherheit Europas in Bezug auf Erdgas und die Auswirkungen einer Kartellbildung im Gassektor (Dissertation, Univ. Köln 2011) S. 113.

Jahr	Rohöl in ATS/Tonne	Steinkohle in ATS/Tonne	Erdgas in ATS/1.000 m ³
1960	479	483	-
1970	488	459	390
1973	603	456	301
1974	1.710	633	362
1978	1.482	1.072	1.191
1981	4.351	1.385	2.771
1985	4.313	1.364	2.911
1988	1.455	773	1.068

Tabelle 5: Importpreise für Erdöl, Steinkohle und Erdgas frei österreichische Grenze vor und nach den Krisen 1973/74 und 1979/80 (Quelle: Feichtinger/Spörker, ÖMV-OMV, 1998, 340)

„Das Bewusstsein um die Abhängigkeit von den Erdöl exportierenden Ländern, die 55 % des Weltbedarfes an Erdöl förderten und um die Endlichkeit der fossilen Energieressourcen führte bei den betroffenen Staaten zu konkreten Sparmaßnahmen (Erhöhung der Benzinpreise, Einführung autofreier Tage, Einführung der Sommerzeit) und zu einer intensiven Suche nach alternativen Energiequellen.“³⁶⁴ In den folgenden Jahren kam es außerdem zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote in den USA und in Westeuropa.³⁶⁵ Vermutlich hängt auch der Abschluss des zweiten Gasliefervertrages zwischen Österreich und der Sowjetunion am 26. November 1974 mit der Krise zusammen. So wurde die ursprüngliche Vertragsdauer um sieben Jahre bis zum Jänner 2000 verlängert und die verpflichtende Mindestlieferung auf 500 Mio. Nm³ pro Jahr mit Steigerung bis zu einer Milliarde Nm³ festgelegt.³⁶⁶ Diese Mengen verstehen sich als Zusatz zu den vereinbarten Importmengen von 1968. Der Gaspreis setzte sich zum ersten Mal nicht aus den Transport- und Förderkosten plus Zuschlag zusammen, sondern war nach einer bestimmten Rechnungsformel vom Rohölpreis abhängig. Bereits ein Jahr später, am 22. August 1975, wurde die Quote erneut um 250 Mio. Nm³ erhöht.³⁶⁷ Nach der Ölkrise erhöhte sich die Nachfrage nach Erdgas aus der Sowjetunion erheblich, in den

³⁶⁴ Forum öö Geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Hg.) Elisabeth Kreuzwieser, Nachkriegszeit und Wirtschaftsaufschwung. (Leonding 2012) vgl. <<http://www.ooegeschichte.at/Nachkriegszeit-und-Wirtschaftsaufschwung.522.0.html>> (31.10.2012)

³⁶⁵ Stöver, Der Kalte Krieg. S. 334.

³⁶⁶ Johann Vlasich, Die Erdgaswirtschaft Österreichs. (Dipl.Arbeit, WU Wien 1975) S. 22.

³⁶⁷ UdSSR-Gas, NIOGAS-Verträge, 26.11.1974 bzw. 22.8.1975; EVN Archiv 668-2.

Folgejahren wurden die Energieimporte in westeuropäische Länder aus der UdSSR gesteigert.³⁶⁸

In den Jahren von 1972 bis 1977 stieg der Gasverbrauch kontinuierlich an, während der Ölverbrauch ab 1972 in Österreich stagnierte und bis 1977 das Niveau vor der Ölkrise nicht erreichte (1973).

	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Erdölverbrauch in Mio. t.	11,0	11,9	10,6	10,7	11,7	11,1
Erdgasverbrauch in Mia. Nm ³	3,6	4,0	4,3	4,3	4,9	5,0

Tabelle 6: Erdöl- und Erdgasverbrauch in Österreich 1972-1977. Quelle: BP Historical Data. Oil Consumption (from 1965); Gas Consumption (from 1970)

³⁶⁸ Stöver, Der Kalte Krieg. S. 334.

6. Resümee

Ziel dieser Arbeit ist, eine historische Gesamtdarstellung der Gasversorgung in Österreich, um die Verhandlungen bezüglich der Gasimporte ab 1962 in einen breiteren historischen Kontext einzuordnen. Die Gaswirtschaft in Österreich war damals von einem geographischen Gefälle geprägt. Die erste Gasanstalt auf heutigem österreichischem Boden entstand Ende des 19. Jahrhunderts in der Haupt- und Residenzstadt Wien, erst später folgten Graz, Linz und schließlich kleinere Städte wie Baden und Wiener Neustadt. Die ländlichen Gebiete blieben weitestgehend von der Versorgung ausgeschlossen, hier dominierte weiterhin Holz, Gas und Öl als Energielieferant. Ende des 19. Jahrhunderts fand ein Bedeutungswandel des Gases statt, weg von der Beleuchtung, die elektrifiziert wurde, hin zur Wärmequelle. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Nachfrage der Industrie und des Gewerbes an der billigen Energiequelle Erdgas stark an. Auch in den Haushalten setzte sich mittlerweile das Erdgas als Energieträger der Zukunft gegenüber dem herkömmlichen Stadtgas durch.

Ab 1943 begannen die Herstellung von Spaltgas aus Erdgas und die Einspeisung von reinem Erdgas ins Netz. Doch die Bezugsquellen in Österreich reichten nicht, um den wachsenden Bedarf zu decken. Spätestens ab 1960 war offensichtlich, dass die Inlandsförderungen sehr bald nicht mehr ausreichen würden und neue Bezugsmöglichkeiten im Ausland gesucht und verhandelt werden müssten. Auch hier ergab sich das vorher angesprochene geographische Gefälle: Die Ballungszentren in Wien und Niederösterreich, wo die hauptsächlichen Erdgasvorkommen in Österreich waren, konnten mit Erdgas versorgt werden, während ein Großteil der Industrie und die ländlichen Gebiete nicht versorgt werden konnten.

Bis 1966 wurden verschiedene Optionen des Gasimports von der Austria Ferngas geprüft, von Gas aus Holland über Algerien bis hin zu Saudi-Arabien/Kuwait. Doch bereits 1966 musste ein kurzfristiger Liefervertrag mit der ČSSR abgeschlossen werden, da die Versorgungsknappheit akut wurde. Dieser Vertrag kann als Testvertrag gesehen werden, da mit einem kommunistischen Land ein wirtschaftliches Abkommen getätigt wurde. Die nächsten zwei Jahre waren von intensiven Verhandlungen zwischen Österreich und der Sowjetunion geprägt, da für beide Länder unterschiedliche Motive im Vordergrund standen. Österreich wollte und benötigte Erdgas, während die Sowjetunion auf Materiallieferungen für den Röhrenbau bestand. Aufgrund des Embargos der NATO

gegen die UdSSR bis 1966 konnte kein Material zum Pipelinebau dorthin gesendet werden, worauf die UdSSR aufgrund von neu entdeckten Quellen in Westsibirien angewiesen war. Die Sowjetunion war zu dieser Zeit nicht in der Lage, den hohen technischen Standard der westlichen Firmen in der eigenen Produktion umzusetzen. Weitere Probleme während der Gespräche ergaben sich durch innenpolitische Zuständigkeitsstreitigkeiten der österreichischen Importpartner. Sowohl die Austria Ferngas als auch die ÖMV bemühten sich als Importeur aufzutreten. Hier spielte die Konkurrenz zwischen Bund und Länder, zwischen SPÖ und ÖVP eine Rolle. Erst Anfang 1968 konnte zwischen den Gesellschaften eine Vereinbarung getroffen werden: Die ÖMV trat als Importeur auf und verteilte das Gas an die Landesgesellschaften (AFG, ÖEG), die es wiederum an die Endkunden in Haushalt, Industrie und Gewerbe weitergaben.

Die eingangs erwähnte Fragestellung, ob der Kalte Krieg ausschlaggebend für die Verhandlungen war, kann verneint werden. Die Niederschlagung des „Prager Frühling“ durch sowjetische Truppen im August 1968, kurz bevor die Lieferungen durch die ČSSR nach Österreich begannen, kann hierfür als Beweis hergenommen werden. Die Österreicher stellten humanitäre Hilfe zur Verfügung und positionierten sich auch politisch gegen den Einmarsch, wirtschaftlich resultierten aber daraus keine Konsequenzen. Es ergibt sich der Eindruck, dass Österreich erstens aufgrund der militärischen und wirtschaftlichen Besatzung (SMV, USIA) von 1945-55, zweitens wegen der ab 1955 mit der UdSSR abgeschlossenen Handelsverträge und drittens hinsichtlich seiner Neutralität einen Sonderstatus inne hatte. Der Vertrag von 1968 wurde von weiteren westeuropäischen Ländern als Vorlage genommen und die Sowjetunion entdeckte den Energieressourcenreichtum des Landes als ökonomische Chance.

Die Arbeit soll auch als Anreiz für weitere Forschungen dienen, da das Kapitel der Erdgasimporte noch lange nicht aufgearbeitet ist. In den 1970er Jahren wurden die Verträge mit der UdSSR erweitert, speziell aufgrund der Ölkrise 1973 und der Subventionierung des Erdgases. Auch mit anderen Ländern wie Algerien in den 1970er und Norwegen in den 1980er Jahren wurden Importverträge abgeschlossen. Diese Verträge könnten wiederum mit dem Vertrag von 1968 verglichen werden. Gibt es Parallelen? Mit welchen Motivationen wurden die anderen Verträge abgeschlossen? Eine weitere wichtige Komponente des Erdgases, ist die Umweltverträglichkeit des Rohstoffes. Wann entwickelte sich das Bewusstsein, dass Erdgas ökologisch vertretbarer ist, als Erdöl oder Kohle?

Jedenfalls stellt der Vertrag von 1968 einen Meilenstein in der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar.

7. Anhang: Definitionen

Stadtgas: (früher Leuchtgas)

Stadtgas ist eine Mischung aus verschiedenen Gasen, hauptsächlich Kohlengasen.

Stadtgas wird deshalb so genannt, weil es in städtischen Gaswerken hergestellt bzw. gemischt wurde.³⁶⁹

Kohlengas

Als Ausgangsstoffe werden feste Materialien wie Holz, Torf, Braunkohle, Steinkohle oder Koks verwendet. Diese werden unter Luftabschluss in Entgasungsöfen auf bis zu 1000°C erhitzt. Die Hauptbestandteile der Materialien sind Wasserstoff, Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe und Methan. Je höher die Temperatur, desto höher der Wasserstoffanteil. Der obere Heizwert liegt zwischen 3.500 und 5.500 kcal/m³.³⁷⁰

Generatorgas

Generatorgas entsteht, wenn über die festen Brennstoffe während der Entgasung Luft und Wasserdampf geleitet wird. Der obere Heizwert beträgt zwischen 800 und 1.800 kcal/m³.³⁷¹ Das in der Luft enthaltene Kohlendioxid zersetzt sich in Kohlenmonoxid. Aufgrund des hohen Gehalts an Kohlenmonoxid ist es wesentlich giftiger als Kohlengas und damit gefährlicher.

Wassergas

Wassergas wird hergestellt, indem man über glühendes Koks sehr hoch erhitzten Wasserdampf (900°C) leitet. Es entstehen zwei brennbaren Gase: Kohlenmonoxid und Wasserstoff. Der obere Heizwert liegt zwischen 2.500 und 2.900 kcal/m³. In Wien wurde ab dem Zweiten Weltkrieg kein Wassergas mehr erzeugt.³⁷²

³⁶⁹ Andreas Pöschek (Hg.), Stadtgas, Leuchtgas und Erdgas im Gaswerk. (Wien o.J.) vgl. <http://www.wiener-gasometer.at/de/technik/gas> (7.11.2012)

³⁷⁰ Hermann Franke (Hg.), Lueger Lexikon der Technik. Bd. 6: Rudolf von Miller (Hg.), Lexikon der Energietechnik und Kraftmaschinen, A-K. (Stuttgart 1965) S. 473.

³⁷¹ Ebd. S. 473.

³⁷² Ruck, Fell, Gas. Band II. S 449-450.

Doppelgas

Als Doppelgas wird das Endprodukt bezeichnet, das beim Einblasen von Wasserdampf in entgaste Steinkohle oder Braunkohle entsteht. Der obere Heizwert wird bei rund 3.500 kcal/m³ angesetzt.³⁷³

Spaltgas

Entsteht aus Kohlenwasserstoffen (flüssig oder fest) durch thermische oder thermisch-katalytische Behandlung bei 700°C-1000°C. Die Endprodukte sind Wasserstoff, gasförmige Kohlenwasserstoffe und wenig Kohlenmonoxid.³⁷⁴ Spaltgas erhielt die technische Qualität von Stadtgas und konnte in den vorhandenen Gasnetzen bzw. mit den herkömmlichen Gasgeräten verwendet werden.

Naturgas (Erdgas)

Findet sich in der Erdkruste und besteht vorwiegend aus Methan. Weiters sind Äthan, Propan, Butan und höhere Kohlenwasserstoffe enthalten. Der obere Heizwert beträgt zwischen 7.000 und 15.000 kcal/m³.³⁷⁵ Erdgas besitzt einige technische (vorhanden, muss nicht hergestellt werden) und ökonomische (umweltfreundlich im Gegensatz zu Stadtgas, vielseitig einsetzbar) Vorzüge, die nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt wurden.

Nass- bzw. Trockengas (assoziiertes- nicht assoziiertes Gas)

Als Nassgas wird Erdgas bezeichnet, das in Erdöl aufgelöst vorkommt.

Trockengas wird aus reinen Erdgaslagerstätten gewonnen.

Liquefied Natural Gas (=LNG)

Durch starkes Abkühlen wird Erdgas ab rund -162°C flüssig und verliert deutlich Volumen bei gleichbleibender Energieleistung. Seit Anfang der 1960er Jahre wurde die Technik praktiziert, allerdings vorerst nur in geringem Ausmaß. Insbesondere Inselstaaten wie Japan sind von LNG-Transporten abhängig. Das Flüssiggas wird von Tankern an die

³⁷³ Franke, Lueger Lexikon der Technik. Bd. 6. Lexikon der Energietechnik und Kraftmaschinen, A-K. S. 473.

³⁷⁴ Ebd. S. 473.

³⁷⁵ Ebd. S. 473.

Bestimmungsorte verfrachtet, wo es in Regasifizierungsterminals wieder aufgewärmt und in Pipelines eingespeist wird.³⁷⁶

Entgasungsöfen

Es gibt verschiedene Modelle der Öfen. Grob kann zwischen Retorten- und Kammeröfen unterschieden werden. Die Retortenöfen waren die ersten Öfen, die ab 1804 eingesetzt wurden. Es mussten noch mehrere Ladungen täglich eingebracht werden und der Gasgewinn pro Tag war im Vergleich gering. Dies änderte sich Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Kammeröfen erfunden und gebaut wurden. Die erforderlichen täglichen Belieferungen beschränkten sich und die Gasabgabe steigerte sich bis zum 20-fachen. Außerdem konnte das Personal in den Gaswerken reduziert werden.³⁷⁷

Gasbehälter (Gasometer)

Es gibt zwei Möglichkeiten der Speicherung von Gas: oberirdisch (Gasometer) und unterirdisch. Bezüglich der oberirdischen Speicherung können drei Arten von Konstruktionen verwendet werden: Kugelbehälter, Hochdruckkessel und Rohrspeicher. Diese Speicher wurden insbesondere in der Stadtgasära verwendet. Durch den steigenden Gasverbrauch und die Ausförderung von Gasfeldern, die als Untertagespeicher benützt werden, wurden Obertagespeicher obsolet.³⁷⁸

Leitungsnetz

Das Leitungsnetz umfasst alle Rohrleitungen in einem definierten (geographisch oder Versorger) Gebiet. Es werden drei verschiedene Netzarten unterschieden.³⁷⁹

- a) Niederdrucknetz (max. 100mbar): zur unmittelbaren Verteilung an die Kleinabnehmer.
- b) Mitteldrucknetz (max. 5bar): Zum einen dient es zur Belieferung von Unternehmen mit Mitteldruck und zum anderen als Überbrückung zwischen Hochdruck und Niederdruck.
- c) Hochdrucknetz (max. 70bar): Zur transnationalen Durchleitung. In Österreich: z.B. Trans-Austria-Gasleitung und West-Austria-Gasleitung.

³⁷⁶ Kästner, Kießling, Riemer, Energie in 60 Minuten. S. 36 f.

³⁷⁷ Franke, Lueger Lexikon der Technik. Bd. 6, Lexikon der Energietechnik und Kraftmaschinen A-K. S. 341.

³⁷⁸ Ebd. S. 407 f.

³⁷⁹ Ebd. S. 475.

Wenn Gas über längere Distanzen geleitet wird müssen für die Herstellung des erforderlich Druckes, damit der Gasfluss aufrecht erhalten werden kann, Verdichtungsstationen angebracht werden. Aufgrund der Reibung in den Rohren müssen alle 100 bis 150 km solche Kompressoren eingebaut werden. Direkt nach der Verdichtung herrscht ein Druck von etwa 100 bar. Falls eine Pipeline eine längere Strecke unter Wasser geführt ist, muss der Druck an der letzten Kompressionsstation erhöht werden, auf bis zu 200 bar.³⁸⁰

Messeinrichtungen:

Gaszähler

An der Stelle, wo das Gas übergeben/übernommen wird, wird ein Gaszähler angebracht, der das durchfließende Volumen eruiert.³⁸¹

Kalorimeter

Zur Feststellung des oberen Heizwertes.³⁸²

Normal-Kubikmeter (Nm³)

Die Gasmenge, die bei einer Temperatur von plus 20 Grad Celsius und einem absoluten Druck von 760 mm Quecksilbersäule einen Rauminhalt von einem Kubikmeter einnimmt.

Heizwert

Die Wärmemenge, die bei vollständiger Verbrennung von einem Nm³ Erdgas unter der Bedingung frei wird, dass die in den Verbrennungsprodukten vorhandenen Wasserdämpfe im gasförmigen Zustand bleiben. Als weitere Bezeichnung ist *Brennwert* geläufig.

Gasdruck

Die Differenz zwischen dem absoluten Druck des Gases und den atmosphärischen Druck. Der Gasdruck wird in Kilogramm pro Quadratcentimeter (kg/cm²) ausgedrückt.

³⁸⁰ Kästner, Kießling, Riemer, Energie in 60 Minuten. S. 39 f.

³⁸¹ Franke, Lueger Lexikon der Technik. Bd. 6, Lexikon der Energietechnik und Kraftmaschinen, A-K. S. 475.

³⁸² Ebd. S. 476.

7.1. Quellenverzeichnis

EVN Archiv

665-8-1 Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV 1.6.1968

665-110 ÖEG 1967-1968 Verhandlungen LFG-ÖMV

665-151,152 Studien Ausschuss Österr. Ferngas Versorgung

665-153 Austria Ferngas Protokolle, Aufsichtsrat, Korrespondenz 1962-1966

665-201 AFG Aktenvermerke 1966 1967 1968

665-395 USSR 1964-1967

668-2 UdSSR-GAS, NIOGAS-VERTRÄGE

829 AFG GB 1964-1983

Acc. Nr. 54 NIOGAS Erdgas Umstellung 1968-1978

7.2. Literaturverzeichnis

25 Jahre Austria Ferngas Ges.m.b.H 1962-1987 (Wien 1987).

Helmut Altrichter, Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991 (München 1993).

Thomas M. Bohn, Dietmar Neutatz, Studienhandbuch Östliches Europa Bd.2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion (Köln/Weimar/Wien 2002).

Bertram Brökelmann, Die Spur des Öls. Sein Aufstieg zur Weltmacht (Berlin 2010).

Elisabeth Bruckschwaiger, OÖ. Ferngas 1957-2007. 50 Jahre Erdgasinfrastruktur in Oberösterreich (Linz 2007).

Walter Conrad (Hg.), Geschichte der Technik in Schlaglichtern (Mannheim/Leipzig/Wien u.a. 1997).

Dittmar Dahlmann, Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Paderborn 2009).

Klaus Eisterer, The Austrian Legation in Prague and the Czechoslovak Crisis of 1968 In: Contemporary Austrian Studies 9 (2001) 214-235.

Friedrich Feichtinger (Hg.), ÖMV – OMV. Die Geschichte eines österreichischen Unternehmens (Horn 1996).

Hermann Franke (Hg.), Lueger Lexikon der Technik Bd. 6: Rudolf von Miller (Hg.), Lexikon der Energietechnik und Kraftmaschinen, A-K (Stuttgart 1965).

Rundschau vom 1.12.1894. In: Der Gastechner 12 (1894/95) Bd. XXIII, H. 5, 97.

Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bde. (Innsbruck 2005).

Marshall I. Goldman, Petrostate. Putin, Power, and the New Russia. (Oxford/New York 2008)

Beatrice Heuser, Subversive Operationen im Dienste der „Roll-Back“-Politik 1948-1953. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), 279-297.

Manfred Hildemeier, Geschichte der Sowjetunion. 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates (München 1998).

Walter M. Iber, Die sowjetischen Mineralölverwaltung in Österreich (Innsbruck 2011).

The Petroleum Publishing Co., International Petroleum Encyclopedia 1968, (Tusla/Oklahoma, 1967).

Thomas Kästner, Andreas Kießling, Gerrit Riemer (Hg.), Energie in 60 Minuten. Ein Reiseführer durch die Gaswirtschaft (Wiesbaden 2011).

Hans Kalt, In Stalins langem Schatten. Zur Geschichte der Sowjetunion und zum Scheitern des sowjetischen Modells (Köln 2010).

Stefan Karner, Günter Bischof, Manfred Wilke, Peter Ruggenthaler, Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung. Der internationale Kontext. In: Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan u.a. (Hg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 (Graz/Wien/Klagenfurt 2008), 17-80.

Otto Klambauer, Der Kalte Krieg in Österreich. Vom Dritten Mann zum Fall des Eisernen Vorhanges (Wien 2000).

Karin Kneissl, Der Energiepoker. Wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen (München 2006).

Johann Koller, Die Energiewirtschaft Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Versorgung des Landes mit Erdgas (Dipl.Arbeit, WU Wien 1978).

Luis-Martín Krämer, Die Energiesicherheit Europas in Bezug auf Erdgas und die Auswirkungen einer Kartellbildung im Gassektor (masch. Dissertation Univ. Köln 2011).

Waleri Panjuschkin, Michail Sygar, Gazprom - das Geschäft mit der Macht. Deutsch von Helmut Ettinger (München 2008).

Peter Pelinka, Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel (Wien 2000).

Manfried Rauchensteiner, Die Rahmenhandlung- eine Einführung. In: Manfried Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Wien/Köln/Weimar 2010), 7-18.

Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953-1963 (Wien/u.a. 1997) .

Andreas Resch, Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke. In: Manfried Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Wien/Köln/Weimar 2010), 497-556.

Georg Rigele, Zwischen Monopol und Markt. EVN, das Energie- und Infrastrukturunternehmen (Maria Enzersdorf 2004).

Georg Rigele, Strom-Erdgas-Atom. Drei Schwerpunkte der Energiegeschichte Niederösterreichs im 20. Jahrhundert. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Wirtschaft. Niederösterreich im 20. Jahrhundert (Wien/Köln/Weimar 2008), Bd. 2, 405-447.

Helmut Ruck, Christian Fell, Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit, 2 Bde. (Wien 2009).

Peter Ruggenthaler, Der Neutralität verpflichtet. In: Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan, u.a. (Hg.) Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 (Graz/Wien/Klagenfurt 2008), 993-1006.

Karl Schaden, Die Erdöl- und Erdgaswirtschaft der UdSSR und ihre Entwicklung seit 1970 (Dipl. Arbeit, WU Wien 1988).

Silke Stern, Die tschechoslowakische Emigration. In: Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan, u.a. (Hg.) Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 (Graz/Wien/Klagenfurt 2008), 1025-1042.

Manfred Stumpf, Die beiden Erdölkrisen und die Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaftspolitik (Dipl.Arbeit, WU Wien 1996).

Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991 (München 2003).

Hans-Joachim Torke, Historisches Lexikon der Sowjetunion. 1917/22 bis 1991 (München 1993) .

Johann Vlasich, Die Erdgaswirtschaft Österreichs. (Dipl.Arbeit, WU Wien 1975)

Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik (Graz/Wien 2000).

Kleine Chronik vom 31.10.1899 Bankett, Wiener Zeitung 1.11.1899, S. 4-5.

Wien, Wiener Zeitung, 30. Juli 1818, S. 1.

WIFO-Monatsberichte, Jg. 30 (1957), Sonderheft 10: Die österreichische Erdölwirtschaft.

Anton Zischka, Die alles treibende Kraft. Weltgeschichte der Energie (Heidelberg 1988).

7.3. Internetlinks

Siegfried Albrecht, Thomas Wagner , Geschichte, nach 1945... (Wien o.J.) www.wiener-gasometer.info/ (22.10.2012)

I. Danielzik (Hg.), Achte Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz (Verdunkelungsverordnung) 23. Mai 1939 (RGI. I S. 965)
www.amaot.de/bunker/8dfgvo.htm (14.5.2012)

FGW - Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, Basisinfo Erdgas. Energieträger Erdgas. www.gaswaerme.at/beg (21.10.2012)

forum öö geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Hg.) Elisabeth Kreuzwieser, Nachkriegszeit und Wirtschaftsaufschwung. (Leonding 2012) vgl. www.oogeschichte.at/Nachkriegszeit-und-Wirtschaftsaufschwung.522.0.html (31.10.2012)

Elisabeth Kreuzwieser, Erdgasfunde in OÖ. Erdgas: vom Zufallsfund zur systematischen Bohrtätigkeit In: forum öö geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Leonding 2012) www.oogeschichte.at/Erdgasfunde-in-Ooe.523.0.html (31.10.2012)

Elisabeth Kreuzwieser, Stadtbeleuchtung mit Kohlengas. In: forum öö geschichte. Virtuelles Museum Oberösterreich (Hg.) (Leonding 2012) www.oogeschichte.at/Stadtbeleuchtung-mit-Kohlengas.520.0.html (31.10.2012)

Elisabeth Kreuzwieser, Erdgastransport und Anlagenbau. In: Forum OÖ Geschichte, Virtuelles Museum Oberösterreich. vgl. www.oogeschichte.at/Erdgastransport-und-Anlagenbau.528.0.html (1.11.2012)

Hermann Maurer, Trautl Brandstaller, Peter Diem, Helga Maria Wolf (Hg.) Austria Forum. (Graz 2009) www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/OROP (10.10.2012)

OMV Aktiengesellschaft. Speicher. (2012) www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Produkte/Produktinformationen/Erdgas/Allgemeines_ueber_Erdgas/Speicher (22.10.2012)

OMV, Fragen und Antworten zu Bitumen. (Wien 2012) www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Produkte/Produktinformationen/Bitumen/Infocenter/Fragen_und_Antworten (9.11.2012)

Österreichisches Staatsarchiv, Service, EVN Archiv. <<http://oesta.gv.at/site/6907/default.aspx>> (22.1.2013)

Andreas Pöschek, 1842. Die Epoche der Industrialisierung. www.wiener-gasometer.at/de/geschichte/1842-die-epoche-der-industrialisierung (20.4.2012)

Andreas Pöschek (Hg.), Stadtgas, Leuchtgas und Erdgas im Gaswerk. www.wiener-gasometer.at/de/technik/gas (7.11.2012)

RAG Austria, Speichern. (Wien 2012). www.rag-austria.at/unternehmen/portraet.html#c484 (21.10.2012)

Der SPIEGEL 44/1968; www.spiegel.de/spiegel/print/d-45949914.html (23.8.2012)

Wiener Stadt- und Landesarchiv (Magistratsabteilung 8), Stadtwachstum ab Mitte 19. Jahrhundert - Stadtgeschichte Wiens.
www.wien.gv.at/kultur/archiv/geschichte/ueberblick/stadtwachstum.html (6.9.2012)

Umweltbundesamt GmbH. (Wien 2012)
www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/altlasten/ (31.1.2012)

Universität Wien, Ein Jahrzehnt bis zum Staatsvertrag. Eine Chronologie. (Wien 2005)
www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag (5.11.2012)

7.4. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gasversorgung in Österreich. Quelle: APA/OMV	9
Abbildung 2: Erdgasabgabe an Industrie, Haushalt und Gewerbe. Quelle: EVN Archiv, NIOGAS Geschäftsbericht 1968/69.	41
Abbildung 3: Produktion von Erdgas 1970. Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2012, Gas Production – bcm (from 1970).....	61
Tabelle 1: Gaswerke in Niederösterreich. Quelle: NIOGAS Erdgasumstellung 1968-1978, 1 Historischer Rückblick; EVN Archiv, 54.	26
Tabelle 2: Erdölverbrauch und –produktion 1970. Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2012, Oil Production – tonnes (from 1965); Oil Consumption – tonnes (from 1965).	62
Tabelle 3: Abnahmemengen. Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV. 1. Juni 1968. Quelle: Vertrag Sojusnefteexport-ÖMV, 1.6.1968; EVN Archiv, 665-8-1.	102
Tabelle 4: Ölpreise in US\$ 1972-1974. Quelle: BP Historical data; Oil-Crude prices since 1861.....	106

Tabelle 5: Importpreise für Erdöl, Steinkohle und Erdgas frei österreichische Grenze vor und nach den Krisen 1973/74 und 1979/80 (Quelle: Feichtinger/Spörker, ÖMV-OMV, 1998, 340)	107
Tabelle 6: Erdöl- und Erdgasverbrauch in Österreich 1972-1977. Quelle: BP Historical Data. Oil Consumption (from 1965); Gas Consumption (from 1970).....	108

7.5. Abstract DE

An diese Arbeit wurde der Anspruch gestellt, die Versorgungssituation mit Gas seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu beleuchten. Der Fokus liegt auf der historischen Stadtgasentwicklung in Wien und Niederösterreich und auf die Bestrebungen ab 1962, Erdgasimporte aus dem Ausland nach Österreich zu bringen. Eine weitere Komponente der Arbeit ist die historische Einordnung der Vertragsverhandlungen in den Ost-West-Konflikt und dessen Höhepunkte und Entspannungsphasen. Durch den ökonomischen Boom in den 1950er und 1960er Jahren war bald ersichtlich, dass die vorhandenen Erdgasvorkommen in Österreich den zukünftigen Bedarf nicht decken konnten. Der Vertrag zwischen der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) und der *Sojusnefteexport* (SNE) am 1. Juni 1968 stellt einen Meilenstein in der österreichischen Energieversorgung dar. Seit der Entdeckung und den ersten Experimenten dient Gas (Erdgas, Kohलगas) zwei grundlegenden Verwendungszwecken: als Brennstoff zur Beleuchtung oder zu Heizzwecken. In dieser Arbeit wird anhand der folgenden Fragenkomplexe das Zustandekommen des Vertragskonvolutes untersucht: Wie gestaltete sich die Gasversorgung in Österreich bis 1968? Inwieweit spielte der Ost-Westkonflikt eine Rolle in den Verhandlungen? Unter welchen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen kam es 1968 zum Gaslieferungsvertrag mit der Sowjetunion? Veränderte sich der Gasbezug merklich während/nach der Erdölkrise? Die Gaswirtschaft in Österreich war damals von einem geographischen Gefälle (Stadt-Land) geprägt. Die erste Gasanstalt auf heutigem österreichischem Boden, in der Kohलगas erzeugt wurde, entstand Ende des 19. Jahrhunderts in der Haupt- und Residenzstadt Wien. Die ländlichen Gebiete blieben weitestgehend von der Versorgung ausgeschlossen, hier dominierte weiterhin Holz, Gas und Öl als Energielieferant. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Nachfrage der Industrie und des Gewerbes an der billigen Energiequelle Erdgas stark an. Auch in den Haushalten setzte sich mittlerweile das Erdgas als Energieträger der Zukunft gegenüber dem herkömmlichen Stadtgas durch. Bis 1966 wurden verschiedene Optionen des Gasimports von der Austria Ferngas geprüft, von Gas aus Holland über Algerien bis hin zu Saudi-Arabien/Kuwait. Die nächsten zwei Jahre waren von intensiven Verhandlungen zwischen Österreich und der Sowjetunion geprägt. Es ergibt sich der Eindruck, dass Österreich erstens aufgrund der militärischen und wirtschaftlichen Besatzung (SMV, USIA) von 1945-55, zweitens wegen den ab 1955 mit der UdSSR abgeschlossenen Handelsverträgen und drittens hinsichtlich seiner Neutralität einen Sonderstatus inne hatte, der zum Abschluss des Vertrages führte.

7.6. Abstract EN

This work describes the gas supply situation since the beginning of the 19th century. The focus is on the historical evolution of gas supply in Vienna and Lower Austria and the efforts since 1962 to import natural gas to Austria from abroad. Another component of the study is the historical context of contract negotiations during the East-West conflict and its highlights and relaxation phases. Through the economic boom in the 1950s and 1960s it became soon apparent that the existing gas reserves in Austria could not cover the future needs. Organizations, especially established for that purpose, searched for new sources of supply in foreign countries. The contract between the Austrian Oil Administration (OMV) and *Sojusnefteexport* (SNE) on 1 June 1968 marks a milestone in the Austrian energy supply. Since its discovery and first experiments gas (natural gas, coal gas) has served two basic purposes: As fuel for lighting or heating. In this study the conclusion of the contract is investigated by looking at the following issues: How was the situation of gas supply in Austria before 1968? Which role did the East-West conflict play in the negotiations? What were the political, economic and social conditions that enabled the gas supply contract with the Soviet Union in 1968? Has the gas supply changed markedly during / after the oil crisis? The gas industry in Austria at the time was characterized by geographical disparities (urban-rural). The first gasfactory in what is today Austria was built in the capital city Vienna. The rural areas were largely excluded from the supply. Wood, gas and oil were still the dominant energy source. After World War II, the demand of industry and trade for natural gas as a cheap energy source has risen sharply. In households, too, natural gas has prevailed meanwhile as the energy source of the future against the traditional coal gas. Until 1966, several options of gas imports were tested by “Austria Ferngas”: gas from Algeria, Holland or even Saudi-Arabia/Kuwait. The next two years were marked by intense negotiations between Austria and the Soviet Union. It seems that Austria had a special status, that led to the conclusion of the contract - firstly due to the military and economic occupation (SMV, USIA) from 1945-55, secondly because of the trade contracts concluded with the USSR in 1955 and thirdly with respect to the country’s neutrality.

7.7. Curriculum Vitae

Akademische Ausbildung:

2007-2013 Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien

2007-2008 Studium Evangelische Theologie an der Universität Wien

Schulische Ausbildung:

2007 Matura

1999-2007 BG & BRG Biondegasse Baden

1995-1999 Volksschule Pfarrplatz Baden